BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 5 **Köln, 20. Mai 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Manfred Pahl-Rugenstein
Dietrich Ernst Ralle – Franz Rauhut
Hermann Rauschning - Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert – Heinz Sitta
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Sind Militärbündnisse im Atomzeitalter verläßlich?“* S. 145
- *Dr. Ernst Schwarz, „Der Atomkrieg, das Gewissen und die Vernunft“* S. 149
- *Johannes Weidenheim, „Episode mit Anhang“* S. 150
- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Aufgaben positiver Kulturpolitik“* S. 154
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Fünfter Brief an einen Bundestagsabgeordneten“* S. 161
- *Prof. Dr. Johannes Hessen, „Moral in der Kritik“* S. 163
- *Forum (Dr. H. Wiedemann, „Die ethischen Grundlagen der Politik“, Prof. Dr. F. P. Schneider, „Um Deutschlands willen“)* S. 165
- *Dr. Helmut Dörr, „Das Gewissen auf dem CDU-Parteitag“* S. 176
- *Zeitdokumente (Albert Schweitzers Appell; Note der Sowjetregierung an die Bundesregierung)* S. 178

Hermann Rauschning

Sind Militärbündnisse im Atomzeitalter verläßlich?

Die amerikanische politische Taktik

Am Ostersonntag gab der amerikanische Außenminister John Foster Dulles bei dem jährlichen Frühstück der Associated Press im Waldorf-Astoria-Hotel in New York einen außenpolitischen Überblick, den ersten der zweiten Eisenhowerschen Präsidentschaft. Die Vereinigten Staaten, führte er aus, suchten zwar die Befreiung der in Gefangenschaft befindlichen Nationen, aber nicht, um Rußland mit feindlichen Kräften einzukreisen. Amerika suche nicht gewaltsame Revolten heraufzubeschwören, vielmehr wünsche es, eine Evolution zur Freiheit zu ermutigen. Diese Erklärung könnte von allen um den Frieden Besorgten als ein Anzeichen politischer Beruhigung bewertet werden, wenn nicht eine viel diskutierte Biographie von Dulles die von ihm bisher vertretene außenpolitische

Konzeption erheblich anders charakterisierte. Dieser Biographie nach, belegt durch authentische Äußerungen des Außenministers selbst, ist der rote Faden in dem komplizierten Geflecht der amerikanischen Außenpolitik eine Taktik, die man als den methodischen Versuch bezeichnen kann, den fast gleichstarken Gegner in einem Boxkampf nach Punkten allmählich niederzuringen. Es ist eine politische Zermürbungsstrategie, die ein allmähliches Hinausmanövrieren des Gegners aus seinen Positionen zum Ziel hat, eine allmähliche „Rückdrängung", statt ihm unvermittelt eine Art „Friedensultimatum" zu stellen. Das Mittel ist ein dauernder Druck auf allen empfindlichen Stellen, der bis an den Rand des Atomkrieges fortgesetzt wird und das volle Risiko eines solchen mit einkalkuliert. Dieses Risiko wird deshalb für tragbar gehalten, weil sich in dem Bereich der Sowjets Entwicklungen vollziehen, die sie in der vollen politischen Handlungsfreiheit behindern. Nirgendwo sei der Drang nach Änderungen größer als im Machtbereich der Sowjets, erklärte Mr. Dulles. Wie lange, fragte er, werden die russischen Führer ihre Mittel verschleudern, um die historischen Kräfte der nationalen Freiheit niederzuhalten, die mit Sicherheit am Ende siegen werden.

Auch andere gewichtige Stimmen spielen die Depression in Sowjetrußland hoch: Die Verwirrung sei größer, als man angenommen habe. Die Sowjets hätten mehr übernommen, als sie handhaben könnten. Zwar sei es nicht leicht, die wachsenden Widersprüche im Kommunismus politisch auszunützen, führt ein so verbreitetes Organ wie „Life" aus, immerhin wird man schließen können, der Versuch müsse gemacht werden.

Der T r u g s c h l u ß einer solchen „Risiko"-Politik ist, anzunehmen, daß ein Gegner durch die Ausnützung seiner innerpolitischen Schwierigkeiten zum politischen Nachgeben oder zu einer bedingten Kapitulation veranlaßt werden könnte, während jede historische Erfahrung lehrt, daß genau das Umgekehrte einzutreten pflegt. Innerer Druck verstärkt durch außenpolitischen führt in der Regel zur Flucht vor den innerpolitischen Schwierigkeiten in den nationalen Verteidigungskrieg, der eine straffe Disziplin auf neuer Grundlage möglich macht. Die Risikopolitik, wie sie die Biographie von Dulles dem Außenminister unterstellt, ist das entgegengesetzte Extrem der Hitler gegenüber versuchten „Beruhigungspolitik". Wie diese wird auch die andere extremistische Politik nur zum Kriege führen, statt ihn zu verhindern.

Die Verbündeten in Westeuropa

Der tatsächliche politische Verlauf wird indessen nicht von programmatischen Reden und nicht von ausgeklügelten Konzeptionen bestimmt, sondern von Fakten, die, wie das britische Umrüstungsprogramm, von einer in seinen Auswirkungen kaum schon zu übersehenden Realität sind. Präsident Eisenhower hat in einer seiner letzten Pressekonferenzen England für den Mut gelobt, mit dem es an die notwendige Einschränkung im Rüstungsbudget und an das schwierige Problem der Umrüstung herangeht. Man kann das englische Verfahren auch anders beurteilen. Gewiß kann England gewichtige Gründe für seinen Entschluß beibringen. Es zieht die Konsequenzen aus einer Lage, die für einen unvoreingenommenen Beurteiler bereits vor Jahren offenkundig war. Man hat außerhalb Englands — auch in der Bundesrepublik — bei der Beurteilung den Nachdruck auf den „Rückzug" oder eine Art „Abdankung" Englands als Weltgroßmacht gelegt. Das ist voreilig. England hat wiederholt seine Lebenszähigkeit als Großmacht in gründlichen Gestaltwandlungen seines Welt-Gemeinwesens bewiesen. Die jetzige Maßnahme mag hart und einschneidend sein. Dahinter kann sich jedoch gerade der Beginn einer neuen Gestalt der britischen Macht ankündigen. Spekulationen darüber, gleich welcher Art, wären gewiß verfrüht. Es ist vielmehr ein anderer Umstand, der den englischen Entschluß mindestens für das deutsche Volk und die bisherige bundesdeutsche Politik zu dem Ausgangspunkt neuer politischer Überlegungen machen müßte: Nicht die Umrüstung selbst, sondern die Art und Weise, wie England seine europäischen Bundesgenossen vor eine vollendete Tatsache stellt, ist es, was dem gesamten Bündnissystem, das die Grundlage der Bonner Außenpolitik ist, den Boden der Verläßlichkeit unter den Füßen fortgezogen hat. Es geschieht in dem letzten halben Jahr zum zweitenmal, daß England mit einer Politik des fait accompli die Fragwürdigkeit der bisherigen gemeinsamen Verteidigung vor Augen führt. Mr. Dulles hat sich in seiner New Yorker Rede gegen den angeblichen sowjetischen

Versuch gewandt, durch die Drohung mit Atomzerstörungen gegen Amerikas Verbündete die „Freie Welt" auseinanderzusprengen. Die Impulse und Motive einer Desintegration der westlichen Bündnissysteme liegen jedoch, wie sich zeigt, in den Bündnissen selbst. Sie sind durch Englands jüngsten politischen Schritt auch für denjenigen offensichtlich geworden, der sich auf sie als Grundlage einer gemeinsamen Politik glaubte verlassen zu können.

In einem lesenswerten Artikel in der Saturday Evening Post hat der bekannte politische Analyst Demaree Bess jüngst Stellung zu der Frage genommen: „Wie uns unsere Verbündeten hintergingen". Es ergibt sich daraus, daß England und Frankreich seit 1953 immer wieder versucht hatten, das Einverständnis der Vereinigten Staaten für eine militärische Besetzung Ägyptens zu erreichen, und daß Präsident Eisenhower und Mr. Dulles mit gleicher Beharrlichkeit sich diesem Verlangen widersetzten. Die drei Angriffsmächte des Herbstes 1956 haben dann, um einem nochmaligen Einspruch Amerikas zu entgehen, zu dem unter eng Verbündeten ungewöhnlichen Verfahren absoluter Geheimhaltung ihres Vorhabens gegriffen, mit der Absicht, eine vollendete Tatsache zu schaffen. Bess hebt hervor, daß nicht die Absicht, mit der provokativen ägyptischen Politik auf gewaltsame Weise abzurechnen, das eigentlich Bedauerliche an der Politik der Verbündeten sei, sondern die Art, wie der Bundesgenosse, die Vereinigten Staaten, absichtlich irregeführt worden sei und vor eine vollendete Tatsache gestellt werden sollte; wobei die Spekulation auf die Lage Amerikas wenige Tage vor der Präsidentenwahl besonders unschön war, wo kein Politiker — so rechnete man — riskieren könnte, die mit den drei Nationen England, Frankreich, Israel sympathisierenden Wählergruppen durch eine diese Staaten desavouierende Politik zu brüskieren. Eine Annahme übrigens, die Eisenhower durch seine entschlossene Stellungnahme gegen die Angreifer als völlig irrig erwies.

Das westliche Bündnissystem hat damit einen Knacks bekommen. Bess folgert, daß das Verhältnis der westlichen großen Drei heute nicht mehr dasselbe sei wie vor der Krise. Ein Element der Unsicherheit ist in das — schließlich und endlich auf Treu und Glauben, nicht allein auf gemeinsamen Interessen — begründete Verhältnis gekommen, das schwer zu überwinden sein wird. Es ist durch die zweite „vollendete Tatsache" ein knappes halbes Jahr später, die Umrüstung Englands, verstärkt worden. Es geht auch hier nicht um die Berechtigung der technischen Maßnahmen selbst, sondern um die Frage, wie verläßlich ein militärisches Sicherungssystem ist, in dem der einzelne Partner, wenn seine eigenen Interessen es zu gebieten scheinen, sich seinen eben eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen berechtigt zu sein glaubt. Wenn eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten wegen die Bündnisverpflichtungen kurzfristig geändert werden können, so liegt es nahe, zu fürchten, daß im Ernstfall, für den die Bündnisse abgeschlossen wurden, die Partner unter Umständen die Risiken ihrer Verpflichtungen noch einmal realistisch abwägen und etwa angesichts einer gewissen tödlichen Verwüstung vorziehen, den Bündnisfall als für sich selbst nicht mehr gegeben zu erklären.

Statt Sicherheit — Unsicherheit und tödliche Gefahr!

Nicht „für Danzig zu sterben" war vor dem zweiten Weltkrieg eine zwar unwirksam gebliebene, aber weit verbreitete Willensbekundung bei den Volksmassen europäischer Westmächte. Für Berlin, für den Ostteil Deutschlands, für Israel unter Umständen ihre blühenden Städte und Industrieanlagen zu opfern, auch wenn am Ende der „Sieg" winkt, wird für die politisch Verantwortlichen der Bündnispartner kein leichter Entschluß sein. Sofern daher noch im letzten Augenblick eine Möglichkeit besteht, aus dem tödlichen Bündnissystem herauszuspringen, wird die Versuchung, sich auf solche Weise zu retten, übermächtig sein. Seit langem zeichnet sich am Horizont das ab, was man als eine „Panik-Neutralität" im Höhepunkt einer Krise bezeichnen kann. So etwas wie ein Wettlauf darum, nicht der letzte zu sein, der sich dem Schicksal totaler Zerstörung zu entziehen sucht, hebt sich als eine politische Möglichkeit ab. Diese Möglichkeit gewinnt an Wahrscheinlichkeit, sobald sich die Erkenntnis durchsetzt, daß die sogenannte „Umrüstung" Englands auf Fernraketen mit Atombombenkopf keineswegs für die Britischen Inseln oder die sich mit Atombomben aufrüstenden kontinental-europäischen West- und Mittelmächte eine selbständige oder verstärkte „Abschreckungsstrategie" ermöglicht, weil die entscheidende Schwäche Englands und der westeuropäischen Staaten nicht das Fehlen

von Atombomben und Fernraketen ist, sondern ihre gegenüber Rußland und Amerika ungleich größere Verletzbarkeit infolge ihrer Kleinräumigkeit und der eng zusammengedrängten städtischen und industriellen Siedlungen. West- und Zentraleuropa sind mit vergleichsweise wenigen Atomschlägen zu zerstören. Die großräumigen Weltmächte sind es nicht. Das schafft eine Ungleichheit der Chancen des Überlebens, die schlechterdings nicht zu ändern ist und auf die Dauer nicht den Hauptleidtragenden, den europäischen Massen, geheimgehalten werden kann. Man wird daher den englischen Entschluß zur Umrüstung höchstens im ökonomischen Sinn als Versuch der Anpassung an die veränderte Realität bezeichnen können, nicht aber militärisch. Bei den übrigen Partnern des westeuropäischen Verteidigungssystems ist die Bereitwilligkeit, sich mit Atomwaffen ausrüsten zu lassen, nichts anderes als eine tiefere Verstrickung in die bisherige Illusionspolitik, die sich den entscheidenden Zügen der machtpolitischen Wirklichkeit verschließt.

Wir sind in unseren bisherigen Sicherungssystemen nicht sicherer, sondern gefährdeter geworden. Alles ist ungewiß geworden. Wir sind unserer selbst nicht mehr gewiß. Diese ganze Sicherungspolitik mit Militärbündnissen ähnelt auf eine fast phantastische Weise jenem Zustand fiktiver Reichtümer wirtschaftlicher Spekulation, bloßer Buchwerte, deren Unwirklichkeit vor nun bald dreißig Jahren jener „schwarze Freitag" an der New Yorker Börse erwies. Noch ist es vielleicht Zeit, einen ähnlichen schwarzen Tag im politischen Felde zu vermeiden. Die Aussichten sind gering. Die Gefährlichkeit der jetzt heraufsteigenden Krise liegt nicht allein in der wachsenden Unverläßlichkeit der Sicherungsbündnisse und in der Unzulänglichkeit des Schutzes durch Drohung. Sie ist auch durch den Umstand bedingt, daß die Entscheidung über Krieg oder Frieden in den Händen einiger weniger Personen liegt, und daß dabei tragische Zufälle von Bedeutung sein können. Es wäre naiv, anzunehmen, daß die Gefahr des plötzlichen Abspringens aus den militärischen Sicherungssystemen von den verantwortlichen Politikern und Mititärs nicht längst als eine Möglichkeit erwogen worden wäre. Die Sorge, das mühsam aufgebaute Bündnissystem könnte bei längerem Warten im Stadium der höchsten Krise auseinanderfallen, muß den Verantwortlichen den Gedanken nahelegen, einer solchen Entwicklung durch die vollendete Tatsache des Atomkrieges zuvorzukommen. Das ist möglich, weil die tatsächliche Vollziehungsgewalt auch in den liberal-demokratischen Staaten des Westens in den Händen einiger weniger Persönlichkeiten liegt und die Gefahr, im Atomkrieg durch den Gegner überrascht zu werden, zwingt, im Augenblick stellvertretend für Parlament und Gesamtheit der Nation zu handeln.

Je länger sich die Welt der Tatsache verschließt, daß zwar durch die Abschreckungsstrategie ein mit voller Überlegung geplanter Angriffskrieg unwahrscheinlich wird, nicht aber die automatische Entwicklung aus begrenzten Interessenkonflikten, — je länger es versäumt wird, den grundlegenden Unterschied zwischen der Möglichkeit der „Abschrekkung" und der Unmöglichkeit einer gewaltsamen Unterwerfung des politischen Willens des Gegners als das entscheidende politische Faktum anzuerkennen, — desto gewisser wird die Unvermeidbarkeit des Krieges. Es gibt keine Gewaltmittel mehr, dem Gegner den eigenen politischen Willen aufzuzwingen. Das ist die oft übersehene Kehrseite der Medaille der „Abschreckung". Es bedeutet das Ende der bisherigen „Machtpolitik". Wie immer man eine solche neu zu konzipieren versucht: was der Gegner nicht freiwillig zu konzedieren bereit ist, das wird ihm keine Risiko- oder Rückdrängungspolitik abgewinnen. Nur eine Friedenspolitik, die behutsam den außenpolitischen und militärischen Druck abbaut und sich nicht scheut, der inneren Konsolidierung des Gegners in der Hoffnung auf eine dadurch mögliche Entspannung Raum zu geben statt sie machtpolitisch auszunützen, kann noch das Schicksal wenden.

Für das deutsche Volk ergibt sich daraus die Unmöglichkeit einer militärischen Sicherung. Es muß die ganze Unsicherheit und das volle Existenzrisiko seiner Lage auf sich nehmen. Die bisherige Außenpolitik Bonns war eine Illusionspolitik. Sie ist in jeder Beziehung in ihren Absichten und Zielen gescheitert. Sie hat die Chancen einer selbständigen Politik versäumt. Heute, vor dem Hintergrund immer fragwürdiger werdender Militärbündnisse, sieht das deutsche Volk der Möglichkeit ins Auge, politisch uninter-

essant und isoliert zu werden. Ehedem mögliche Trümpfe gelten nicht mehr, weder die Bereitwilligkeit zur Neutralität noch der Austritt aus dem Militärbündnissystem. Deutschland hat Nachbarn. Es hat solche im Osten wie im Westen. „Wir machen uns unsere Freunde; wir machen uns unsere Feinde; Gott aber macht unsere Nachbarn." Wir können den Nachbarn nicht verleugnen; wir können uns nicht vor ihm verleugnen. Das ist die Grundsituation Deutschlands, zwischen Nachbarn zu sitzen, die den gleichen Anspruch als Nachbarn haben und vor denen keine Option für den einen gegen den anderen gilt.

Jenes Wort stammt von einem ehemals bekannten katholischen Schriftsteller Englands, Gilbert K. Chesterton (aus seinem Buch „Heretics"). Möglicherweise ist es demnach für die zahlreichen katholischen Anhänger der Bonner Außenpolitik erwägenswert. Wo Menschen sich zu Gruppen zusammenschließen, herrscht eine sektiererische Atmosphäre, schrieb er. Die Bonner Außenpolitik ist einem Sektierergeist entsprungen, nicht der r e a l e n deutschen Lage zwischen Nachbarn, die trotz der Wahl von Freunden nicht aufhören, Nachbarn nächster Tür zu sein.

Dr. E r n s t S c h w a r z

Der Atomkrieg, das Gewissen und die Vernunft

Das Verhältnis des sittlich sich verantwortenden Menschen zum Krieg ist widerspruchsvoll: Zunächst wird er der Gemeinschaft sich verpflichtet fühlen und damit den Krieg, wenn auch nicht im Prinzip, so doch im Ernstfall, bejahen. Er wird darüber hinaus auch der Menschheit, ja dem Leben selbst sich verpflichtet fühlen und dann Krieg und Kriegsdienst ablehnen müssen. Ist der Kriegszustand jedoch eingetreten, dann ist jeder Ausweg aus dem gemeinsamen Schicksal heraus, jeder Gedanke an die Menschheit brutal abgeschnitten, und nur die „Gemeinschaft" — die im totalen Krieg selbst brutal wird — bleibt übrig. Selbst wer nicht aktiv teilnehmen will, wird mitschuldig durch Geschehenlassen.

Zwei Dinge müssen demnach heute das Gewissen in bezug auf den Krieg aufs äußerste schärfen: der totale Krieg und die totale Waffe — die Atombombe. Die Atomwaffe hat die Gewissensnot aufs höchste gesteigert, zugleich aber auch ihre Gegenspielerin, die Angst. Können die Politiker auf Gewissensnot und Angst Rücksicht nehmen? Müssen sie nicht mit eisernen Nerven den schnurgeraden Weg gehen, den ihre „Pflicht" zum Schutz der Nation ihnen vorschreibt? Muß ihnen nicht, was von diesem geraden Weg abweichen möchte, als „Defaitismus" und „Hysterie" erscheinen? Und die Vertreter der Kirchen? Auch sie sehen eine andere Aufgabe: sie sorgen sich nicht um die von den Schrecken der Katastrophe bedrängten Seelen, sondern nur um die Einzelseele, und so schieben sie diese Fragen in selbstverordneter Teilnahmslosigkeit der „Obrigkeit", den Politikern wieder zu. Die Kirchen sehen wohl ein furchtbares Weltgewitter heraufziehen, aber sie erkennen anscheinend nicht, daß die Furcht vor ihm durch Beten allein nicht gebannt werden kann. Wo ist hier Hoffnung? Wenn, wie es scheint, nicht in der sittlichen Kraft der Menschen, dann doch wohl in der überwältigenden Wucht der Tatsachen. Der „ewige Friede" auf Grund der ewigen sittlichen Werte hat sich leider stets als Utopie erwiesen, aber der Friede auf Grund der tiefen Atomangst und angesichts der Vernichtungstotalität dieser „Waffe" scheint eine ganz reale Möglichkeit zu sein. Und dann könnte es wohl eine jener unglaubwürdigen Paradoxien des Menschheitsschicksals sein, daß nicht die Moralisten und Prediger aller Religionen, sondern die Kriegstechniker selber den Krieg, diese größte Geißel, abschaffen werden, und daß der Engel des Atomfriedens aus dem Himmel herniedersteigt, in den die Atomversuchsraketen hineinheulten.

Prof. Thirring*) äußert den Gedanken, daß die Schaffung der Atombombe das Gewissen ihrer geistigen Urheber deswegen nicht zu beunruhigen brauche, weil in ihr eine starke

*) Aggression im Atomzeitalter, „Die Neue Rundschau", 1956, 4. Heft.

Gewähr für die Verhütung von Kriegen liege. Trotzdem und obwohl unter den Atomphysikern nur die wenigsten ahnen konnten, was Politiker und Militärs aus ihren Erkenntnissen machen würden, kamen von ihnen immer wieder Proteste gegen die Verwendung der Kernenergie im Kriege. So z. B. von Prof. Born in einem Vortrag in Hannover (Nov. 1956) und kürzlich von den achtzehn westdeutschen Forschern. Wenn diesen von den Politikern vorgeworfen wird, sie könnten nicht in politischen Kategorien denken, so können die Physiker den Vorwurf zurückgeben, daß die Politiker n u r in politischen, nicht aber in technischen oder auch in moralischen Kategorien denken können.

Der Druckknopfkrieg verschiebt nämlich alle bisherigen Verhältnisse. Nicht nur, daß man bei seiner Blitzartigkeit kaum wird unterscheiden können, wer der Aggressor und wer der Angegriffene ist, es gibt auch keine Mobilisierung als Vorstufe des Kriegszustandes mehr. Das muß man erkennen, wenn man die Warnungen der Russen vor der Atomrüstung in Europa und ihre „massiven Drohungen" analysiert. Natürlich gilt dies ebenso für die andere Seite. Dabei muß man verstehen, daß die Atomrüstung in der Nachbarschaft der kontinentalen Grenzen der UdSSR von dieser als Einkreisung empfunden werden muß. Man bedenke nur einmal die Wirkung in den USA, wenn umgekehrt die Russen in Kanada und Mittelamerika Raketenstützpunkte einrichten würden.

Übrigens werden logische Folgerungen nicht etwa dadurch unlogisch, weil sie uns von den Russen vor die Nase gehalten werden. Der Kreis der politischen Argumentation ist heute so verengt, daß jeder noch so sachliche und logisch begründete Einwand gegen ein westliches Argument einen „östlichen Pferdefuß" zu haben scheint. Man kann sehr wohl verstehen, daß die Russen gegen die Stationierung von amerikanischen Atombomben und Fernraketen in Europa rebellieren. Je mehr die USA mit ihren Atomsatelliten den Russen auf den Leib rückt, um so mehr können diese versucht sein, wenigstens den Ring zu sprengen. Dies aber würde die atomare Vernichtung Europas bedeuten, dann nämlich, wenn Amerika sich nicht entschließen könnte, das Risiko eines Atomangriffs auf das eigene Land zu tragen und Rußland seine Ziele entsprechend eng begrenzen würde. Die Abschreckungswirkung der Atomwaffe kann auch eine nur t e i l w e i s e sein, wenn die Atommächte sich selbst schonen und nur ein „begrenzter" Konfliktgegenstand — der rüstungsaktive europäische Gürtel — im unmittelbaren Wortsinn aus der Welt geschafft wird. Deutschland, das Zentrum dieses Gürtels, würde dann von beiden Gegnern restlos atomisiert werden. Unter diesen Umständen wäre es ein wahnsinniges Spiel, etwa die „Freigabe der Ostzone" durch die atomare Einkreisung Rußlands erzwingen zu wollen.

Wie aber würden sich die vorhandenen konventionellen Waffen auf das allgemeine Kräfteverhältnis und auf die Möglichkeit eines Atomkrieges auswirken? Ließe sich die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges nicht verringern, vor allem für die Mächte des Gürtels, wenn sie versuchten, in bezug auf konventionelle Waffen ein Gleichgewicht herzustellen? Bei „begrenzten" Kriegszielen könnte man vielleicht damit rechnen; aber ein lokaler Konflikt, der vor dem Hintergrund der Atomwaffe ausbricht, muß schon sehr

Episode mit Anhang

Es war knapp zwei Wochen nach dem Memento der achtzehn Göttinger Professoren und einen Tag, nachdem Albert Schweitzer das von allen seinen Verehrern lange erwartete Wort über die schleichende Vergiftung unserer Welt durch die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben gesprochen hatte.

In einem gepflegten Kino einer westdeutschen Landeshauptstadt verlosch das Licht — nicht erst halb, wie es zum Vorführen des kommerziellen Präludiums sonst üblich ist, sondern gleich ganz, denn es gab diesmal keine Reklamebilder, sondern gleich einen Vorfilm, und der hieß „Energie aus Materie".

Es dauerte nur wenige Augenblicke, da hatten die dreihundert oder fünfhundert Zuschauer begriffen, daß es sich um eine allgemeinverständliche Veranschaulichung des unerhörten geistigen Abenteuers Kernspaltung handelte. Wie mit einem Schlage hörten alle Zellophantüten zu rascheln auf, und bald war es im Saal geradezu kinofremd still. Die Verkündigung, die hier mit einleuchtenden Zeichnungen, Trickaufnahmen und Montagen gehalten wurde — unterstrichen von knappen, kühlen, klaren Worten und einer leisen, mono-

tiefe Beweggründe haben, so daß er schließlich die letzte Entscheidung durch die Atomwaffe herausfordert und auslöst. Gelingt es in einem Krieg mit konventionellen Waffen der einen Seite, eine strategische Lage herbeizuführen, die für die andere Seite einen entscheidenden Nachteil bedeutet, so kann diese sich gezwungen sehen, die Atomwaffe einzusetzen, sofern nur das damit verknüpfte Risiko geringer erscheint als jener Nachteil. Man könnte sich also allein auf die abschreckende Wirkung der Atomwaffe verlassen in jenen Fällen, in welchen das Gleichgewicht in konventionellen Waffen nicht besteht, brauchte dieses also gar nicht anzustreben.

Aus diesen unabsehbaren Schwierigkeiten gibt es möglicherweise zwei Auswege:

1. den Zusammenschluß der Intelligenz auf internationaler Grundlage, wie ihn schon Albert Einstein gefordert hat;
2. den Verzicht auf die „Vorteile" der Atomwaffe bzw. auf militärische Bindungen an den politischen Brennpunkten, in Verbindung mit allgemeiner Abrüstung.

Zu 1. Den Politikern fehlt häufig das Augenmaß für die Dimensionen und Konsequenzen der heutigen Waffen. Menschen, die den Blick dafür haben und deren Gewissen unmittelbar angesprochen wird, sind dagegen unter jenen zu finden, die diese Waffen geschaffen oder die grundlegenden Erkenntnisse dafür entwickelt haben. Sie haben vor allem auch die von Nationalegoismus freie, menschheitsbewußte Haltung, die als ausgleichendes Korrelat zu dieser menschheitsbedrohenden Waffe gehört. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist der Vortrag, den Prof. Max Born in Hannover (Nov. 1956) über „Der Mensch und das Atom"*) gehalten hat.

Die Physiker und Techniker haben ein unbestreitbares moralisches Anrecht darauf, mitzubestimmen, was mit den Kernwaffen, diesen unheilvollen Geschöpfen prometheischen Geistes, geschieht. Früher verkauften sie ihre Erfindungen den Kriegsministerien ohne viel Skrupel, heute würden sie ihre Seele mitverkaufen, und dies läßt ihre Gewissenskämpfe wohlbegründet erscheinen. Sie müssen sich deshalb auf breitester Basis zusammenschließen und das vernehmliche Wort sprechen, das ihnen als den eigentlichen Urhebern dieser Entwicklung zukommt**). Nur Gehässigkeit und Sachunkenntnis kann ihnen, wie dies der „Rhein. Merkur" tut, verspätete Einkehr vorwerfen.

Die Überheblichkeit der Politiker und Zeitungsleute gegenüber den Atomphysikern ist grotesk. Sie bilden sich ein, daß die Physiker ihnen in ihren höchst einfachen und naheliegenden Überlegungen nicht folgen könnten. Das Machtdenken — dessen einfache Logik klassisch von Macchiavelli dargestellt wurde — ist schon immer ebenso einseitig wie unerbittlich gewesen, mit der Atomwaffe aber wird es monoman! Es überschlägt sich, es hebt sich selbst auf. Es geht also gar nicht um das bißchen Logik, sondern um das tiefere

*) Zeitschrift für Atom-Kernenergie, Januar 1957.

**) Dies ist wie der größere Teil dieses Aufsatzes vor der Erklärung der Atomforscher vom 12. 4. 1957 geschrieben.

---

tonen, unheimlichen Elektronenmusik —, mußte jedem Zuschauer sagen, daß in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr Kaiser und Könige, Despoten und Kirchenfürsten, Kanzler und Diplomaten die Herren der Erdkugel seien — wenn sie das überhaupt je waren —, ja, nicht einmal mehr Großkapitalisten. Es könnten im guten und im besten Sinne jene heute noch zählbaren Männer und Frauen der Physik sein, die es vermögen, aus einem scheinbar leblosen kleinen Würfel Uran soviel Energie freizumachen, daß davon z. B. eine Millionenstadt tage- und nächtelang vollauf mit Strom versorgt werden kann.

Was die gleiche Energie vermag, wenn sie zur Zerstörung eingesetzt wird, wurde in dem — aus der Bundesrepublik stammenden — Film nur mit einem einzigen Satz angedeutet. Das wäre zu wenig gewesen, wenn die Zuschauer nicht noch den Appell der Achtzehn und die unmißverständliche Auslegung Albert Schweitzers in den Ohren gehabt hätten; und wer ein polemisch veranlagter Bundesbürger ist, hatte zur besseren Kontrastwirkung wohl auch noch den Rüffel Konrad Adenauers in den Ohren, der da erklärt hatte, das sei Politik, und die Herren Professoren sollten das Politikmachen gefälligst ihm überlassen, denn davon verstünden sie nichts.

Problem, wie weit überhaupt die Voraussetzungen noch stimmen. Mit den Voraussetzungen aber beginnt das Irrationale, beginnt die Frage der Gesinnung das nur Verstandesmäßige zu überlagern. Wenn zwei Schachspieler um Tod und Leben spielen, könnte es vielleicht gut sein, wenn sie das Spiel unterbrechen und sich über ihre Abmachung unterhalten, sie mögen sonst noch so leidenschaftliche und vortreffliche Spieler sein.

Zu 2. Es ist ein Verharren im Gewohnheitsdenken mit der Gefahr, falschen Analogien zu verfallen, wenn manche Politiker letzte Sicherheit von der Atomwaffe erwarten, ohne dabei die besondere politische und strategische Situation ihres Landes in Rechnung zu stellen.

Schießpulver zu besitzen, kann, wenn man sich bedroht fühlt, eine große Beruhigung sein, auf Pulver zu sitzen ist jedoch höchst beunruhigend. Um wieviel mehr gilt dies von der letzten Steigerung: der Atomwaffe! Wir sind in dieser Lage, denn Deutschland befindet sich in einem Brennpunkt der Ost-West-Auseinandersetzung. Aber nicht nur dies — als gespaltenes Land befindet es sich zugleich in einem starken Magnetfeld zwischen den Polen Ost und West, was bedeutet, daß wir uns politisch sozusagen nicht von der Stelle rühren können, und damit wird der andere Umstand — in einem Brennpunkt zu liegen — erst verhängnisvoll. Denn was geschieht mit Pulver, das unverrückbar der Hitze im Brennpunkt ausgesetzt ist? Die Folgerungen daraus ergeben sich jedem logisch Denkenden von selbst: entweder muß das Pulver entfernt oder die zündenden Strahlen müssen abgelenkt werden. Das heißt also in unserer Lage — jeder intelligente Politiker wird das einsehen: Verzicht mindestens auf die Atomwaffe einerseits, militärische Bindungslosigkeit andererseits. Dabei ist klar, daß jede Steigerung der technischen Kampfkraft eine Verschärfung der politischen Spannung bewirken muß, besonders wenn ein Land damit zum Platzhalter einer Atomweltmacht wird. Es ist nach alldem schließlich auch klar, daß das bisherige, zu einem gesicherten Besitz der Menschheit gewordene Machtdenken und die Mann-von-der-Straße-Logik in einen Abgrund führen müssen und daß also die Entwicklung auf einen Zustand hin, in welchem die Welt in ein einziges Atomwaffenarsenal und zugleich in ein Irrenhaus mit verfolgungs- und größenwahnsinnigen Insassen verwandelt wird, eine Grenze haben muß. „Verantwortung des Abendlandes" bleibt eine abgeschmackte und heuchlerische Phrase, wenn nicht der wahre abendländische Geist dahinter steht, der gleiche Geist, der die Atomwaffe geschaffen hat. Er ist — so scheint es, wenn man die Hilflosigkeit der Politiker sieht — vielleicht allein fähig, diese Waffe zu entschärfen. Somit ist der „hochgezüchtete Intellekt" der Atomphysiker durchaus eine Hoffnung, denn er ist, wie sich gezeigt hat, mit einem noch nicht herabgezüchteten Gewissen verbunden.

Natürlich geht es nicht allein um die Atomwaffe, es bedarf auch einer allgemeinen Abrüstung, ja dieser ganz besonders. Denn mit der Atomabrüstung ist es eine merkwürdige Sache, worauf Prof. Thirring aufmerksam gemacht hat. Auch bei friedlicher Verwertung der Kernenergie in den Uranbrennern fällt der Atom„sprengstoff" Plutonium an,

---

Unter diesen Umständen war es nicht notwendig, daß der wissenschaftliche Film auch die politische und militärische Kehrseite der ungeahnten Möglichkeiten herausstrich; es saß in diesem Augenblick kein Mensch vor der flimmernden Leinwand, der nicht zumindest geahnt hätte, was die Weltuhr geschlagen hat.

Aber es sind immer Kräfte am Werk, die eine Verkündigung wieder in Vergessenheit geraten lassen wollen. War es Regie oder Zufall? Die Reklame — der das Publikum für diesmal schon entronnen zu sein glaubte — fiel doch nicht aus, sondern sie folgte dem kräftigen Streifen auf dem Fuße, ohne jeden Übergang und mit der selbstverständlichsten Schamlosigkeit. Man hatte die drohende Totalansicht eines Atommeilers kaum eingeordnet, da wurde man schon von einer jungen Hausfrau in Color mit Konfektionscharme belästigt, die eine Dose irgendeines Fertigkaffees wie eine Offenbarung darbot und mit Schulmädchenernst die Sottise verzapfte: „Jaaa — unsere tägliche Kaffeestunde lassen wir uns durch nichts nehmen!"

Da konnte man nach langer Zeit wieder einmal erleben, daß unsere Menschen murrten. Einige pfiffen sogar.

Das läßt den Schluß zu, daß sie sich ihre Unruhe um das Leben — die vor einigen

ebenso der hochradioaktive Atommüll, beide geeignet, ohne große Vorbereitungen und bei geringem Einsatz einen verheerenden Atomkrieg zu führen. Aus diesem Grunde nicht zuletzt wird die Befreiung von der Atomfurcht doch eine politische Tat einsichtsvoller und großherziger Staatsmänner sein müssen, die sich im übrigen dessen bewußt sind, welche großen Dienste ihnen die Wissenschaftler dabei leisten können.

Was als Neutralität oder Neutralismus der Schrecken gewisser Politiker ist, bedeutet, richtig verstanden und ausgeführt, in Wahrheit den Beginn der Umkehr, die nur so eingeleitet werden kann. Denn einer muß dazu ja einmal die Initiative ergreifen, und mit ihr begibt er sich solange in den Zustand einer gewissen Schutzlosigkeit, als sein Beispiel noch nicht die anderen mitgerissen hat. In diesem Mut liegt aber seine Größe, und sie wird vor der Geschichte nicht geringer sein als die der großen Schlachtengenies. Prof. Thirring verweist auf die Auswirkungen der österreichischen Neutralität; sie sei „ein Gegenbeweis gegen die von Militaristen immer wieder vertretene These von der Sogkraft des militärischen Vakuums."

Die Lage im Gesamten und die aus ihr sich ergebenden Forderungen können nicht besser gekennzeichnet werden als durch die folgenden Worte Nietzsches:

„... So stehen nun alle Staaten jetzt gegeneinander: sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbars und die gute Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine Inhumanität, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja im Grunde ist sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen, weil sie, wie gesagt, dem Nachbar die Immoralität unterschiebt und dadurch die feindselige Gesinnung und Tat zu provozieren scheint. Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten . . . Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß . . . erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann. Der Kriegsglorienbaum kann nur mit einem Male, durch einen Blitzschlag, zerstört werden: der Blitz aber kommt, Ihr wißt es ja, aus der Höhe."

Die christlichen Politiker, Publizisten und Kirchenmänner sollten dies Wort um Wort bedenken! Ein richtig beherzigter Nitzsche ist hier, man mag noch so sehr über ihn die Nase rümpfen, immer noch besser als ein schlecht beherzigtes Evangelium. Leider ist von einem aktiven Christentum, das sonst in der Politik nichts zu suchen haben mag, sie aber heute, unter dem drohenden Schatten der Atomsprengwolke, erobern muß, nur wenig zu spüren. Der Wahnsinn der Blöcke hat sogar da und dort die katholische Kirche erfaßt; mit ihrem Antibolschewismus, der eben doch nur bis zu einem gewissen Punkt berechtigt ist, erneuert sie — wie Äußerungen über die Atomphysiker gezeigt haben — geradezu den Teufelsglauben des Mittelalters in säkularisierter Form. Der so christliche „Rhein. Merkur" schrickt nicht davor zurück, in seiner Polemik gegen den Appell der

---

Wochen in ihr Dasein eingebrochen ist — nicht für einen Pfifferling wieder abkaufen lassen wollen. Nein, für einen Pfifferling nicht, — aber sie sollen auf der Hut sein: man wird ihnen auch noch höhere Preise bieten! Der Kampf um sie zwischen Vernunft und Finsternis wird hart und nicht immer gleich erkennbar sein, — sie werden klaren Kopf gewinnen und bewahren müssen.

Die neuen Herren der Welt, die Atom-Wissenschaftler, sind dies zur Zeit nur dem Geiste nach, nicht auch in der Tat; denn sie haben die von ihnen geschmiedeten Waffen in einer zur Verwüstung der Erde wahrscheinlich schon ausreichenden Zahl bereits aus der Hand gegeben. Die Stunde, selber und nach den Maßen einer neuen, kriegfreien Zeit den Lauf der Dinge zu bestimmen, haben die Atomphysiker in allen Ländern versäumt. Darum müssen sie jetzt appellieren . . .

Ob das einst zu spät gewesen sein wird oder nicht, hängt nicht mehr von ihnen ab, sondern von jenen drei- oder fünfhundert Kinobesuchern ebenso wie von den Millionen anderer Menschen in allen Ländern der Welt. Nur sie können im aktiven moralischen Zusammenschluß das noch verhindern, wovor die Auguren immer differenzierter und immer tragischer warnen.

Johannes Weidenheim

Forscher an die Anfälligkeit mancher Atomphysiker für die östliche Ideologie zu erinnern (!).

Und doch ist das Christentum heute so leicht gemacht, denn wer heute, unter der Drohung der Atomwaffen, sich selbst liebt, m u ß seinen Feind lieben. Zur Wahrung des Friedens genügt nicht die Abwesenheit von Angriffsabsichten, nicht die Beteuerung, nur abschrecken zu wollen. Das ist zu billig, das ist nur negativ. Abschreckung mit der Atomwaffe ist ein Spielen mit dem Feuer, hüben wie drüben. Wenn jeder es dem anderen in jeder Beziehung gleichtun will, bereitet jeder auch jedem das gleiche Atomschicksal. Die Alternative Sein oder Nichtsein, Friede oder Krieg, Menschheit oder Machtstreben der Staaten, Selbstbehauptung oder Selbstverleugnung ist damit ultimativ geworden! Die totale Waffe erfordert den totalen Menschen, nicht den Politiker o d e r den Wissenschaftler, sondern den ganzen, den sittlichen Menschen, d. h. den Politiker u n d den Wissenschaftler, den Geistlichen u n d den Philosophen, und mit ihnen einen Akt moralischer Selbstüberwindung, der dort am leichtesten fällt, wo die Gefahr am größten ist — an den Brennpunkten.

Anmerkung der Redaktion: Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß wir im nächsten Heft oder in einer Sondernummer ausführlich Stellung nehmen werden zum Atomproblem und zur Atomdebatte des Bundestages. Bei Redaktionsschluß lagen die Protokolle der 209. Sitzung des Bundestages (Atomdebatte vom 10. Mai 1957) leider noch nicht vor.

M a n f r e d P a h l - R u g e n s t e i n

Aufgaben positiver Kulturpolitik

Vielen unter uns widerstrebt es heute, die Worte Kultur und Politik in einem Begriff vereinigt zu finden. Gerade diejenigen, denen kulturelle Berührungen und Erlebnisse zum notwendigen und immer aufs neue gesuchten Inhalt des Lebens gehören, sehen eine große Lücke zwischen diesen Dingen und dem politischen Gespräch zwischen den Völkern, der Realität einer Politik, deren letzte, einzige Weisheit die Bereithaltung oder gar Anwendung von Gewalt ist. Der großartige Geist der Präambel und des Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 mit der Bekundung, „spätere Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien, die zweimal in unserem eigenen Leben der Menschheit unsägliches Leid gebracht hat", und den Bekenntnissen zu Würde und Wert der menschlichen Person, zu Gerechtigkeit, sozialem Fortschritt, Toleranz, Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen unter den Nationen und zur Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art, dieser hohe und edle Adel des Umgangs miteinander ist in dem Alltag unserer Welt noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Gegensätze und Nachkriegsprobleme, wie sie 1945 bestanden, sind in den folgenden zwölf Jahren größer, härter, unlösbarer geworden. Die Welt ist in den Sog eines nie zuvor gekannten Wettrüstens hineingeraten. Die großen Völker geben fast drei Viertel ihrer Staatsetats für ihre „Sicherheit" aus, ohne sie dafür zu erhalten. Alle Einsichtigen sind sich klar darüber, daß wir insgesamt einen gefährlichen, wenn nicht tödlichen Irrweg beschreiten; doch das Mißtrauen gegeneinander ist so groß geworden, daß keiner den ersten Schritt zurück machen will. Auch Einzelprobleme lassen sich nicht herauslösen: die Welt von heute ist — ob wir es wollen oder nicht — durch die Ergebnisse unserer Wissenschaft und die Entwicklung der Technik zu einer Einheit geworden. Es liegt an uns, ob wir an dieser Konstellation unserer Zeit zugrunde gehen oder aus ihrer Dynamik und weitgespannten Polarität eine große Synthese schaffen, eine Polyphonie ohne Konformismus, ohne geistige und schöpferische Uniform. Benutzen wir dazu das Instrument der Politik entsprechend dem ihm in Wahrheit innewohnenden Sinn, um damit nicht gegen den Menschen, sondern

Gewähr für die Verhütung von Kriegen liege. Trotzdem und obwohl unter den Atomphysikern nur die wenigsten ahnen konnten, was Politiker und Militärs aus ihren Erkenntnissen machen würden, kamen von ihnen immer wieder Proteste gegen die Verwendung der Kernenergie im Kriege. So z. B. von Prof. Born in einem Vortrag in Hannover (Nov. 1956) und kürzlich von den achtzehn westdeutschen Forschern. Wenn diesen von den Politikern vorgeworfen wird, sie könnten nicht in politischen Kategorien denken, so können die Physiker den Vorwurf zurückgeben, daß die Politiker n u r in politischen, nicht aber in technischen oder auch in moralischen Kategorien denken können.

Der Druckknopfkrieg verschiebt nämlich alle bisherigen Verhältnisse. Nicht nur, daß man bei seiner Blitzartigkeit kaum wird unterscheiden können, wer der Aggressor und wer der Angegriffene ist, es gibt auch keine Mobilisierung als Vorstufe des Kriegszustandes mehr. Das muß man erkennen, wenn man die Warnungen der Russen vor der Atomrüstung in Europa und ihre „massiven Drohungen" analysiert. Natürlich gilt dies ebenso für die andere Seite. Dabei muß man verstehen, daß die Atomrüstung in der Nachbarschaft der kontinentalen Grenzen der UdSSR von dieser als Einkreisung empfunden werden muß. Man bedenke nur einmal die Wirkung in den USA, wenn umgekehrt die Russen in Kanada und Mittelamerika Raketenstützpunkte einrichten würden.

Übrigens werden logische Folgerungen nicht etwa dadurch unlogisch, weil sie uns von den Russen vor die Nase gehalten werden. Der Kreis der politischen Argumentation ist heute so verengt, daß jeder noch so sachliche und logisch begründete Einwand gegen ein westliches Argument einen „östlichen Pferdefuß" zu haben scheint. Man kann sehr wohl verstehen, daß die Russen gegen die Stationierung von amerikanischen Atombomben und Fernraketen in Europa rebellieren. Je mehr die USA mit ihren Atomsatelliten den Russen auf den Leib rückt, um so mehr können diese versucht sein, wenigstens den Ring zu sprengen. Dies aber würde die atomare Vernichtung Europas bedeuten, dann nämlich, wenn Amerika sich nicht entschließen könnte, das Risiko eines Atomangriffs auf das eigene Land zu tragen und Rußland seine Ziele entsprechend eng begrenzen würde. Die Abschreckungswirkung der Atomwaffe kann auch eine nur t e i l w e i s e sein, wenn die Atommächte sich selbst schonen und nur ein „begrenzter" Konfliktgegenstand — der rüstungsaktive europäische Gürtel — im unmittelbaren Wortsinn aus der Welt geschafft wird. Deutschland, das Zentrum dieses Gürtels, würde dann von beiden Gegnern restlos atomisiert werden. Unter diesen Umständen wäre es ein wahnsinniges Spiel, etwa die „Freigabe der Ostzone" durch die atomare Einkreisung Rußlands erzwingen zu wollen.

Wie aber würden sich die vorhandenen konventionellen Waffen auf das allgemeine Kräfteverhältnis und auf die Möglichkeit eines Atomkrieges auswirken? Ließe sich die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges nicht verringern, vor allem für die Mächte des Gürtels, wenn sie versuchten, in bezug auf konventionelle Waffen ein Gleichgewicht herzustellen? Bei „begrenzten" Kriegszielen könnte man vielleicht damit rechnen; aber ein lokaler Konflikt, der vor dem Hintergrund der Atomwaffe ausbricht, muß schon sehr

Episode mit Anhang

Es war knapp zwei Wochen nach dem Memento der achtzehn Göttinger Professoren und einen Tag, nachdem Albert Schweitzer das von allen seinen Verehrern lange erwartete Wort über die schleichende Vergiftung unserer Welt durch die Experimente mit Atom- und Wasserstoffbomben gesprochen hatte.

In einem gepflegten Kino einer westdeutschen Landeshauptstadt verlosch das Licht — nicht erst halb, wie es zum Vorführen des kommerziellen Präludiums sonst üblich ist, sondern gleich ganz, denn es gab diesmal keine Reklamebilder, sondern gleich einen Vorfilm, und der hieß „Energie aus Materie".

Es dauerte nur wenige Augenblicke, da hatten die dreihundert oder fünfhundert Zuschauer begriffen, daß es sich um eine allgemeinverständliche Veranschaulichung des unerhörten geistigen Abenteuers Kernspaltung handelte. Wie mit einem Schlage hörten alle Zellophantüten zu rascheln auf, und bald war es im Saal geradezu kinofremd still. Die Verkündigung, die hier mit einleuchtenden Zeichnungen, Trickaufnahmen und Montagen gehalten wurde — unterstrichen von knappen, kühlen, klaren Worten und einer leisen, mono-

tiefe Beweggründe haben, so daß er schließlich die letzte Entscheidung durch die Atomwaffe herausfordert und auslöst. Gelingt es in einem Krieg mit konventionellen Waffen der einen Seite, eine strategische Lage herbeizuführen, die für die andere Seite einen entscheidenden Nachteil bedeutet, so kann diese sich gezwungen sehen, die Atomwaffe einzusetzen, sofern nur das damit verknüpfte Risiko geringer erscheint als jener Nachteil. Man könnte sich also allein auf die abschreckende Wirkung der Atomwaffe verlassen in jenen Fällen, in welchen das Gleichgewicht in konventionellen Waffen nicht besteht, brauchte dieses also gar nicht anzustreben.

Aus diesen unabsehbaren Schwierigkeiten gibt es möglicherweise zwei Auswege:

1. den Zusammenschluß der Intelligenz auf internationaler Grundlage, wie ihn schon Albert Einstein gefordert hat;
2. den Verzicht auf die „Vorteile" der Atomwaffe bzw. auf militärische Bindungen an den politischen Brennpunkten, in Verbindung mit allgemeiner Abrüstung.

Zu 1. Den Politikern fehlt häufig das Augenmaß für die Dimensionen und Konsequenzen der heutigen Waffen. Menschen, die den Blick dafür haben und deren Gewissen unmittelbar angesprochen wird, sind dagegen unter jenen zu finden, die diese Waffen geschaffen oder die grundlegenden Erkenntnisse dafür entwickelt haben. Sie haben vor allem auch die von Nationalegoismus freie, menschheitsbewußte Haltung, die als ausgleichendes Korrelat zu dieser menschheitsbedrohenden Waffe gehört. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist der Vortrag, den Prof. Max Born in Hannover (Nov. 1956) über „Der Mensch und das Atom"*) gehalten hat.

Die Physiker und Techniker haben ein unbestreitbares moralisches Anrecht darauf, mitzubestimmen, was mit den Kernwaffen, diesen unheilvollen Geschöpfen prometheischen Geistes, geschieht. Früher verkauften sie ihre Erfindungen den Kriegsministerien ohne viel Skrupel, heute würden sie ihre Seele mitverkaufen, und dies läßt ihre Gewissenskämpfe wohlbegründet erscheinen. Sie müssen sich deshalb auf breitester Basis zusammenschließen und das vernehmliche Wort sprechen, das ihnen als den eigentlichen Urhebern dieser Entwicklung zukommt**). Nur Gehässigkeit und Sachunkenntnis kann ihnen, wie dies der „Rhein. Merkur" tut, verspätete Einkehr vorwerfen.

Die Überheblichkeit der Politiker und Zeitungsleute gegenüber den Atomphysikern ist grotesk. Sie bilden sich ein, daß die Physiker ihnen in ihren höchst einfachen und naheliegenden Überlegungen nicht folgen könnten. Das Machtdenken — dessen einfache Logik klassisch von Macchiavelli dargestellt wurde — ist schon immer ebenso einseitig wie unerbittlich gewesen, mit der Atomwaffe aber wird es monoman! Es überschlägt sich, es hebt sich selbst auf. Es geht also gar nicht um das bißchen Logik, sondern um das tiefere

*) Zeitschrift für Atom-Kernenergie, Januar 1957.

**) Dies ist wie der größere Teil dieses Aufsatzes vor der Erklärung der Atomforscher vom 12. 4. 1957 geschrieben.

---

tonen, unheimlichen Elektronenmusik —, mußte jedem Zuschauer sagen, daß in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr Kaiser und Könige, Despoten und Kirchenfürsten, Kanzler und Diplomaten die Herren der Erdkugel seien — wenn sie das überhaupt je waren —, ja, nicht einmal mehr Großkapitalisten. Es könnten im guten und im besten Sinne jene heute noch zählbaren Männer und Frauen der Physik sein, die es vermögen, aus einem scheinbar leblosen kleinen Würfel Uran soviel Energie freizumachen, daß davon z. B. eine Millionenstadt tage- und nächtelang vollauf mit Strom versorgt werden kann.

Was die gleiche Energie vermag, wenn sie zur Zerstörung eingesetzt wird, wurde in dem — aus der Bundesrepublik stammenden — Film nur mit einem einzigen Satz angedeutet. Das wäre zu wenig gewesen, wenn die Zuschauer nicht noch den Appell der Achtzehn und die unmißverständliche Auslegung Albert Schweitzers in den Ohren gehabt hätten; und wer ein polemisch veranlagter Bundesbürger ist, hatte zur besseren Kontrastwirkung wohl auch noch den Rüffel Konrad Adenauers in den Ohren, der da erklärt hatte, das sei Politik, und die Herren Professoren sollten das Politikmachen gefälligst ihm überlassen, denn davon verstünden sie nichts.

Problem, wie weit überhaupt die Voraussetzungen noch stimmen. Mit den Voraussetzungen aber beginnt das Irrationale, beginnt die Frage der Gesinnung das nur Verstandesmäßige zu überlagern. Wenn zwei Schachspieler um Tod und Leben spielen, könnte es vielleicht gut sein, wenn sie das Spiel unterbrechen und sich über ihre Abmachung unterhalten, sie mögen sonst noch so leidenschaftliche und vortreffliche Spieler sein.

Zu 2. Es ist ein Verharren im Gewohnheitsdenken mit der Gefahr, falschen Analogien zu verfallen, wenn manche Politiker letzte Sicherheit von der Atomwaffe erwarten, ohne dabei die besondere politische und strategische Situation ihres Landes in Rechnung zu stellen.

Schießpulver zu besitzen, kann, wenn man sich bedroht fühlt, eine große Beruhigung sein, auf Pulver zu sitzen ist jedoch höchst beunruhigend. Um wieviel mehr gilt dies von der letzten Steigerung: der Atomwaffe! Wir sind in dieser Lage, denn Deutschland befindet sich in einem Brennpunkt der Ost-West-Auseinandersetzung. Aber nicht nur dies — als gespaltenes Land befindet es sich zugleich in einem starken Magnetfeld zwischen den Polen Ost und West, was bedeutet, daß wir uns politisch sozusagen nicht von der Stelle rühren können, und damit wird der andere Umstand — in einem Brennpunkt zu liegen — erst verhängnisvoll. Denn was geschieht mit Pulver, das unverrückbar der Hitze im Brennpunkt ausgesetzt ist? Die Folgerungen daraus ergeben sich jedem logisch Denkenden von selbst: entweder muß das Pulver entfernt oder die zündenden Strahlen müssen abgelenkt werden. Das heißt also in unserer Lage — jeder intelligente Politiker wird das einsehen: Verzicht mindestens auf die Atomwaffe einerseits, militärische Bindungslosigkeit andererseits. Dabei ist klar, daß jede Steigerung der technischen Kampfkraft eine Verschärfung der politischen Spannung bewirken muß, besonders wenn ein Land damit zum Platzhalter einer Atomweltmacht wird. Es ist nach alldem schließlich auch klar, daß das bisherige, zu einem gesicherten Besitz der Menschheit gewordene Machtdenken und die Mann-von-der-Straße-Logik in einen Abgrund führen müssen und daß also die Entwicklung auf einen Zustand hin, in welchem die Welt in ein einziges Atomwaffenarsenal und zugleich in ein Irrenhaus mit verfolgungs- und größenwahnsinnigen Insassen verwandelt wird, eine Grenze haben muß. „Verantwortung des Abendlandes" bleibt eine abgeschmackte und heuchlerische Phrase, wenn nicht der wahre abendländische Geist dahinter steht, der gleiche Geist, der die Atomwaffe geschaffen hat. Er ist — so scheint es, wenn man die Hilflosigkeit der Politiker sieht — vielleicht allein fähig, diese Waffe zu entschärfen. Somit ist der „hochgezüchtete Intellekt" der Atomphysiker durchaus eine Hoffnung, denn er ist, wie sich gezeigt hat, mit einem noch nicht herabgezüchteten Gewissen verbunden.

Natürlich geht es nicht allein um die Atomwaffe, es bedarf auch einer allgemeinen Abrüstung, ja dieser ganz besonders. Denn mit der Atomabrüstung ist es eine merkwürdige Sache, worauf Prof. Thirring aufmerksam gemacht hat. Auch bei friedlicher Verwertung der Kernenergie in den Uranbrennern fällt der Atom„sprengstoff" Plutonium an,

---

Unter diesen Umständen war es nicht notwendig, daß der wissenschaftliche Film auch die politische und militärische Kehrseite der ungeahnten Möglichkeiten herausstrich; es saß in diesem Augenblick kein Mensch vor der flimmernden Leinwand, der nicht zumindest geahnt hätte, was die Weltuhr geschlagen hat.

Aber es sind immer Kräfte am Werk, die eine Verkündigung wieder in Vergessenheit geraten lassen wollen. War es Regie oder Zufall? Die Reklame — der das Publikum für diesmal schon entronnen zu sein glaubte — fiel doch nicht aus, sondern sie folgte dem kräftigen Streifen auf dem Fuße, ohne jeden Übergang und mit der selbstverständlichsten Schamlosigkeit. Man hatte die drohende Totalansicht eines Atommeilers kaum eingeordnet, da wurde man schon von einer jungen Hausfrau in Color mit Konfektionscharme belästigt, die eine Dose irgendeines Fertigkaffees wie eine Offenbarung darbot und mit Schulmädchenernst die Sottise verzapfte: „Jaaa — unsere tägliche Kaffeestunde lassen wir uns durch nichts nehmen!"

Da konnte man nach langer Zeit wieder einmal erleben, daß unsere Menschen murrten. Einige pfiffen sogar.

Das läßt den Schluß zu, daß sie sich ihre Unruhe um das Leben — die vor einigen

ebenso der hochradioaktive Atommüll, beide geeignet, ohne große Vorbereitungen und bei geringem Einsatz einen verheerenden Atomkrieg zu führen. Aus diesem Grunde nicht zuletzt wird die Befreiung von der Atomfurcht doch eine politische Tat einsichtsvoller und großherziger Staatsmänner sein müssen, die sich im übrigen dessen bewußt sind, welche großen Dienste ihnen die Wissenschaftler dabei leisten können.

Was als Neutralität oder Neutralismus der Schrecken gewisser Politiker ist, bedeutet, richtig verstanden und ausgeführt, in Wahrheit den Beginn der Umkehr, die nur so eingeleitet werden kann. Denn einer muß dazu ja einmal die Initiative ergreifen, und mit ihr begibt er sich solange in den Zustand einer gewissen Schutzlosigkeit, als sein Beispiel noch nicht die anderen mitgerissen hat. In diesem Mut liegt aber seine Größe, und sie wird vor der Geschichte nicht geringer sein als die der großen Schlachtengenies. Prof. Thirring verweist auf die Auswirkungen der österreichischen Neutralität; sie sei „ein Gegenbeweis gegen die von Militaristen immer wieder vertretene These von der Sogkraft des militärischen Vakuums."

Die Lage im Gesamten und die aus ihr sich ergebenden Forderungen können nicht besser gekennzeichnet werden als durch die folgenden Worte Nietzsches:

„... So stehen nun alle Staaten jetzt gegeneinander: sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbars und die gute Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine Inhumanität, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja im Grunde ist sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen, weil sie, wie gesagt, dem Nachbar die Immoralität unterschiebt und dadurch die feindselige Gesinnung und Tat zu provozieren scheint. Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muß man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungsgelüsten . . . Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß . . . erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann. Der Kriegsglorienbaum kann nur mit einem Male, durch einen Blitzschlag, zerstört werden: der Blitz aber kommt, Ihr wißt es ja, aus der Höhe."

Die christlichen Politiker, Publizisten und Kirchenmänner sollten dies Wort um Wort bedenken! Ein richtig beherzigter Nitzsche ist hier, man mag noch so sehr über ihn die Nase rümpfen, immer noch besser als ein schlecht beherzigtes Evangelium. Leider ist von einem aktiven Christentum, das sonst in der Politik nichts zu suchen haben mag, sie aber heute, unter dem drohenden Schatten der Atomsprengwolke, erobern muß, nur wenig zu spüren. Der Wahnsinn der Blöcke hat sogar da und dort die katholische Kirche erfaßt; mit ihrem Antibolschewismus, der eben doch nur bis zu einem gewissen Punkt berechtigt ist, erneuert sie — wie Äußerungen über die Atomphysiker gezeigt haben — geradezu den Teufelsglauben des Mittelalters in säkularisierter Form. Der so christliche „Rhein. Merkur" schrickt nicht davor zurück, in seiner Polemik gegen den Appell der

---

Wochen in ihr Dasein eingebrochen ist — nicht für einen Pfifferling wieder abkaufen lassen wollen. Nein, für einen Pfifferling nicht, — aber sie sollen auf der Hut sein: man wird ihnen auch noch höhere Preise bieten! Der Kampf um sie zwischen Vernunft und Finsternis wird hart und nicht immer gleich erkennbar sein, — sie werden klaren Kopf gewinnen und bewahren müssen.

Die neuen Herren der Welt, die Atom-Wissenschaftler, sind dies zur Zeit nur dem Geiste nach, nicht auch in der Tat; denn sie haben die von ihnen geschmiedeten Waffen in einer zur Verwüstung der Erde wahrscheinlich schon ausreichenden Zahl bereits aus der Hand gegeben. Die Stunde, selber und nach den Maßen einer neuen, kriegfreien Zeit den Lauf der Dinge zu bestimmen, haben die Atomphysiker in allen Ländern versäumt. Darum müssen sie jetzt appellieren . . .

Ob das einst zu spät gewesen sein wird oder nicht, hängt nicht mehr von ihnen ab, sondern von jenen drei- oder fünfhundert Kinobesuchern ebenso wie von den Millionen anderer Menschen in allen Ländern der Welt. Nur sie können im aktiven moralischen Zusammenschluß das noch verhindern, wovor die Auguren immer differenzierter und immer tragischer warnen.

Johannes Weidenheim

Forscher an die Anfälligkeit mancher Atomphysiker für die östliche Ideologie zu erinnern (!).

Und doch ist das Christentum heute so leicht gemacht, denn wer heute, unter der Drohung der Atomwaffen, sich selbst liebt, m u ß seinen Feind lieben. Zur Wahrung des Friedens genügt nicht die Abwesenheit von Angriffsabsichten, nicht die Beteuerung, nur abschrecken zu wollen. Das ist zu billig, das ist nur negativ. Abschreckung mit der Atomwaffe ist ein Spielen mit dem Feuer, hüben wie drüben. Wenn jeder es dem anderen in jeder Beziehung gleichtun will, bereitet jeder auch jedem das gleiche Atomschicksal. Die Alternative Sein oder Nichtsein, Friede oder Krieg, Menschheit oder Machtstreben der Staaten, Selbstbehauptung oder Selbstverleugnung ist damit ultimativ geworden! Die totale Waffe erfordert den totalen Menschen, nicht den Politiker o d e r den Wissenschaftler, sondern den ganzen, den sittlichen Menschen, d. h. den Politiker u n d den Wissenschaftler, den Geistlichen u n d den Philosophen, und mit ihnen einen Akt moralischer Selbstüberwindung, der dort am leichtesten fällt, wo die Gefahr am größten ist — an den Brennpunkten.

Anmerkung der Redaktion: Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß wir im nächsten Heft oder in einer Sondernummer ausführlich Stellung nehmen werden zum Atomproblem und zur Atomdebatte des Bundestages. Bei Redaktionsschluß lagen die Protokolle der 209. Sitzung des Bundestages (Atomdebatte vom 10. Mai 1957) leider noch nicht vor.

M a n f r e d P a h l - R u g e n s t e i n

Aufgaben positiver Kulturpolitik

Vielen unter uns widerstrebt es heute, die Worte Kultur und Politik in einem Begriff vereinigt zu finden. Gerade diejenigen, denen kulturelle Berührungen und Erlebnisse zum notwendigen und immer aufs neue gesuchten Inhalt des Lebens gehören, sehen eine große Lücke zwischen diesen Dingen und dem politischen Gespräch zwischen den Völkern, der Realität einer Politik, deren letzte, einzige Weisheit die Bereithaltung oder gar Anwendung von Gewalt ist. Der großartige Geist der Präambel und des Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 mit der Bekundung, „spätere Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien, die zweimal in unserem eigenen Leben der Menschheit unsägliches Leid gebracht hat", und den Bekenntnissen zu Würde und Wert der menschlichen Person, zu Gerechtigkeit, sozialem Fortschritt, Toleranz, Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen unter den Nationen und zur Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art, dieser hohe und edle Adel des Umgangs miteinander ist in dem Alltag unserer Welt noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Gegensätze und Nachkriegsprobleme, wie sie 1945 bestanden, sind in den folgenden zwölf Jahren größer, härter, unlösbarer geworden. Die Welt ist in den Sog eines nie zuvor gekannten Wettrüstens hineingeraten. Die großen Völker geben fast drei Viertel ihrer Staatsetats für ihre „Sicherheit" aus, ohne sie dafür zu erhalten. Alle Einsichtigen sind sich klar darüber, daß wir insgesamt einen gefährlichen, wenn nicht tödlichen Irrweg beschreiten; doch das Mißtrauen gegeneinander ist so groß geworden, daß keiner den ersten Schritt zurück machen will. Auch Einzelprobleme lassen sich nicht herauslösen: die Welt von heute ist — ob wir es wollen oder nicht — durch die Ergebnisse unserer Wissenschaft und die Entwicklung der Technik zu einer Einheit geworden. Es liegt an uns, ob wir an dieser Konstellation unserer Zeit zugrunde gehen oder aus ihrer Dynamik und weitgespannten Polarität eine große Synthese schaffen, eine Polyphonie ohne Konformismus, ohne geistige und schöpferische Uniform. Benutzen wir dazu das Instrument der Politik entsprechend dem ihm in Wahrheit innewohnenden Sinn, um damit nicht gegen den Menschen, sondern

für den Menschen zu handeln, so finden nun die Worte Kultur und Politik ohne Widersinn zusammen. Wohlüberlegte Kulturpolitik aber ist gerade heute von ganz besonderer Bedeutung.

In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Kulturhoheit bei den einzelnen Ländern. Sie regeln das Schulwesen, sind zuständig für Universitäten, Akademien und Institute, Museen, Theater usw. Überall mußte man 1945 von vorn beginnen, und es gab nicht nur ausgebombte Hörsäle, Theater und Ausstellungsräume, es gab, was schlimmer war, im geistigen, wissenschaftlichen und schöpferischen Bezirk Ruinenfelder und leere Räume. Das war das Ergebnis jener beiden gewaltsamen Einschnitte, die die deutsche Kultur von 1914/18 und 1933/45 erfahren hatte. Heute müssen wir die bittere Feststellung machen, daß an der Seite des westdeutschen Wirtschaftswunders kein Kulturwunder aufgeblüht ist. Man verstehe mich nicht falsch: das Schöpferische läßt sich nicht organisieren, auf keinem Gebiet, wohl aber lassen sich Voraussetzungen schaffen, unter denen Forschung und Lehre, Kunst und Kultur zu zeitgemäßem Leben und Wirken gelangen können. Zeitgemäß, d. h. weltoffen und weltweit orientiert.

Aus einer Petition der Studentenschaft der Universität Heidelberg geht hervor, daß eine ganze Reihe von Lehrstühlen, z. T. seit Jahren, vakant sind, so für Arbeitsrecht, Deutsches und ausländisches Privatrecht, Handels- und Wechselrecht, Augenheilkunde, Neuere Geschichte, Romanische Philologie, Soziologie, Geologie, angewandte Mathematik, angewandte Physik, ferner seit dem 1. 4. 1956 acht ordentliche und vier außerordentliche Lehrstühle. In in der romanistischen Abteilung der Philosophischen Fakultät sind alle Lehrstühle unbesetzt, so daß durch einen einzigen Assistenten der Lehrbetrieb aufrechterhalten werden muß. In der Juristischen Fakultät müssen mit nunmehr 1200 Studenten die Vorlesungen zum erheblichen Teil durch Lehrbeauftragte gehalten werden, da einmal die zehn Ordinarien überbelastet sind, zum anderen wichtige Lehrstühle seit Jahren leer stehen oder leer gestanden haben. In der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fachgruppe der Philosophischen Fakultät war im Sommersemester 1956 nur noch ein Ordinarius, zudem mit Verwaltungsarbeit völlig überlastet, vorhanden. Ebenso unzulänglich wie der Umfang des Lehrkörpers sind die Räume, die für 3000 Studenten ausreichen, aber für 6200 (davon 10 v. H. Ausländer) genügen müssen, ganz zu schweigen von der Ausstattung der Institute und den Lücken in den Bibliotheken. Für das Studium generale gab es im Haushaltplan 1956 für zwei Semester ganze DM 3000.—. Für die Ausländerbetreuung standen bei 600 Studenten DM 2000.— zur Verfügung. In der Mensa gibt es nur 400 Plätze, zum großen Teil in der Turnhalle des alten Marstallgebäudes. Die Studenten schlingen ihr Essen hinunter, während drei andere auf den Platz warten oder im Stehen essen. Zu allem Überfluß verlangt nun das Finanzministerium von Baden-Württemberg für die Turnhalle noch DM 25 000.- Miete von der Universität. „Wie bei solchen Fakten noch von einer Ausbildung, von einer gediegenen Ausbildung ganz zu schweigen, gesprochen werden kann, bleibt zweifelhaft. Es ist unverständlich, daß die Landesregierung dieser ihr seit langem bekannten Notlage keine Rechnung getragen hat... Es muß die Studentenschaft eigentümlich berühren, wenn man heute das sogenannte Wirtschaftswunder konstatiert, alles unternimmt, die wirtschaftliche Konjunktur zu fördern, daß man aber auf der anderen Seite jenen Bereich, der auf die Dauer die Voraussetzungen für einen hohen Standard zu schaffen hat, die Wissenschaft in allen ihren Zweigen vernachlässigt."

Der Präsident der Rektorenkonferenz, Professor Helmut Coing, sagte in einer Stellungnahme zum Universitätsproblem (Forum der Welt, 16. 2. 1957): „Am bedrückendsten und am weitesten von einer zureichenden Lösung entfernt ist für die Hochschulen das Personalproblem. Die Ausdehnung des Lehrkörpers geht viel zu langsam. Würde dieses Tempo fortgesetzt, so würden wir erst in zwanzig oder dreißig Jahren den Zustand erreichen, der eigentlich jetzt schon vorhanden sein müßte..." Professor Coing stellt eindeutig fest, daß unsere Hochschulen mit dem Fortschritt der Wissenschaft nicht Schritt gehalten haben, die Universitäts- und Arbeitsbibliotheken lückenhaft und ungenügend sind, die apparative Ausstattung von Instituten und Kliniken oft veraltet und unzureichend ist; er fordert u. a. die Verdoppelung des Gesamtetats der Hochschulen, um das erforderliche Personal einstellen zu können, eine einmalige Nothilfe des Bundes für Anschaffungen und Wiederaufbau, die Neuordnung des Förderungswesens (Honnefer Modell), schließlich eine zentrale Organisation der staatlichen und wissenschaftlichen Stellen für die Koordinierung der Ausbaupläne und die Finanzfragen.

Der Jahresbericht der „Deutschen Forschungsgemeinschaft" weist für 1956 ganze 21,4 Millionen DM zur Förderung der Forschung aus (1955: 26 Millionen DM). Die Mittel wurden zur Hauptsache für Atomphysik, Radiologie und Luftfahrtforschung verwandt. Eine Summe von 7,1 Millionen DM wurde davon für militärisch wichtige Zwecke ausgegeben. Ganze 1,7 Millionen DM standen der Virusforschung zur Verfügung. Auf der Jahrestagung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (Ende April 1957 in Wiesbaden) erfuhr man nicht nur, daß dieser 1956 für die Forschung 14 Millionen Mark meist zweckgebundener Mittel gab und daß die Industrie ihre eigenen Forschungsvorhaben mit 600 Millionen Mark jährlich veranschlage, sondern auch, daß das dringende Anliegen an Bund und Länder, nur ein Prozent des Volkseinkommens für Forschung, Lehre und Bildung aufzuwenden, nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe. Weiter betrachtete man es für völlig verfehlt, die Mittel für die Pflege der Wissenschaft im überkommenen Sinn mit den Aufwendungen für Atomforschung und für Verteidigungsforschung, deren Etat zur Zeit 160 Millionen Mark betrage, zu belasten.

Ähnlich liegen die Dinge an den Technischen Hochschulen; sie sind ungenügend ausgestattet, es fehlt an Räumen (Kinos werden für Lehrzwecke benutzt) und Lehrpersonen. Die Zahl der Schulen überhaupt ist nicht ausreichend. Unsere Wirtschaft hat 30 000 Ingenieure und Techniker zu wenig.

Ebenso rückständig sind wir auf anderen kulturellen Gebieten. Es fehlt an Schulraum und Lehrern. Der „Schichtunterricht" läßt die Leistungen absinken und steigert die Nervosität unserer Jugend. Museen, Theater und Konzertsäle warten auf den Wiederaufbau. Es fehlt an ausreichenden Etatmitteln für die Arbeit dieser Einrichtungen.

Im Bundestag beantragte am 8. Mai die Opposition, in den Haushaltplan für 1957/58 für die Wissenschaft und Forschung 755 Millionen einzusetzen, insbesondere für dringende Neubauten und Instituts- und Bibliotheksausstattungen, weiter 80 Millionen für Stipendien und 250 Millionen für Schulen. Die CDU und ihre Partner haben kein Verständnis für die wahren Belange unseres Volkes gezeigt. Mit ihrer Stimmenmacht verweigerten sie auch nur die geringste Erhöhung der von der Regierung Adenauer veranschlagten und völlig unzulänglichen 72 Millionen Mark für die Wissenschaft und 30 Millionen für die Studentenförderung, die aber auch als Darlehen vergeben werden können. Und das bei einem Etat von über 37 Milliarden Mark! Der Finanzminister fühlte sich bemüßigt, auf die Kulturhoheit der Länder hinzuweisen, während er bei der gleichen Debatte erklärte, daß er zur Deckung der Rüstungsausgaben Kassenreserven von 6,1 Milliarden „freigebe" und weitere 4 Milliarden der Rücklage „entnommen würden". Der Abgeordnete Prof. Gülich (SPD) erklärte eindeutig, „die Forschung müsse den unbedingten Vorrang vor den sinnlosen Ausgaben für die Rüstung haben" und wies auf die auch vom Bund aus hier bestehenden Verpflichtungen hin. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages billigte gegen die Stimmen der Opposition an diesem Tage den Vertrag über den Kauf von Munition für 740 Millionen Mark aus der Türkei.

Die Aufgaben der Kulturpolitik gehen aber weit über das Nachholen der Kriegsschäden und der Nachkriegsversäumnisse bei den Universitäten und anderen Kulturinstituten hinaus. In der heutigen beschämenden Situation konnten wir mit den eigentlichen Anliegen einer positiven Kulturpolitik noch kaum beginnen. Es geht im Kern um die Neuordnung unseres gesamten Lebensbereiches. Wir haben mit dem Verstand die Technik umfassender entwickelt, als wir sie menschlich bewältigt haben. Es gibt eine tiefe Kluft zwischen unserem Wissen und unserem Gewissen. Um sie zu schließen, bedarf es der Ausprägung eines neuen Menschenbildes. Eine der Aufgaben der Geisteswissenschaften, insbesondere der Philosophie, ist es, das Gewissen zu bilden. Das Gewissen des einzelnen Menschen. Ethik ist nicht davon abhängig, wie andere sich verhalten, sondern wie man selbst sich verhält. Das gilt auch für ein Volk insgesamt*). Diese Erziehung von innerlich wertvollen und den technischen Einrichtungen unserer Zeit verbundenen Menschen muß in einer neuen Art schon in der Schule beginnen. Lehrstoffe und Lehrmethoden müssen enger herangeführt werden an ihre vorbildende Aufgabe für die Berufe und das Studium von heute. Die Universität wird dem so im argen liegenden Studium generale die größte

*) Der Stifterverband setzt soeben einen Preis von DM 10 000.— aus für die beste Arbeit zu dem Thema „Die Bedeutung der Geisteswissenschaften für Kultur und Gesellschaft der Gegenwart".

Aufmerksamkeit widmen müssen, denn gerade hier soll sich der Student über das Fach hinaus zu jenem ganzheitlichen Menschen heranbilden, den eine positive gesellschaftliche Entwicklung erfordert. Die Universität hat aber auch alle Ursache, sich der Einflüsse zu erwehren, die ihre akademische Freiheit und ihre Unabhängigkeit, die Einheit von Forschung und Lehre durchbrechen wollen. Es ist geradezu absurd, auf Bundesebene einen Wissenschafts- und Forschungsrat bilden zu wollen, in dem die Wissenschaftler selbst nur eine beratende Funktion statt der mitentscheidenden Stimme haben sollen. Es ist unvereinbar mit der Stellung der Wissenschaft in unserer Demokratie, ihre Forschungsinstitute an staatliche Einrichtungen wie das Verteidigungs- und Atomministerium zu binden, wo sie unweigerlich der außerwissenschaftlichen Lenkung und Bevormundung anheimfallen und die Wissenschaftler selbst durch Schweige- und Geheimhaltungspflicht eingeengt werden. Es ist verfehlt, Stipendien und Förderbeihilfen als Bevorzugung einer Berufsklasse zu bezeichnen, denn hier geht es darum, für unser ganzes Volk die Grundlagen unserer Zukunft zu schaffen. Wenn 30% ihr Studium ganz, weitere 30% zum großen Teil als Werkstudenten verdienen müssen, so ist dies ein Kräfteverschleiß, der sich in der geringen Intensität des Studiums und der Kenntnisse zu aller Schaden auswirkt.

Neben den inneren Aufgaben der Kulturpolitik — die Gebiete der bildenden und musischen Künste, all ihre anderen Zweige können nicht im einzelnen erwähnt werden — stehen aber die äußeren, die aus der Teilung Deutschlands, aus der politischen und psychologischen Situation in der Welt erwachsen. So seltsam es klingt: die Völker der Erde wissen heute zu wenig übereinander, und zu einem nicht geringen Teil sind daran Politiker schuld, die glauben, dieses Wissen übereinander könne die Menschen verwirren. Man begann damit, die Kultur der Völker zu sieben, und man ließ nur das ins Land, was einem politisch geeignet schien. So machte man Politik mit der Kultur statt Politik für die Kultur.

Wir haben dieses Spiel im eigenen Lande weidlich mitgemacht. Wir haben Thomas Mann verunglimpft, weil er die gleiche Rede zu Ehren Schillers in Stuttgart und in Weimar hielt. Der Fall Cube beim Rundfunk, Hilpert beim Theater zeigt, was ein Abweichen von der offiziellen „Linie" nach sich zieht. Bezeichnend ist die zwiespältige Haltung gegenüber Bert Brechts Werk. Bei uns verfemt, sind nach seinem Tode seine Werke in vielen anderen Ländern zu großen Erfolgen geworden. Der Schriftsteller Arnold Zweig wird nicht mehr erwähnt, geschweige denn verlegt, seit er seinen Wohnsitz in der nicht existenten DDR hat. Nur der Umstand, daß Frau Mary Gerold-Tucholsky das Alleinrecht an dem Werk ihres verstorbenen Mannes dem Rowohlt-Verlag in Hamburg übertragen hat, macht ihn bei uns hoffähig und in den Buchhandlungen erhältlich. In Bonn wurde eine Deutsch-Chinesische Gesellschaft gegründet „zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu National-China". Ehrenvorsitzender ist Generaloberst a. D. von Falckenhausen, ehemaliger Militärberater der Tschiang Kai Schek-Regierung. Der französische Dokumentarfilm „Nacht und Nebel" wurde beim Berliner Film-Festival nicht im offiziellen Programm zugelassen. Von den anerkannt besten italienischen zehn Nachkriegsfilmen wurden drei in der Bundesrepublik nicht in Verleih genommen, einer nicht zur öffentlichen Vorführung zugelassen, vier — zum Teil erheblich — beschnitten (!), einer nur in Filmklubs und Filmkunsttheatern gezeigt, und nur ein einziger ist ungekürzt in allgemein zugänglichen Theatern gezeigt worden.

In der DDR ereignen sich ähnliche Dinge. Der wohl führende Literaturhistoriker Prof. Dr. Hans Mayer schreibt in einem Aufsatz „Zur Gegenwartslage unserer Literatur": „Will man immer noch so tun, als habe Franz Kafka nie gelebt, als sei der „Ulysses" von James Joyce nie geschrieben worden? ... Wohlgemerkt: Es ist keine Rede davon, daß von mir nun eine Kafka-Renaissance oder gar eine Joyce-Imitation für unsere Literatur gefordert würde. Aber moderne Literatur ist nicht möglich ohne Kenntnis der modernen Literatur ... Es muß aufhören, daß Kafka bei uns ein Geheimtip bleibt und daß das Interesse für Faulkner oder Thornton Wilder mit illegalem Treiben gleichgesetzt wird ... Die fehlende Beschäftigung aber mit den Tendenzen und wichtigsten Erscheinungen der modernen Künstler und Schriftsteller wird sich in jedem Falle als Stagnation und Sterilität auswirken."

Diese Beispiele ließen sich beliebig innerhalb und außerhalb unserer Grenzen vermehren. Sie beweisen, daß es Bestrebungen gibt, Kultur nur dann zuzulassen, wenn sie über

den eigenen politischen Leisten paßt, oder sie sonst in einem Prokrustesbett passend zuzuschneiden. Bei solcher Handhabung aber verfehlt der Kulturaustausch seinen eigentlichen Sinn. Doch auch der Umfang dessen, was wir heute in unser Land und damit in den Kreis unserer Entwicklung hereintragen und andererseits wieder herausströmen lassen, ist ungenügend. Da es in Bonn keinen Bundeskultusminister gibt und das Grundgesetz keine Bundeskulturpolitik zuläßt (hier ist das GG reformbedürftig), ist für den Austausch das Außenministerium zuständig. Hier gibt es ein Appendix, das sich mit der bundesdeutschen Kulturarbeit im Ausland und mit der Zusammenarbeit mit den Kulturattachés der Bundesrepublik befaßt. Reichen die Mittel hierfür an die Summe von einer Million DM heran? Jedenfalls läßt sich nur sehr Bescheidenes tun. Nicht, daß man herabsetzen soll, was mit viel Mühe und Willen getan wird. Es ist ausgezeichnet, daß man die Amerikaner veranlassen konnte, in New York ein Goethe-Haus zu errichten, zu dem die Bundesrepublik die Einrichtung und 10 000 Bücher beisteuerte, daß eine Reihe deutscher Ausstellungen von Büchern und Bildern hier und in anderen Ländern durchgeführt werden konnte, daß in der Deutschen Bibliothek in Rom im vergangenen Jahr 400 Italiener die deutschen Sprachkurse besuchten, daß Kammerkonzerte stattfanden, Auskünfte erteilt wurden, wissenschaftliche Austauscharbeit geleistet wurde, einige „Kulturabkommen" geschlossen wurden.

Unser kulturelles Wissen und unsere Beziehungen auf diesem Gebiet zu unseren westlichen Nachbarn und zur westlichen Welt sind relativ gut. Wir werden auch durch die Presse einigermaßen unterrichtet. Was aber wissen wir z. B. vom kulturellen und wissenschaftlichen Leben der Bandung-Staaten? Was wissen wir über Theater, Film, Musik, Dichtung in Indien oder Pakistan von heute, über die Wissenschaft dort? Was wissen wir über das Leben von 600 Millionen Chinesen, ihre Forschung, ihre Maler, Bildhauer, Schriftsteller, ihr Theater? Gerade jetzt beginnt das neue China damit, seine jahrtausende währende Tradition mit den neuen gesellschaftlichen Gedanken zu verschmelzen. Die Achtung vor dem Überkommenen, die gewachsene Kultur duldet keine Bruchstelle. „Laßt Blumen von vielerlei Art blühen. Laßt verschiedene Schulen des Denkens miteinander in Wettbewerb treten" ist das Leitwort dieses Bemühens. Doch wir brauchen nicht so weit zu gehen. Wer kennt Tadeusz Kulisiewicz, den bedeutendsten polnischen Graphiker der Gegenwart, oder verbindet die Namen Professor Skupa und Dr. Jan Malik mit dem künstlerischen Puppentheater und dem Puppenfilm in der Tschechoslowakei?

Wer Kultur auffaßt als ein Werkzeug politischer Propaganda, wird sich gegen die Beschäftigung mit diesen Fragen wehren. Wohlverstanden, es geht hier nicht darum, auf dem Umweg über die Kultur politische Entscheidungen zu beeinflussen. Es geht darum, sichtbar zu machen, was an menschlicher Substanz in den Völkern lebendig ist. Sind es nicht gerade die kulturellen Emanationen, die uns Aufschluß geben können über den Wesenskern eines Volkes, die uns dazu bringen können, das Schema-Urteil übereinander — hie gut, hie böse, hie Manager des kapitalistischen Imperialismus, hie Funktionäre einer sozialistischen Diktatur — beiseitezuschieben? Schon immer haben die großen und bedeutenden Menschen über die Grenzen hinweg zu den anderen hinübergesehen. Heute gestatten die uns zur Verfügung stehenden Mittel des Funks, des Films und Fernsehens, der Presse, des Tonbands usw., in breiten Massen das Unwissen übereinander auszumerzen und das politisch herangebildete Mißtrauen abzubauen. Und wie zu allen Zeiten werden wir auch heute merken, daß trotz der Gegensätze zwischen Okzident und Orient und Asien die Gemeinsamkeiten unserer Zeit mit Atomtechnik, automatischer Industrialisierung und gesellschaftlicher Umformung, unser Aufeinanderangewiesensein auf Gedeih und Verderb, daß all dies uns sehr wohl die Grundlage für eine verständnisvolle Entwicklung unseres Zusammenlebens sein kann. Und ist nicht ebenso das Wissen über unsere Kultur und ihre Probleme, um unser Bemühen, den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen, ein Anliegen, das wir unsererseits über unsere Grenzen hinaus vertreten? Die Wahrheit kann, wie überall, nur nützlich sein bei allen gemeinsamen Problemen unserer Gegenwart. Kulturelle Kontakte aber sind in unserer Situation deshalb besonders wichtig, weil sie nicht Begegnungen von Organisationen oder Staatsapparaten sind, sondern Berührungen von Mensch zu Mensch, auch und gerade über Gegensätze und gefährliche Verhaltensweisen hinweg. Und nur vom Menschlichen her, so scheint es heute, läßt sich das Verhängnis der Militärblöcke friedlich überwinden.

So zeichnen sich — alle diese Dinge können ja auf kurzem Raum nur angedeutet werden — echte kulturpolitische Aufgaben ab, und zwar in dreierlei Hinsicht:

1. Im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Förderung der Volks-, Mittel- und Berufsschulen und der Höheren Lehranstalten durch ausreichende Mittel für bauliche, personelle und sachliche Zwecke und eine schon hier beginnende Begabtenförderung. In Zusammenhang damit Sorge für Heranbildung und soziale Stellung des Lehrernachwuchses. Bildung einer ständigen Studienkommission der Länder für Schulfragen, für Verbesserung, Intensivierung und Koordinierung der Lehrpläne, vor allem in Hinsicht auf die späteren großen beruflichen Anforderungen.

Sofortige ausreichende Hilfe des Bundes und der Länder für Ausbau und Ausstattung der Universitäten und Technischen Hochschulen, Akademien usw.

Bereitstellung der tatsächlich notwendigen Etatmittel für einen zeitgemäßen Studienbetrieb in personeller und sachlicher Hinsicht sowie Bereitstellung der Mittel für die Studentenförderung nach dem Honnefer Plan (mindestens 100 Millionen DM). Der bayrische Kultusminister hat für die seinem Amtsbereich zugehörenden 4 (von 31 im Bund) Hochschulen für personelle Mehraufwendungen 46 Millionen DM errechnet.

Ausreichende Zuteilung der für Forschungsaufgaben notwendigen Mittel. Freistellung der Professoren und Assistenten von nichtakademischer Verwaltungs- und ähnlicher Arbeit.

Errichtung notwendiger neuer Institute und insbesondere neuer Hochschulen für die technischen Wissenschaften, unter besonderer Prüfung der Frage, wie weit diese sich im Aufbau von der klassischen TH entsprechend den heutigen Bedürfnissen unterscheiden müssen. Eine solche Schule neuen Typs fordert z. B. der ehemalige Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Dr. Eduard Wildhagen, für die Hansestadt Hamburg.

Entwicklung einer neuen Form der Kunstakademie, die den heranwachsenden Künstler nicht in die soziale Einsamkeit seines Ateliers entläßt, sondern ihn mit den vielfachen industriellen und technisch-künstlerischen Möglichkeiten unserer Zeit fachgemäß vertraut macht. Die unterbrochene Tradition des Bauhauses und die Werkbundidee fänden hier ihre sinngemäße und konsequente Fortsetzung.

Bildung der von Professor Coing geforderten zentralen Organisation, die Vertreter aller mit Wissenschaftspflege beschäftigten staatlichen Stellen sowie der Selbstverwaltungsorgane der Wissenschaft umfaßt, um Ausbaupläne zu koordinieren und exakte Unterlagen für den Finanzbedarf zu schaffen.

Tatkräftige und ausreichende finanzielle Förderung des Wiederaufbaues und Ausbaues von Museen, Kunstausstellungsräumen, Konzertsälen usw. sowie die Bereitstellung genügender personeller und sachlicher Etatmittel für die gesamte kulturelle Arbeit.

Diese Punkte sind keine „Wunschliste", kein „Professoren-Ideal", sondern notwendige Forderungen, deren Verwirklichung mitentscheidend ist für unseren zukünftigen Platz unter den Nationen und für unsere eigene Selbstbehauptung. Wir müssen uns vorbereiten auf eine neue gesellschaftspolitische Zukunft, wobei Wissen und Ausbildung Hand in Hand gehen müssen mit Verantwortlichkeit und echter politischer Bildung. Hierzu sagte in einem grundlegenden Referat Dr. Fritz Borinski, Professor für Pädagogik an der Universität in West-Berlin: „Die Bildung muß uns befreien von alten Vorstellungen, Vorurteilen und Ideologien, die in die Welt von heute nicht mehr passen und die den Blick auf das Morgen verbauen. Wir denken dabei u. a. an das nationalstaatliche Prinzip, an die politische Hegemonie Europas (oder einer seiner Großmächte), an das west-östliche Kulturgefälle zwischen den germanischen und slawischen Völkern und an das Herrenrecht der weißen Rasse. Wo diese Vorstellungen noch bewußt oder unbewußt das Denken der Menschen bestimmen, da ist kein Raum für die von morgen — da ist das Verständnis für die Kräfte der gesellschaftlichen Gegenwart und der Weg in die Zukunft verriegelt. Die Bildung muß uns von diesen überholten Vorstellungen befreien. Sie muß den Blick für die veränderte weltpolitische Lage öffnen und weiten, und das bedeutet in wenigen Worten: ein neues, der heutigen Wirklichkeit angemessenes Bild von der Geschichte; gerechte Sachkunde vom deutschen Osten, vom europäischen Osten und den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas; unvoreingenommene Begegnung mit den Ländern und Menschen der anderen Nationen der Erdteile."

2. In Hinsicht auf Gesamtdeutschland und die Wiedervereinigung

Aufnahme sachlicher und sauberer Kontakte auf den Gebieten der Forschung, der Lehre, des Films, des Theaters, der Musik, der Architektur und der Künste ohne die Absicht gegenseitiger ideologischer Überzeugung und mit Förderung durch die beiderseitigen deutschen Teilstaaten.

Überwindung des Hochmuts, daß wir Deutsche einander nichts zu sagen haben, daß die Kultur des Westens aus Dekadenz, die des Ostens aus Propaganda bestehe. Lösen wir uns von diesem Schemaurteil und untersuchen wir die Dinge im einzelnen! Dienen wir der Wahrheit!

Durchführung kultureller Austauschveranstaltungen, Erweiterung des Literaturaustausches, Veranstaltung von Atelierabenden hüben und drüben unter Anwesenheit des Künstlers.

Beendigung des Zustandes der Diffamierung von Schauspielern, Malern, Wissenschaftlern oder Gruppen und Vereinigungen wegen ihrer Kontakte mit deutschen Menschen im Osten unseres Vaterlandes.

Ich wiederhole: es geht nicht um Propaganda mit der Kultur. Es geht um eine Bilanz unserer kulturellen Gegenwart und um die deutsche Kultur in einem wiedervereinigten Deutschland. Es geht um die Sache selbst.

3. Kulturelle Beziehungen zu anderen Völkern

Intensivierung bestehender kultureller Zusammenarbeit, Aufnahme kultureller Kontakte zu anderen bedeutenden Ländern. „Kulturabkommen" dürfen nicht das Odium haben, bei Besuchen von Präsidenten und Ministern in befreundeten Ländern als „Dessert" gereicht zu werden. Gerade dort, wo politische Probleme noch der Lösung harren, sollten wir besonders interessiert sein ,wissenschaftliche, kulturelle, künstlerische, menschliche Kontakte herzustellen. Gegenseitiger Einblick in das lebendige kulturelle Geschehen fördert ein echtes Verstehen. Kultur als Gespräch umfaßt dabei ebenso die Auseinandersetzung wie die Übereinstimmung, die Abgrenzung der Verschiedenheiten wie der Entsprechungen. Vor allem aber muß sie unmittelbares und unverfälschtes Erlebnis sein. Auch in diesen Dingen ist es nicht gut, sich mit vorgekochten Konserven zu begnügen. Sie verursachen geistigen und seelischen Skorbut. Frisches Gemüse und frisches Obst aus eigenen und fremden Kulturböden ist gesund und notwendig.

Für alle diese Aufgaben werden 10 bis 11 Milliarden DM in den nächsten zehn Jahren erforderlich. Sie richtig aufzubringen und zum Wohle des Ganzen nach innen und außen richtig einzusetzen, dazu bedarf es dringend eines einheitlichen Apparates, eines Bundeskultusministeriums. Eine Änderung des Artikels 74 Ziffer 5 des Grundgesetzes könnte in Verbindung mit dem Artikel 72 eine Handhabe bieten. Besser ist es jedoch, in einem besonderen Artikel Länder- und Bundesrechte genau abzugrenzen.

Im Verhältnis zu den „Verteidigungskosten" ist die Summe von einer Milliarde jährlich kein hoher Betrag. Aber für unser Volk bedeutet sie nicht nur die Sicherung unserer zivilisatorischen Zukunft, sondern geradezu die Voraussetzung für unsere innere, geistige, kulturelle Existenz. Und was soll denn sonst „mit Schild und Schwert" verteidigt werden?

Kulturelle Begegnungen haben in allen Zeiten zu echter Klärung und zum Fortschritt der menschlichen Gesellschaft geführt. Heute, wo wir Menschen zu „Herren der Apokalypse" geworden sind, wo unser aller Leben oder Vernichtung dem gleichen Schicksal ausgeliefert ist, kann dieses Begegnen von Mensch zu Mensch, wie es im Zeichen der Kultur stets geschieht, von entscheidender Bedeutung sein. Vielleicht ist es gerade das größte Erlebnis, „auf der anderen Seite" einen Menschen zu finden, der ebenso das Leben liebt, wie wir es tun, der den gleichen Sinn für das Schöne und Wahre in sich trägt und der bei aller fremden Eigenart Würde und Wert des Menschen bestätigt.

Die Spaltung Deutschlands und seine geographische Lage auf der Grenzlinie zweier entgegengesetzter Welten verlangt von unserer Kulturpolitik — und natürlich nicht nur von ihr — ganz besondere Anstrengungen. Vielleicht wird uns das in unserer künftigen Geschichte einmal als Vorteil zufallen, wenn eine neue Ordnung in Mitteleuropa uns sodann naturgegebene vermittelnde Aufgaben zuweist.

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

5. Brief

Jugenheim (Bergstraße), im Mai 1957

Mein Lieber!

Kehren wir nach diesem Seitenblick auf unsere politische Wirklichkeit dorthin zurück, wo wir nach Jesus Christus zu fragen begannen. Denn er allein ist der Lehrer, — der Christus!

Ich schrieb Dir schon einmal, mein lieber Freund, und muß es der Bedeutsamkeit dieses Wortes willen wiederholen: In Christi Nähe gibt es keine Wehrmachtspolitik! Sie gibt es nur im Raum jenes anderen Reiches, im Reiche des „Fürsten dieser Welt", zu dem Christus sein eindeutiges „Apage, satanas!" sprach, jenes „Apage, satanas!", das eben unsere christlichen Politiker nicht sprechen, jenes „Apage, satanas!", das jenes von mir in meinem letzten Brief zitierte katholische Kirchenblatt eben nicht spricht, wenn es so minderwertig vom christlichen Glauben daherredet, daß er die Dämonen der Politik nicht überwältigen könne! — Der Glaube, der verraten wird, ist kein Glaube mehr und kann deshalb auch den satanas nicht austreiben! Aber unsere Politiker gehen nur in die Kirche, doch wo sie als Politiker stehen, verraten sie Christum Tag für Tag, indem sie ihn und seine Lehre als hier für „nicht akzeptabel" erklären und glauben, sie müßten sich mit den Trabanten des Fürsten dieser Welt als Tausendsassas erweisen, Atomministerles spielen und so! Es gibt keine „Realpolitik" im Dienste des Fürsten dieser Welt, die mit einer Nachfolge Christi vereinbar wäre. Der „miles Christi" versagt sich grundsätzlich dem Fürsten dieser Welt und dessen Machtspielen, die immerdar und aus innerer Gesetzmäßigkeit zur Entfesselung der satanischen Entladungen führen. Der christliche Politiker versagt sich grundsätzlich und in einer Haltung, von der sich nichts abmarkten läßt, ohne das Christus verraten wird, dem Lammpropheten und betet den Lammpropheten nicht an! Wer als „christlicher" Politiker nach den Katastrophen zweier Weltkriege der Jugend unseres Volkes wieder beibringen will, es als „wieder ehrenvoll anzusehen, den andern was vorzusterben", ist kein Christ mehr, sondern die Karikatur eines Christen und ein Geselle Satans! Wo ein solch satanisches und der Volksjugend gegenüber verantwortungsloses Wort fällt, sollte eine christliche politische Partei vor Entsetzen aufschreien! Sie hat nicht aufgeschrien! Sie hat gar nicht gemerkt, wie hier Christus, der Herr des Lebens, in Freveln herausgefordert wurde! Da sitzen sie in Bonn, umgeben von den Heiligtümern und Reliquien der Thebäischen Legion, — deren Gebeine zu Köln in St. Gereon liegen, zu Xanten und zu St. Paulin zu Trier: sie starben den Märtyrertod, die milites Christi, weil sie die Waffen wegwarfen und sich weigerten, sich vom Fürsten dieser Welt mißbrauchen zu lassen! So liegen die Dinge im Reiche Christi! Und unsere sich „christlich" nennenden Politiker rennen umher, als gäbe es auf der Welt kein christlicheres Tun als die ganzen Pflegefelder der christlichen Politik, als da sind: Wiedergutmachung begangenen Unrechts, Wohnungsbauten für Menschen, die noch in ungesunden und unverantwortlichen Löchern hausen, sozialer Aufbau der Gerechtigkeit im Ausgleich zwischen Lohn und Arbeit! Schulen! Schulen! O Schulen!, — als ob das alles aufs Spiel gesetzt werden müßte, weil vorerst und vorweg alle Schweißgelder des Volkes für eine sinnlose Aufrüsterei zu einer satanischen Kriegsorgie der Zukunft zur Verfügung gestellt werden müßten, — damit wir antreten können als „Heldenvolk", als Schild für das Leben jener, die uns im letzten Krieg niedergeschlagen und uns nun in ihren Fängen haben! So leben diese Politiker nicht in der Furcht des Herrn, sondern in der „Koexistenz der Furcht", wie Papst Pius XII. diese politische Psychose genannt hat, dies politische Irrsein, in dem die Völker sich gegenseitig beschimpfen und besudeln, einander anfallen und umbringen, was eindeutig Taten Satans und nicht Gottes sind!

Was aber wäre des Christen Lebensauf-

gabe h e u t e ? Nichts anderes als das, was sie immer war, ist und sein wird: die Nachfolge Christi, wie überall im Leben so auch in der Politik!

Was ist nach dem christlichen Offenbarungsglauben des Christen Lebensaufgabe? Die Politik, die der Christ treibt, darf nicht jenseits dieser seiner von seinem Schöpfer ihm gezogenen Lebensaufgabe liegen. Wie soll ich das kurz und eindringlich sagen? Lesen Sie die Apokalypse, liebe christliche Politiker! Lesen Sie die „Geheime Offenbarung" Johannis! Und beten Sie mit Nikolaus Cusanus das Vater unser, — so haben Sie alle Geheimnisse der christlichen Politik enthüllt: „Vater unser", nicht wahr? — aus ihm kommen wir, — also sind wir von ihm! Wir sind ausgebrochen aus dieser Gotteskindschaft. Das ist gewiß unseliges Erbe aller Geschlechter! Aber wir sind in diesem unserem Leben erneut ausgebrochen und haben die Russen überfallen und uns schandmäßig benommen als Volk vor den Völkern der Erde und vor Gott! — „Geheiligt werde Dein Name", — nur in seinem „Namen", im „logos", — der da Christus ist, im Gott-Menschen können wir uns reinigen, — der ist ausgezogen, dieser Gottmensch, die aus der Kindheit Gottes Ausgebrochenen zurückzuholen! Wie es ihm ergangen ist, wissen Sie! Ich denke, Sie wissen es! „Zu uns komme Dein Reich", — nun sind wir bei der Politik! Vater, Sohn und Geist, — der creator, — der mediator, — der glorificator, — ER, der „Heilige Geist", der die „civitas dei" auf Erden schafft, — daß sich die vierte Bitte des „Vater unsers" erfülle: „Dein Wille geschehe, wie im Himmel so auch auf Erden!"

Aber das kann nicht geschehen, es sei denn, wir fügen die fünfte Bitte hinzu: „Unser tägliches Brot gib uns heute", — so bei Lucas (11, 3) „panem cotidianum"! Bei Matthäus aber (6, 11) heißt es „panem supersubstantialem"! also nicht mehr nur „panem cotidianum"! Das uns von Grund auf verwandelnde Brot! Wo ist es zu finden? Die Apokalypse, — das Buch, das wir Christen die „Geheime Offenbarung" nennen, hat in der Mitte ihrer beiden Teile der furchtbaren Schilderungen eine Szene, welche die Mittlerschaft Christi darstellt in der sogenannten Erscheinung des „Starken Engels", der Johannes das „Buch" (logos) gibt, damit er es verschlinge! Christus gibt sich zu essen, — Johannes, stellvertretend für alle Menschen, muß das Buch = den logos verschlingen! Verschlingen wir nur eine einzige Seite: den Bericht der Bergpredigt, und wird dies Buch der Bergpredigt unser Fleisch und Blut, nur dann sind wir gerettet, — nur dann gelingt es über unser Mitwirken in der Welt, die „civitas dei" aus den Himmeln herabzuholen! Lest den zweiten Teil der Apokalypse, ihr Bonner Katholiken und Christen, und betet das „Vater unser" zu Ende: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern, und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Übel, —!" Die Evangelischen beten dazu: „Und dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit! Amen!"

So ist es!

Und ist dann solche Politik, wie wir sie seit 1945/46 vor unseren entsetzten Augen sehen, noch möglich?

Es gibt keine „andere", es gibt keine „zweite" „christliche" Politik! Es gibt nur jene, die aus dem „Herrengebet" des Vater Unsers und aus der Bergpredigt resultiert! Man kann dieser Weltkatastrophe, in deren Vollzug wir stehen, nicht mehr mit den ausgelauchten kleinbürgerlichen politischen Parteiprogrammen des ausgehenden 19. Jahrhunderts begegnen, die immer noch ihr gespensterhaftes Dasein bei uns treiben, und zwar so, daß alle an der Macht Seienden jene terrorisieren und aus der Mitbestimmung ausschließen, die diesem weltverlassenen Knabenspiel sich widersetzen. Unsere „christliche" Politik ist ohne jedes Niveau und ohne Beziehung zu den Nöten und Heilkräften der Zeit, — es ist ausschließlich Spuk der Restauration!

Wo aber hat der Christ bei einer „Politik aus dem Glauben" zu stehen?

Lassen Sie mich eine Szene zitieren: in einem modernen Bühnenwerk läßt Pontius Pilatus die einzelnen politischen Parteien und auch die Führer der religiösen Sekten der Juden zu sich kommen und fragt sie aus. Seine Geheimpolizei macht ihn dabei auf die Sekte der Essener aufmerksam, von der wir seit einiger Zeit so viel in unseren Zeitungen lesen, und es ergibt sich folgendes Gespräch:

P o n t i u s P i l a t u s : Was halten die Essener von der Politik?

N i k o d e m u s : Es ist die Macht des Widergeistes und somit die Macht des Bösen, Exzellenz! Es ist nur EINER, der regiert! Keiner regiert neben IHM! Und

die es zu tun vorgeben, erheben sich gegen IHN. Wir Essener enthalten uns deshalb jeglicher Politik, weil wir glauben, daß aus ihr nur die Verwirrung kommt, die der Widergeist schafft!

Pontius Pilatus: Und wie soll die Ordnung kommen, Nikodemus, wenn wir uns jeglicher Politik enthielten?

Nikodemus: Es ist nur EINER, von DEM alle Ordnung kommt, und wir, seine Kinder und Geschöpfe, sollen nur auf SEINE Stimme hören und tun, was ER uns gebietet. Sie allein, die dies tun, sind die Heilenden, sind die Ärzte gegen alle Wirrnis der Welt!"

In diesem kurzen Gespräch ist ausgesprochen, was ich meine. Dem, was sich bei uns „christliche Politik" zu nennen wagt, ist jeder christliche, ja jeder religiöse Boden entzogen, und was wir bei großen Debatten im Bundestag hören, — was wir in den angeblich christlichen Zeitungen dieser angeblich christlichen Parteien lesen, ist ein Wirrnis von Gezänk und Besudeln politischer Gegner und nichtbegriffener Zeitgeschichte. Was zu tun notwendig ist, dazu entschließt man sich nicht auf Grund einer klaren Sicht der Lage, sondern aus Doktrinen heraus, denen durch die geschichtliche Entwicklung längst jeder Wirkboden entzogen ist, und erst dann, wenn es längst für diese Entschließung zu spät ist. Da ist in diesem unbeholfenen Dahinstolpern in der Zeit nichts von jenen Zeichen zu sehen, die Christus genannt hat, an denen man jene erkennen werde, die ihm nachfolgen. Vor der Hybris der kleinbürgerlichen Sachverständigen in Militärfragen, der in der geistigen Uniform eines Gespenstes aus der Zeit zwischen 1848 und 1866 herumläuft und mit Unterscheidungen von einem „großen" und einem „kleinen" Krieg seine Empfehlungen der Wehrmacht vorträgt und sich für einen Gentleman, östliche Völker aber für einen Haufen von Verbrechern erklärt, wird die Bergpredigt und ihr Gesetzgeber zum einfältigen und bedauernswerten und jeden „realpolitischen Sinnes entbehrenden" Schwärmer. Und weil sie nicht wissen, was jenes Brot ist, das Buch, der logos, den Christus dem Johannes übergibt, daß er es verschlinge, auf daß er aus der Welt der irdischen Wirrnis sich zu einem Sohn des Lichtes, zu Göttersöhnen und Priestern und Königen verwandle, von innen heraus verwandle, greifen diese Materialisten nach Panzern und Atombomben, um sich hinter ihnen zu verkriechen, damit sie „geborgen" sind, wenn in der „Stunde X" diese Atombomben in die Luft gehen.

Sehen wir doch zu, wie dieser politische Spuk über uns gekommen ist und wo wir in dieser Bonner Aufrüstungspolitik ein religiöses oder gar christliches Moment sehen können.

Wir müssen zurückgehen in die Tage der letzten Katastrophe. Wie ist dies Abgleiten einer „christlichen" Politik, von der keine Spur Christentum mehr zu sehen ist, in diese Politik der Lammpropheten gekommen?

(Es folgt der 6. Brief: Die Politik des Fürsten dieser Welt.)

Prof. D. Dr. Johannes Hessen

Moral in der Kritik

An diesem Thema darf eine Zeitschrift, die für moralische Sauberkeit des politischen wie des öffentlichen Lebens überhaupt kämpft, nicht vorübergehen.

Vor mehr als einem Menschenalter schrieb ein berühmter deutscher Philosoph, Verfasser einer großen Ethik, eine Abhandlung über „Moral in der Kritik". Er entwickelt darin wichtige ethische Gesichtspunkte für eine wissenschaftliche Buchkritik und redet den Rezensenten wissenschaftlicher Werke scharf ins Gewissen. Wie wenig sich seine nur zu berechtigten Forderungen durchgesetzt haben, beweist allein schon die Tatsache, daß noch unlängst ein deutscher Universitätsprofessor im Vorwort zu einer zweibändigen „Geschichte der Philosophie" seine Kritiker ermahnte, sein Werk „nicht nur zu rezensieren, sondern auch zu lesen!" Er setzt also voraus, daß es Kritiker gibt, die Bücher besprechen, ohne sie gelesen zu haben. Mag

dieser extreme Fall auch verhältnismäßig selten vorkommen, jeder wissenschaftliche Autor wird bestätigen können, daß — zumal bei Sammelbesprechungen — Bücher rezensiert werden, die der Rezensent nur flüchtig und nur teilweise gelesen hat, so daß der Autor ihm Fehler über Fehler nachweisen und sein Vorgehen als fahrlässig und gewissenlos hinstellen kann.

Eine angesehene katholische Zeitschrift brachte vor Jahren einen Artikel: „Von katholischer Buchbesprechung". Sein Verfasser, ein in ganz Deutschland bekannter Theologe, stellt darin „die Grundforderungen katholischer Buchbesprechung" heraus. Sie muß zunächst sachlich sein, d. h. die sachlichen Gründe des Autors gewissenhaft prüfen und würdigen und sich freihalten von allen persönlichen Angriffen und Verdächtigungen. Sie muß zweitens christlich sein. Wer vom Standort des christlichen Glaubens aus Kritik übt, kann gar nicht genug bedenken, daß niemand den Glauben bejahen und zugleich die Liebe verletzen kann. „Nichts hält von der Erkenntnis der Wahrheit ferner als Lieblosigkeit, eifervolle Härte, Inquisitorenmiene und Denunziantenallüren." Eine katholische Buchbesprechung muß drittens wirklich katholisch, d. h. aus der Universalität des katholischen Gedankens geboren sein. „Darum darf katholische Kritik niemals, wie die weltlicher Philosophenschulen, die ganze allumfassende Wahrheit nur für die eigene Geistesrichtung beanspruchen, sondern muß aus dem Geiste der Gemeinschaft heraus, die nicht nur im Begriffe, sondern in der realen Einheit des corpus Christi mysticum grundgelegt ist, an den Werken anderer Geistesrichtungen, die auf dem Boden der Kirche stehen wollen, Kritik üben."

Die Dringlichkeit seiner Forderungen beleuchtet der Verfasser an der Buchkritik eines Theologen, die jenen Forderungen geradezu ins Gesicht schlägt und deshalb von ihm mit scharfen Worten angeprangert wird. Es sei mir gestattet, jene Dringlichkeit an zwei Beispielen zu demonstrieren, die ich selber unlängst erlebt habe.

Im Oktoberheft vorigen Jahres brachte die katholische Zeitschrift „Wort und Wahrheit" einen Artikel mit der Überschrift „Außenseiter Johannes Hessen", der einen in der wissenschaftlichen Welt völlig unbekannten Theologen (Nikolaus Greitemann) zum Verfasser hat. Wer sich ein Gesamturteil über mein Schrifttum erlaubt, wie der Artikelschreiber es mit seiner Charakterisierung („Außenseiter") tut, von dem muß ich erwarten, daß er mein Schrifttum (das 50 Werke umfaßt) auch wirklich kennt. Wie wenig das hier der Fall ist, beweist fast jede Zeile des Artikels. Am schlimmsten zeigt es sich am Schluß. Der Artikelschreiber, der anscheinend ein geschworener Thomas-Anhänger ist, befaßt sich darin mit meinem Buch „Thomas v. Aquin und wir" (München 1955). Meine — nach dem Urteil aller kompetenten Kritiker — durchaus sachliche und ehrfürchtige Kritik an Thomas sucht er dadurch „unschädlich" zu machen, daß er mich sozusagen zu einem Anhängsel von Scheler macht. „Dieser Philosoph", so schreibt er, „beherrscht seine Gedanken vollkommen". Er glaubt darum, mein Motto „Amicus mihi Thomas, sed magis amica veritas" umändern zu sollen in „magis amicus Scheler". Hier setzt der Artikelschreiber seinen Lesern das alte Märchen vor, ich sei ein Schüler Schelers und infolgedessen gänzlich von ihm abhängig. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Ich habe zu Scheler nie in einem Schülerverhältnis gestanden. Ja, ich habe in meinem ganzen Leben nicht eine einzige Vorlesung bei ihm gehört. Als ich die ersten Sätze von ihm las, hatte ich meine philosophischen und besonders religionsphilosophischen Anschauungen bereits an Augustin gewonnen. Ich komme nicht von Scheler her, sondern in der Philosophie von dem Neuscholastiker Geyser und in der Theologie von dem bekannten Moraltheologen Mausbach, bei dem ich über Augustin gearbeitet und promoviert habe. Jenes Urteil des Artikelschreibers ist also ein krasses Fehlurteil. Er hätte es nie aufstellen können, wenn er mein Buch über Scheler gekannt hätte. Aber daß er über mein Verhältnis zu Scheler eine These aufstellt, ohne dieses Buch zu kennen, stellt einen erschreckenden Mangel an Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit dar.

Das zweite Beispiel entnehme ich der Zeitsrift „Benediktinische Monatsschrift", die in Heft 5-6/1956 eine Besprechung meiner jüngsten Veröffentlichungen brachte. Es werden darin vier Werke von mir, darunter meine zweibändige „Religionsphilosophie", in 5½ Zeilen „besprochen". Der letzte Satz lautet: „Sowohl die Phänomenologie und erst recht der Modernismus haben für uns heute den Nimbus verloren, von dem sich der Verfasser offenbar noch

nicht recht zu trennen vermag." Ich schrieb daraufhin einem der Herausgeber, einem Benediktiner der Abtei Beuron: „Der Herr Rezensent will anscheinend den vielbeklagten Tiefstand unserer Buchkritik von neuem unter Beweis stellen! Wenn er mich am Schluß mit dem ‚Modernismus' in Verbindung bringt, so beweist er damit nur, daß er Bücher rezensiert, ohne sie gelesen zu haben! Nach der Enzyklika ‚Pascendi' ist ‚Modernismus' gleichbedeutend mit Agnostizismus, Immanentismus, Symbolismus und Evolutionismus. Hätte der Rezensent auch nur einen einzigen Blick in meine ‚Religionsphilosophie' geworfen, so hätte er sehen müssen, daß ich jene vier Ismen entschieden ablehne. Sein Vorgehen ist eines Mannes, der dem ‚Status perfectionis' angehört, in jeder Hinsicht unwürdig."

„Moral in der Kritik" . . . Jene eingangs erwähnte Abhandlung müßte heute neu herausgegeben und vor allem von denen gelesen und beherzigt werden, die allzu wenig bedenken, daß das praktische Christentum in der Sphäre der natürlichen Sittlichkeit beginnt. Wer es hier nicht hat, hat es überhaupt nicht und lebt in einer ungeheuren Selbsttäuschung. Nic. Hartmann betont in seiner Ethik mit Recht, daß wir beim Streben nach den höchsten Werten die weniger hohen Werte unter keinen Umständen vernachlässigen dürfen. Wer die niedere Wertsphäre überspringen zu können glaubt, macht dadurch die höhere unglaubwürdig. „Obwohl ein solcher Mensch Tugenden hat, glaubt man sie ihm nicht, sie erscheinen unecht . . . Echte Sittlichkeit verlangt Gediegenheit von unten auf."

Forum

Wir veröffentlichen im nachfolgenden wesentliche Auszüge aus zwei Referaten, die kürzlich in Nürnberg und München vor einem größeren Gremium gehalten wurden. Damit möchten wir nicht nur den zahlreichen Zuhörern dieser Abende, sondern auch einer interessierten Öffentlichkeit diese Gedanken im Druck zugänglich machen.

Wir werden auch künftig unter dieser Rubrik Vorträge wiedergeben, von denen wir glauben, daß ihr Abdruck in den „Blättern" die notwendige politische Diskussion fördert.

Dr. H. Wiedemann

Die ethischen Grundlagen der Politik

Seit dem 17. Jahrhundert, dem Jahrhundert, das auf den verschiedensten Gebieten eine säkulare Fundierung der Beziehungen des Menschen zu den einzelnen Gebieten des Lebens zu geben versuchte, ist für den Bereich des öffentlichen Lebens zuerst in Frankreich, das in der Philosophie, in der theoretischen Behandlung vieler Lebensfragen führend war, der Begriff „Politik" in die Terminologie der Führung der Staatsgeschäfte eingeführt worden.

Immerhin war seit Plato und Aristoteles der Ausdruck „politike techne" im Gebrauch für die gesamte theoretische Wissenschaft vom Staat; und wenn man das Wort techne in seiner eigentlichen und umfassenden Bedeutung versteht, so ist Wesentliches, vielleicht d a s Wesentliche erfaßt, was unsere Betrachtung im Augenblick leiten soll.

Der Staatswissenschaftler Robert von Mohl hat den Begriff definiert als „die Wissenschaft von den Mitteln, durch welche die Zwecke der Staaten so vollständig wie möglich in der Wirklichkeit erreicht werden". Seit der Renaissance wird die Praxis dieser Aufgabe als „Kunst" angesehen, als die Beherrschung eben einer gewissen Technik, die das Verhältnis der Menschen zueinander regelt, und zwar, wie ich ergänzen möchte, auf der Grundlage der Gerechtigkeit. Zwar ist das Verhältnis der Politik zu Ethik und Moral nicht eindeutig gesichert. Die Anschauungen hierüber haben geschwankt, und wenn der Schöpfer der Wissenschaft der Politik im Abendland, Macchiavelli, eine scharfe Trennung von Politik und Moral vorgenommen hat, so ist doch seine Theorie niemals unwidersprochen geblieben. Goethe läßt allerdings die Regentin im „Egmont" den Erfahrungssatz aussprechen: „Ich weiß wohl, daß Politik selten Treu und Glauben halten kann, daß sie

Offenheit, Gutherzigkeit, Nachgiebigkeit aus unseren Herzen ausschließt" — und diese resignierende Feststellung mag häufig genug, vielleicht sogar im allgemeinen zutreffen, aber Kants Satz „Die Politik sagt: ‚Seid klug wie die Schlangen!', die Moral setzt hinzu: ‚und ohne Falsch wie die Tauben!' " klingt doch ganz anders und zeigt aus dem Munde dieses Rigoristen, daß der moralische Mensch sich nicht mit der müden Feststellung begnügen darf, sondern eine ethische Aufgabe a u c h oder vielleicht g e r a d e auf diesem Gebiet zu erfüllen hat. Es ist nicht damit getan, daß Macaulay auf den fundamentalen Irrtum hinweist, der die Politik so verdächtig macht: „It is a common error in politics to confound means with ends" („Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln").

In der Geschichte ist es eigentlich in jeder Generation zu konstatieren, daß das junge Geschlecht, wenn es nicht gerade unter der Last des Epigonentums leidet, mit sich eine neue Ära beginnen sieht, wie es der Schüler im „Faust" empfindet: „Die Welt war nicht, bevor ich sie erschuf"; daß w i r aber an einem Wendepunkt stehen, der ganz neue Aspekte schafft, wird nicht bestritten werden können.

Die Bändigung oder, besser, die Freimachung der Atomkraft mit unvorstellbaren Perspektiven will gedanklich, d. h. philosophisch und ethisch bewältigt sein. Das nicht allein d a r a u s resultierende Autonomiedenken der Neuzeit, d. h. des M e n s c h e n der Gegenwart, entbehrt der Führung durch eine überkommene Form der Dialektik des nunmehr gegebenen Zustandes führt bei manchen Philososphen zu der Empfindung des „Hineingeworfenseins" und damit zum Verzicht auf die eigene Gestaltung des Schicksals, des eigenen und des der Gesellschaft.

Aber das ist das Gegenteil von Politik, wie wir es vorhin definierten. Denn der Begriff „Politik" enthält ja gerade das Moment der G e s t a l t u n g, also das aktive Element.

Unser gesellschaftliches Bewußtsein hat sich durch eine lange Periode äußerer Nützlichkeitsbeziehungen der natürlichen und urgemeinschaftlichen Lebensform, wie sie sie etwa die Griechen noch hatten, entfremdet; es ist abstrakt geworden und entbehrt weithin der unmittelbar gegenständlichen und menschlich bereichernden Elemente. Ohne in den Fehler verfallen zu wollen, als laudator temporis acti aufzutreten, kann man doch auf Goethes Verwendung des Wortes „Charis" hinweisen, nämlich das Verständnis für die antike Fähigkeit, das ethische Gleichgewichtsgefühl zu bewahren, die Ataraxia oder das „aequam memento rebus in arduis servare mentem".

Wirklich und sinnvoll menschliches Handeln bedarf nach altgriechischer Ansicht der gleichen oder doch zustimmenden Haltung beim Gebenden wie beim Empfangenden. Bei beiden Partnern muß Charis walten, bei beiden Partnern damit das Gefühl eigenen Wertes vorausgesetzt sein.

Wir kommen damit zu dem eigentlichen Kern aller Gestaltung des Verhältnisses der Menschen zueinander, d. h. also zum Wesen der Politik: die Notwendigkeit der Einsicht in den Gesamtzusammenhang, d. h. die Anerkennung, daß in jedem Menschen ein Bewußtsein lebendig ist einer ihm gemäßen Bindung, in die er mit seiner Ganzheit eingebettet ist.

Nur in ihr kann er den Reichtum der Menschlichkeit erfahren.

Die Gesellschaft braucht a l l e Menschen für die Zukunft. Denn die Entelechie des Menschen ist seine Höherentwicklung, und zwar eine Entwicklung aus dem Bewußtsein heraus.

Und dazu ist der isolierte Mensch (falls es einen solchen überhaupt geben könnte) nicht fähig, und so bleibt das Problem „Wie ist das Zusammenleben der Menschen im Sinne der Charis zu formen?" als die Grundaufgabe der Politik.

Wissenschaft und Technik fällt in unserer Ära eine entscheidende Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen zu.

Möge es keinem unserer Wissenschaftler und Techniker an der Einsicht in die unlösbaren Zusammenhänge fehlen, die zwischen seinem persönlichen Schaffen und seiner Verantwortung für die Gesellschaft bestehen, in der er lebt und wirkt!

Unter den Wissenschaftlern gibt es Menschen verschiedener politischer Auffassungen und Überzeugungen. Doch die Möglichkeit der Zusammenarbeit und der Wille der Zusammenarbeit bieten sowohl der Entwicklung der Wissenschaft als auch der Hebung des Wohlstandes aller Völker neue Perspektiven.

Der geistige Austausch nicht nur der Wissenschaftler erweitert den Gesichtskreis, er bereichert die geistige Welt, und alle noch so großen Differenzen zwischen den Menschen verschiedener Lebenskreise stehen dem nicht im Wege.

Ich habe in Moskau Bilder indischer, französischer, englischer, belgischer und anderer Maler gesehen. Einige Bilder gefielen den Besuchern, andere nicht, doch sie fragten beim Betrachten nicht, ob der Künstler Idealist oder Materialist sei.

Die ideologische Auseinandersetzung kann nicht daran hindern, Beziehungen zu den verschiedensten Menschen aufzunehmen und zu pflegen; sie setzt eine ernsthafte Analyse der gegnerischen Position voraus, womit jedes Gerede in herabwürdigender Epithetis ausgeschlossen ist. Der Kampf soll auch nicht auf der Plattform der Karikatur oder der gepfefferten Glosse ausgetragen werden. Denn der Zusammenhang, der durch das zeitliche Nebeneinander ohne weiteres gegeben ist, läßt sich nicht ignorieren oder eskamotieren, er ist da!

Mag ein Zeitalter noch so neu sein, die Sprache schon verrät uns die höheren Zusammenhänge. Sie ist wie ein mächtiger Strom. Aber der Strom wird doch nicht zugeschüttet, sobald nach Erschütterungen, Krisen, Revolutionen, Unruhe unter den Völkern eine andere Gesellschaft mit neuen Zielen auf den Plan tritt.

Die Politik oder vielmehr das politische Bewußtsein muß von dieser Tatsache ausgehen.

Eine Anekdote, die ein Erlebnis Bacos von Verulam festhält, illustriert diesen Tatbestand. Es handelt sich um die Begegnung und ein Gespräch des großen Philosophen mit einem Stalljungen. Der Junge verstand den Philosophen so: Eine neue Zeit war für die Welt angebrochen. Die Menschheit vermehrte ihr Wissen beinahe täglich. Und alles Wissen galt der Steigerung des Wohlbefindens und des irdischen Glücks. Die Führung hatte die Wissenschaft. Die Wissenschaft durchforschte das Universum, alles, was es auf Erden gab, Pflanzen, Tiere, Boden, Wasser, Luft, damit mehr Nutzen daraus gezogen werden konnte. Nicht was man glaubte, war wichtig, sondern was man wußte. Man glaubte viel zu viel und wußte viel zu wenig. Darum mußte man alles ausprobieren, selber, mit den Händen, und nur von dem sprechen, was man mit eigenen Augen sah und was irgendeinen Nutzen haben konnte.

Das war die neue Lehre, und immer mehr Leute wandten sich ihr zu, bereit und begeistert, die neuen Arbeiten vorzunehmen.

Es gehört schon Mut dazu, in Zeiten rapider Entwicklung den Weg ins noch nicht Betretene einzuschlagen, ja, man muß, um nicht der widerwillig Gezogene zu sein, selbst der notwendigen Entwicklung voranschreiten.

Goethe sagt in dem Gedicht „Dauer im Wechsel“:

„Laß den Anfang mit dem Ende
sich in eins zusammenziehn!
Schneller als die Gegenstände
selber dich vorüberfliehn!“

Wo in der Geschichte der Menschheit etwas Neues Gestalt gewinnt, weiß jeder Einsichtige zu unterscheiden zwischen dem Neuen, das um Gestalt und Wirkungsmöglichkeit ringt, und den oft unerfreulichen Begleiterscheinungen.

Es ist in solchen revolutionären Zeiten sehr schwierig, das Echte und Bleibende von dem Vorübergehenden und Zeitbedingten zu trennen, das Wesentliche von dem Unwesentlichen zu unterscheiden. Und hier ergibt sich die pädagogische Aufgabe des Politikers:

Die Menschen aus Zuschauern zu solchen zu machen, die eine Stellung einnehmen. Das Wesentliche hierbei ist, daß er sich von der Erkenntnis leiten läßt, daß es nicht nur darauf ankommt, daß man eine S a c h e verstehen lernt, sondern auch, daß man e i n a n d e r versteht. Das ist die wahrhaft politische Tat, und diese gewinnt ihren notwendigen Umfang und ihre erforderliche Tiefe dadurch, daß den Menschen deutlich gemacht wird, daß es eine P f l i c h t z u r P o l i t i k gibt.

Von dem großen Staatsmann Perikles wird der Ausspruch berichtet:

„Wer aber der Politik sich klüglich fernhält, den rühmen wir nicht wegen seiner weisen Zurückhaltung, sondern wir verachten ihn als einen, der für das allgemeine Wesen nichts nütze ist.“

Denn in die durch die (von manchen als vornehm angesehene) Zurückhaltung entstandene Lücke, in dieses Vakuum drängt sich das negative Element ungerufen, und wie die Termiten den festesten Stamm von innen her aushöhlen, so zerstören die destruktiven

Elemente das stabilste Staatsgefüge. Dem tüchtigen Mann in der Politik schrieb einst Plutarch folgende Eigenschaften zu: „Er kennt keine anderen Gedanken als die Sorge um das Volk; sein Leben und seine Arbeit liegen begründet im Staat; für ihn ist staatsmännische Tätigkeit nicht, wie für die vielen, zeitraubende Mühe und kostspielige Last. Auf allen diesen Wegen und anderen dieser Art gewinnt er die Herzen der Bürger; und wenn sie auf seine hegende Sorge und kluge Umsicht schauen, so erkennen sie den trügerischen und unechten Glanz der Schmeicheleien und Lockungen der anderen . . . "

So sieht der praktisch-tätige Mensch aus, dessen Tätigkeitsdrang das Bedürfnis hat, sich dem allgemeinen Wohl zu widmen, wozu eben auch eine gewisse Unbefangenheit des Zupackens gehört; denn nach einer bekannten Difinition ist Politik die Kunst des Möglichen und setzt vor allem die Liebe zu den Menschen voraus. Wer abwartet, bevor er sich entschließt, bis er der absoluten Vollkommenheit begegnet, der liebt nie jemand und tut nie etwas. Wer sich bescheidet und zurückzieht, müßte begreifen, daß auf der einen Seite die Wirklichkeit, auf der anderen nichts steht. Ich kenne keinen schlimmeren Irrtum, als die Leere der Fülle vorzuziehen. Hierzu hat Romain Rolland eine beherzigenswerte Maxime ausgesprochen: „Es gibt nur einen Heroismus auf der Welt: die Welt so zu sehen, wie sie ist — und sie zu lieben."

Eben diese positive Einstellung zur Welt ist das Wesen der Politik; sonst ständen wir vor einer contradictio in adjecto, und, was manchem nicht bewußt ist: der Mensch ist verantwortlich auch für das, was er nicht tut. Schweigen ist a u c h eine Stellungnahme.

Denn da der Mensch das *ζῶον πολιτικόν* ist, ist seine Teilnahme am Gesamtleben implicite gegeben; außerhalb der Politeia ist ein wirkliches Leben auf die Dauer nicht möglich. Deshalb muß sich jeder sagen: Wir wollen uns nichts vom Geschehen der Zeit entgehen lassen; vielleicht gibt es schönere Zeiten, aber diese ist die unsere. Damit wird auch verständlich, daß es keine Trennung geben kann zwischen dem Menschen als Gesellschaftswesen und dem Privatmenschen. Der Mensch steht als *ζῶον πολιτικόν* eben immer im Zusammenhang; ja, mit der fortschreitenden Arbeitsteilung ist das Aufeinanderangewiesensein noch enger und tiefer geworden. Die Verflechtung ist inniger geworden, die Welt kleiner. Der Rekord der „Reise um die Welt in 80 Tagen" von Jules Verne ist zum Kinderspiel geworden, so daß die Völker enger aneinandergerückt sind. Der Seismograph des öffentlichen Lebens ist empfindlicher geworden und registriert auch weit abliegende Erschütterungen. Die satte Behaglichkeit des Bürgers hat Goethe bereits in jungen Jahren persifliert: „Nichts Schönres wünsch' ich mir an Sonn- und Feiertagen . . ." „Hinten weit in der Türkei" gibt es nicht mehr, die ganze Welt ist nahegerückt, die einzelnen Völker sind sich auch untereinander nähergekommen. Der Begriff des Lokalen hat dem Begriff des Globalen Platz gemacht. Damit wächst auch die Verantwortung jedes einzelnen Gliedes der großen Völkerfamilie; denn Erschütterungen pflanzen sich wie eine Flutwelle über die ganze Erde fort. Deshalb sind politische Entscheidungen von einer früher nicht geahnten Tragweite, womit die Verantwortlichkeit für jede auch periphere Maßnahme wächst. Infolgedessen sind kluge politische Entscheidungen nur möglich auf Grund einer umfassenden Zusammenschau gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Realitäten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Sie sind undenkbar oder zum Scheitern verurteilt bei jedem Versuch, irgendwelchen Interessengruppierungen Vorteile gewähren zu wollen, die dem Gemeinwohl entgegenwirken.

Schon zweimal haben während eines einzigen Menschenalters Irrtümer, Fehler und Unterlassungen unsern Kontinent in namenloses Elend gestürzt. Millionenfacher Tod und grauenhafte Not sind über die Völker gekommen.

Die Menschheit ist mündig geworden und drängt immer stürmischer auf eine sinnvolle Ordnung der Beziehungen zwischen den Individuen und den Nationen. Niemand will mehr, daß eine Überbewertung kurzlebiger ökonomischer Vorteile das politische Handeln bestimmt, und letztlich ist jedermann von der Einsicht überzeugt, daß es gilt, die geistigen und sittlichen Energien der Besten in allen Völkern freizumachen, um endlich, endlich Frieden und Wohlstand anstelle von Angst und Not und Krieg zu erringen.

Es muß uns gelingen, die Prinzipien von Wahrheit und Recht, von Unabhängigkeit und gegenseitiger Achtung zum unumstößlichen Grundsatz der großen Politik zu machen.

Und nun komme ich zu der letzten Betrachtung, die sich mit einem häufig erhobenen Einwand gegen die Forderung der Pflicht zur Politik beschäftigen soll. Es ist das Bedenken, Politik und Kultur seien ein Widerspruch. Aber man soll nicht heuchlerisch

Kultur von Politik trennen, vielmehr die Intellektuellen zur politischen Stellungnahme veranlassen. Kultur ist ja kein Museum, wenngleich die Reichtümer der Museen, neben vielem anderen, von den kulturellen Bestrebungen der Gesellschaft Zeugnis ablegen. Wenn ich sage, daß die Kultur kein Museum ist, will ich damit zum Ausdruck bringen, daß die bloße Freude an den Kulturschätzen, die Registrierung des Erreichten, die Begeisterung der Sammler nicht ausreichen, um das Wachstum der Kultur zu gewährleisten. Die Kultur ist auch keine Bankeinlage; denn vom Zins vergangener Größe kann keine Gesellschaft existieren.

Die Kultur kann auch nicht in konserviertem Zustand existieren. Wenn sie nicht voranschreitet, beginnt sie abzusterben. Heute kann sich die Kunst nur dann entwickeln, wenn zu ihrer Fortführung neue Kräfte berufen werden und wenn an ihrer Entwicklung das ganze Volk interessiert ist. Eine Kultur, die nur einigen Auserwählten wert und verständlich ist, geht ihrem Untergang entgegen. Jede soziale Erschütterung, jedes Abenteuer einer Handvoll Menschen kann sie hinwegfegen.

Deshalb ist es unsere politische Aufgabe, Kunst und Kultur nicht im Sinne des Glasperlenspiels außerhalb des tätigen Lebens, außerhalb der Forderung des Tages wirken zu lassen; vielmehr ist es ihre große Aufgabe, das Menschliche zu vertiefen. Ich verstehe darunter nicht nur den ethischen Inhalt dieses Wortes, sondern auch den unendlichen Bereich des Bewußtseins, den es zu vergrößern gilt, das noch Unbekannte, das erobert und immer tiefer erkannt werden muß. Aber das ist nur ein Teil der literarischen und künstlerischen Aufgabe: der Künstler muß auch die Metamorphose der menschlichen Gesellschaft deutlich machen, die soziale und politische Wandlung, er muß dem Menschen helfen, Klarheit und Bewußtsein zu erlangen, er muß ihn sehend machen.

Und auch das genügt noch nicht: er muß an die Zukunft und an die Nachwelt denken und die Kühnheit, den Willen und die Kraft haben, sein Werk ins Dauernde, ins Ewige zu heben. Und wenn ich vorhin sagte, zur Politik gehöre es, das Verständnis für die großen Zusammenhänge zu wecken, also den Blick in die Weite zu richten, den Horizont zu erweitern, so ist die andere Aufgabe, die Zusammenhänge der historischen Folge deutlich zu machen und die gedanklichen Zusammenhänge zu klären. Nur ein g a n z e r Mensch kann Politik treiben. Im Mittelpunkt jeder demokratischen Politik steht der Mensch; sie ist humanistische Politik in dem Sinne, daß sie die Voraussetzung schafft für immer höhere Formen des Menschen, daß sie Bedingungen anstrebt und herstellt, unter denen die Selbstentfremdung des Menschen aufgehoben werden kann. Hierin unterscheidet sie sich von jeder undemokratischen, den Menschen verachtenden, ihn nur als Mittel zur Erreichung von solchen Zwecken ansehenden Politik, die außerhalb seiner selbst liegen und seinen Interessen entgegengesetzt sind.

Eine demokratische Politik kann nur von Menschen geführt werden, deren menschliche Integrität unantastbar ist. Aber auch von der anderen Seite aus gesehen: wahre Demokratie ist dort, wo sich jeder für seinen Staat verantwortlich fühlt, aber auch für seinen Mitmenschen überhaupt. Deshalb können sich in der politischen Polemik (die ja sein muß) Worte nie gegen eine Person wenden, sondern nur gegen eine Sache; sie können sich nicht verwenden für eine Person, sondern nur für ein Ziel. Denn nur Ziele können absolut sein.

Menschen sind relativ, können irren oder versagen. Mehr noch als vielleicht in jedem anderen Augenblick der Weltgeschichte müssen jetzt Gesellschaft, Regierung und Staatskunst — eben die *πολιτικὴτεχνη* — auf den Grundlagen höchster Moral und Ethik basieren. Und welches sind die Grundsätze im politischen Bereich? Sie bestehen in der Unterordnung aller Dinge unter das Wohlergehen der Menschheit. Wir stehen jedoch heute einer Lage gegenüber, in der das Wohlergehen der Menschheit nicht immer die primäre Erwägung darstellt. Zahlreiche Menschen, in deren Händen große Macht liegt, denken vielmehr an eine Kontrolle über die Welt.

Aber die Staaten hängen so gut zusammen wie die einzelnen Menschen. Politik und Menschlichkeit erfordern, daß ein Unrecht, welches einer Nation zugefügt wird, von allen anderen bemerkt und geahndet werde — ich zitiere hier Schiller — und das Interesse der großen Gesellschaft will es augenscheinlich, daß man die Grundgesetze eines Staates nicht ungestraft verletzen lasse.

Das gemeinschaftliche Interesse muß alle Regungen der politischen Körper bestimmen; die europäische Gesellschaft hat keinen anderen wesentlichen Zweck.

Es gibt kein anderes Schicksal der Menschheit als das, welches sie sich durch ihre Gesinnung selber bereitet; und weil wir eben auf die Kraft des Geistes vertrauen, glauben wir an die Zukunft. Die Welt ist nicht nur Geschehen, sondern auch Leben.

Unter solchen grundsätzlichen Erwägungen müssen wir auch an die Lösung der deutschen Frage gehen, und der Wille, den nach diesen Ausführungen gewiesenen Weg zu finden, wird uns auch zum Erfolg führen.

(Dr. Hans Wiedemann ist Oberbürgermeister der Stadt Weimar und Vizepräsident des Deutschen Städtetages der DDR. Er gehört der dortigen CDU an.)

Prof. Dr. Franz Paul Schneider

Um Deutschlands willen

Am 21. Dezember 1956 sprach Jawaharlal Nehru vor der Vollversammlung der UNO in New York. Er appellierte an die Welt, den Militärbündnissen und Blockbildungen zu entsagen und die UNO mit der Regelung aller Streitfragen zu betrauen.

Diese beiden Forderungen enthalten in nuce das Konzept der im Atomzeitalter allein noch möglichen Außenpolitik. Nehru ist ein Mann, der sowohl dem kapitalistischen als auch dem kommunistischen System ohne Vorurteil gegenübersteht. Mit Vorliebe nennt er sich „einen halben Kommunisten", obwohl er zweifellos von J. St. Mill und H. G. Wells stärker beeinflußt ist als von Karl Marx. Vor allem aber stellt der Staat, den Nehru vertritt, in seiner Struktur eine Synthese dar zwischen den gegensätzlichen Ordnungen, die den heutigen Weltzustand bestimmen. Indien ist trotz seiner 80 v. H. Analphabeten eine Demokratie im amerikanischen Sinn und gleichzeitig ein sozialistischer Staat. In den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung wesentlich ungünstiger. Dieser Umstand ändert aber nichts daran, daß die politischen Probleme auch im Weltmaßstab nur durch Abrüstung und friedliche Zusammenarbeit der Völker gelöst werden können. Der Abbau des gegenseitigen Mißtrauens und der feindlichen Militärpakte kann freilich nur schrittweise erfolgen.

Die militärische Gewalt — sub specie aeternitatis betrachtet — war schon immer ein sittlich fragwürdiges Mittel. Sie hat sich heute auch als praktisches Mittel überlebt. Ebenso ist die Vorstellung von einem „gerechten Krieg" heillos überholt. Das hat sogar der Meister des kalten Krieges, J. F. Dulles, eingesehen. „In wachsendem Maße", so führte er am 11. Dezember 1956 vor dem Atlantikrat in Paris aus, „setzt sich die Ansicht durch, daß ein moderner Krieg nicht m e h r Ungerechtigkeiten beseitigen kann, als er unvermeidlich mit sich bringt."

Aber der Krieg ist nicht allein durch das immanent gewordene Mißverhältnis von Aufwand und Erfolg, von Recht und Unrecht endgültig seiner historischen Funktion beraubt worden. Auch ein kleiner, regional begrenzter Krieg schließt die Gefahr in sich, daß er sich zum dritten Weltkrieg erweitert. Wer wollte sich noch darauf verlassen, daß diese Ausweitung verhindert wird oder daß in einem dritten Weltkrieg keine Atomwaffen zum Einsatz kommen? Man weist darauf hin, daß im zweiten Weltkrieg beide Seiten auf Gas verzichtet hätten. Wäre es aber nicht selbstmörderische Fahrlässigkeit, in der Außenpolitik mit einem so trügerischen Analogieschluß zu arbeiten?

Die schrittweise Abrüstung und der Abbau der Militärpakte wären nun die Folgerung aus einem heute allein noch vertretbaren Weltverhältnis, das seit etwa drei Jahren als „K o e x i s t e n z" bezeichnet wird. In weiten Kreisen wird die Koexistenz abgelehnt als ein von den Sowjets erfundenes ideologisches Opiat, das die Wachsamkeit des Westens einschläfern soll. Das Zentralkomitee der KPSU hat zwar den Begriff der Koexistenz sofort übernommen, weil er der aktuellen Entwicklungsphase des Marxismus besonders entgegenkam — aber der Begriff wurde nicht vom Kreml, sondern von Pandit Nehru geprägt, der ihn in den bekannten fünf Grundsätzen der Pancha Sheela auch verbindlich erläuterte. Abgesehen davon ist der Begriff der Koexistenz nur der positive Ausdruck für die unabweisbare Erkenntnis, daß der Versuch einer gewaltsamen Ausdehnung der eigenen militärischen und politischen Machtsphäre mit dem Risiko des dritten Weltkrieges behaftet ist. Gewiß können Forderungen im Namen der Koexistenz mit ihr nichts

zu tun haben. Seit wann ist es aber üblich, Ideen nach den möglichen Formen ihres Mißbrauchs zu definieren?

Die Koexistenz ist ein eminent dynamisches Prinzip. Sie schließt die Möglichkeit der Intensivierung und der Wandlung in sich. Rein logisch betrachtet, beginnt der koexistenzielle Zustand der Welt mit der resignierenden Einsicht, daß man dem feindlichen System durch Gewaltanwendung nicht mehr schaden kann, ohne die eigene Ordnung aufs Spiel zu setzen. In einem zweiten Stadium nimmt die Koexistenz die Form der „competive co-existence" an, die sich im wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Wettbewerb äußert. Dabei erweist sich das Vertrauen auf die eigene Überlegenheit als ein Motor der Leistungssteigerung, die der Menschheit im ganzen zugutekommt. In einer dritten Phase wird die Koexistenz zur Bedingung der gegenseitigen Befruchtung und Anregung. Der ständige Ideenaustausch kann grundsätzlich sogar zu einer Synthese führen, zur Aufhebung der Gegensätze in einer neuen Ordnung, die die lebenskräftigen Elemente der ehemals feindlichen Systeme in sich vereinigt.

Fragen wir nach den Ursachen des — oft unbewußten — Widerstandes gegen koexistenzielle Vorstellungen, so stoßen wir in der westlichen Welt auf einen eingewurzelten Antikommunismus. Der Antikommunismus hat einen innenpolitischen und einen außenpolitischen Aspekt. Wenn ein Staat im eigenen Lande die kommunistische Partei bekämpft, so schließt das außenpolitisch ein gutes Verhältnis zu kommunistischen Ländern nicht aus. Der ägyptische Staatspräsident Nasser, der die einheimischen Kommunisten verfolgt, suchte und fand die moralische und materielle Unterstützung der UdSSR. Wenn das am 17. 8. 1956 ergangene Verbot der deutschen KP, dessen innenpolitische Zweckmäßigkeit umstritten ist, von der Sowjetunion als unfreundlicher Akt empfunden wurde, so lag das an den besonderen Umständen. Die Sowjetunion sah darin einen Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen. Hinzu kommt, daß die deutsche Wiedervereinigung nur mit Zustimmung der UdSSR, die 1941 von Hitler angegriffen wurde, erreicht werden kann. Die KPdSU wies in ihrer Erklärung zum Verbot der westdeutschen KP ausdrücklich darauf hin, daß dadurch „die Wiedervereinigung auf einer friedlichen und demokratischen Grundlage unmöglich" gemacht werde.

Durch den Antikommunismus als Maxime der Außenpolitik wird eine realistische Einschätzung der Interessen und Ziele der kommunistischen Staaten, in denen immerhin 900 Millionen Menschen leben, erschwert, wenn nicht verhindert. Wie soll z. B. die deutsche Frage im Verhandlungswege gelöst werden, wenn der Bundesverteidigungsminister Josef Strauß in der Bundestagsdebatte vom 31. Januar 1957 erklärte: „Von dieser Regierung (sc. der Regierung der UdSSR) und von einem System mit diesem ideologischen Hintergrund eine Unterschrift als Garantie für unsere Sicherheit hinzunehmen, wäre nackter Irrsinn"? Wie kann von den Abrüstungsverhandlungen ein baldiges praktisches Ergebnis erwartet werden, wenn Präsident Eisenhower in seiner diesjährigen „State of the Union Message" erneut betonte, daß die Existenz „einer schwer bewaffneten imperialistischen Diktatur" ständig den Frieden und die Sicherheit der Welt bedrohe?

Die Überwindung des antikommunistischen Komplexes in den demokratischen und des antikapitalistischen Komplexes in den kommunistischen Ländern ist wohl die wichtigste Voraussetzung der Koexistenz und der allgemeinen Abrüstung. Solange man nämlich den Kommunismus als eine bloße Entartungserscheinung und nicht als eine weltgeschichtliche Bewegung ansieht, muß man erwarten, daß dieses System früher oder später in sich zusammenfällt. Man muß endlich anfangen, im Kommunismus nicht eine absolute, metaphysische, sondern eine historische Kategorie zu sehen. Erwägungen der historischen Vernunft sollten die westlichen Staatsmänner veranlassen, den Kommunismus als ein reales Phänomen des heutigen weltpolitischen Kraftfeldes in Rechnung zu stellen. Dabei ist es natürlich unerheblich, ob eine Regierung den Kommunismus im eigenen Lande duldet oder verbietet.

Man könnte nun argumentieren: Zwischen Kommunismus und Kapitalismus gibt es keine Brücke des Verständnisses. Belassen wir es also beim status quo! Aber: Ist der status quo, konkret gesprochen, das annähernde Gleichgewicht des „atomaren Schreckens" und der militärischen Paktsysteme auf die Dauer als Friedensgarantie überhaupt denkbar? Militärsysteme haben ihre eigene Dialektik, die sich nur zeitweise mit einer Friedenspolitik koordinieren läßt. Die Zukunft der Menschheit hängt daher in entscheidender Weise ab von der weiteren Entwicklung der beiden wichtigsten Militärpakte: der

NATO und des Warschauer Paktes, sowie dem Erfolg oder Mißerfolg der Abrüstungsbestrebungen.

In der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, die seit dem 4. April 1949 besteht, sind 15 Nationen zusammengeschlossen. „Die NATO", sagte Lord Ismay, der bisherige Generalsekretär, einmal, „ist ein großes Abenteuer. Sie ist vielleicht das anspruchsvollste und konstruktivste internationale Experiment, das jemals unternommen wurde". Daß die NATO ein sehr labiles Gebilde ist, bezeugte schon die Aufsehen erregende Rede, die der französische Außenminister Pineau am 2. März 1956 vor dem Anglo-Amerikanischen Club in Paris hielt. Pineau forderte eine grundlegende Revision der NATO-Politik im Geiste einer dynamischen Koexistenz. Gleichzeitig verneinte er die Einheitlichkeit der von den drei Westmächten betriebenen Politik. Zwei Monate später — am 10. Mai 1956 — erklärte der bisherige Oberbefehlshaber der NATO, General Gruenther, in Bonn, daß die NATO schweren Zeiten entgegengehe. Durch den anglo-französischen Angriff auf Ägypten kam die Krise der NATO offen zum Ausbruch. Durch die Suez-Affäre wurde andererseits die moralische Autorität der NATO oder richtiger: ihrer Hegemoniemacht, der USA, wieder gestärkt. In der letzten und zweifellos wichtigsten Sitzung seit dem 7jährigen Bestehen der NATO, die der Atlantikrat vom 11. bis zum 14. 12. 1956 in Paris abhielt, wurde die Krise der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft wenigstens proklamatorisch überwunden.

Durch die großräumigere Expansion der USA werden die Aussichten für eine allgemeine Abrüstung an sich nicht verbessert. Die militärische Bedrohung der UdSSR wird dadurch eher noch verschärft. Auch in der sog. Eisenhower-Doktrin, die einen wesentlichen Bestandteil der neuen expansiven Politik bildet, ist die aggressive Tendenz deutlich erkennbar. Die Nahost-Doktrin, die Eisenhover am 5. Januar 1957 dem Kongreß zur Genehmigung unterbreitete, ist die Ergänzung der „Truman-Doktrin" von 1947, durch die der sowjetische Einfluß in Griechenland und in der Türkei ausgeschaltet wurde. In dem neuen Plan wird den Ländern des Nahen Ostens neben einer umfassenden Wirtschaftshilfe auch militärische Unterstützung für den Fall eines sowjetischen Angriffs oder kommunistischer Unruhen in Aussicht gestellt. Nehru bemerkte auf der Jahresversammlung der Kongreßpartei zur Eisenhower-Doktrin: Es habe keinen Sinn, dauernd das Schwert zu zücken. Dadurch werde der Gegner nur veranlaßt, selbst das Schwert zu ziehen.

Die Bundesregierung ist mit Erfolg bemüht, den Anhängern des harten Kurses und der alten Strategie in den USA den Rücken zu steifen. Die amerikanische Regierung ist aus politischen Gründen bestrebt, den Wünschen des Bundeskanzlers nach Möglichkeit entgegenzukommen. So betonte J. F. Dulles am 11. Dezember 1956 vor dem Atlantikrat in Paris, daß sich der Westen nicht auf Atomwaffen allein verlassen dürfe. Es sei schon immer unmöglich gewesen, den Verlauf eines künftigen Krieges vorauszubestimmen. Die Bundesregierung kann vielleicht sogar die Auflösung des Amtes für Abrüstungsfragen und die Unterstellung dieses Ressorts unter das State Department, damit die Festigung der Position des amerikanischen Außenministers J. F. Dulles gegenüber seinem Rivalen, dem amerikanischen Sonderbeauftragten für Abrüstungsfragen, Harold Stassen, teilweise als Erfolg ihrer retardierenden Politik buchen.

Auf einer Pressekonferenz in Washington erklärte J. F. Dulles am 18. 12. 1956: Vor zwei Jahren konnte die UdSSR noch mit 60 und mehr osteuropäischen Divisionen rechnen. Jetzt sieht es aus, als ob diese Kontingente lieber auf die andere Seite schießen würden. Das mag übertrieben sein — wenn man Osteuropa als Ganzes betrachtet. Immerhin ist im vergangenen Jahr erstmals die Schwäche des Warschauer Paktes an zwei Stellen offen zutage getreten. Die Sowjetunion ist sich klar darüber, daß sie im Ernstfalle fast die ganze Last der Verteidigung selbst tragen müßte. Sie wird daher noch mehr als früher bereit sein, die militärisch „verdünnte" Zone auf das Gebiet der Ostblockländer auszudehnen. Das würde zugleich eine wirtschaftliche und finanzpolitische Entlastung dieser Länder bedeuten, die der Hebung des durchschnittlichen Lebensstandards zugute käme.

Militärisch sind die Amerikaner den Sowjets auf dem Gebiete der Raketenwaffen unterlegen. Außerdem befinden sie sich im gegenwärtigen Stadium der forcierten Umrüstung nicht in der für eine erfolgreiche Kriegführung notwendigen militärischen Hochform. Die amerikanische Regierung kann sich ferner nicht einfach über die öffentliche Meinung hinwegsetzen, die sich nicht nur im Lande selbst, sondern auch in den übrigen NATO-

Ländern mit wachsender Entschiedenheit gegen die atomare Aufrüstung wendet. Schließlich muß sie Rücksicht nehmen auf eine angesehene Gruppe oppositioneller Politiker wie Kennan und Stassen, die auf Abrüstung und Verständigung mit der UdSSR hinarbeitet. Wenn die Anhänger einer konsequenten Entspannungspolitik zur Zeit auch in der Defensive stehen, so rechtfertigt die offensichtliche Zweigleisigkeit der amerikanischen Außenpolitik doch einen vorsichtigen Optimismus.

Die Wirksamkeit starker Gegenkräfte in den USA und der UdSSR gegen einen Versuch, die weltpolitischen Probleme mit militärischen Mitteln zu lösen, nimmt aber den Abrüstungsbestrebungen nichts von ihrer Dringlichkeit. Dabei ist theoretisch bereits eine weitgehende Annäherung der beiderseitigen Auffassungen und Verfahrensvorschläge erreicht. So stellte Pandit Nehru vor der amerikanischen Presse fest, daß der Westen und der Osten sich in der Abrüstungsfrage bemerkenswert nahegekommen seien. Nur ist das gegenseitige Mißtrauen noch zu groß, so daß keine Seite es wagt, Teillösungen, auf die man sich geeinigt hat, in die Tat umzusetzen. Die Abrüstungsverhandlunen werden auch erschwert durch die sog. Umrüstung, die den Überblick über den periodischen Zuwachs an militärischer Schlagkraft auf beiden Seiten beeinträchtigt.

Ein ernsthafter Anlauf, auf dem Gebiet der Abrüstung endlich zu praktischen Lösungen zu kommen, wurde eigentlich erst auf der Genfer Gipfelkonferenz (18. bis 23. Juli 1955) unternommen. Seit dieser Konferenz stehen der Eden-Plan einer entmilitarisierten Zone zwischen dem Westen und dem Osten und der von Eisenhower gemachte Vorschlag einer Abrüstungskontrolle aus der Luft im Mittelpunkt des Meinungsstreites um die Abrüstung. In Genf wurde zwar kein konkretes Ergebnis erzielt, aber die theoretische Klärung der Abrüstungsprobleme wurde durch den gründlichen Gedankenaustausch wesentlich gefördert. Während die zweite Genfer Konferenz der vier Außenminister im Herbst des gleichen Jahres (27. 10. bis 16. 11. 1955) sich wider Erwarten als Enttäuschung erwies, gelang es dem Unterausschuß der Abrüstungskommission der UNO, der vom 4. 3. bis zum 4. 5. 1956 in London tagte, nach dem Urteil Harold Stassens, des amerikanischen Sonderbeauftragten für Abrüstungsfragen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten und der UdSSR „auf etwa die Hälfte" zu reduzieren. Eine weitere Annäherung der Standpunkte erfolgte auf der Tagung der Abrüstungskommission in New York im Juli v. J.

Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin unternahm mit einer Note vom 17. November 1956 einen neuen Vorstoß in der Abrüstungsfrage. Der wichtigste Fortschritt des jüngsten sowjetischen 6-Punkte-Programms besteht darin, daß sich die UdSSR zum ersten Male bereit erklärte, den Eisenhowerschen Vorschlag der Luftinspektion wenigstens in eingeschränkter Form zu übernehmen. Die Sowjetunion ist jetzt mit einer beiderseitigen Luftkontrolle bis zu einer Tiefe von 800 km diesseits und jenseits der Grenze zwischen den beiden Militärblöcken einverstanden.

Die sowjetische Initiative wurde von den USA mit einem neuen 5-Punkte-Vorschlag beantwortet, der von dem amerikanischen UNO-Delegierten Cabot Lodge am 14. Januar 1957 dem Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung vorgelegt wurde. Er enthält bemerkenswerte Anregungen zur Kontrolle und Verminderung der Erzeugung von atomaren Waffen und zur Einstellung der Atomwaffenversuche mit dem Ziel der schließlichen Verwendung des spaltbaren Materials nur für friedliche Zwecke. Auch die erstmalig geforderte Einbeziehung aller in den Weltraum vorstoßenden „Objekte" in ein internationales Kontrollsystem fand stärkste Beachtung.

Seit dem 18. März 1957 berät in London der Unterausschuß der Abrüstungskommission der UNO in seiner 87. Sitzungsperiode über die in jüngster Zeit unterbreiteten Abrüstungsvorschläge. Die Verhandlungen wurden von dem britischen Außenminister Selwyn Lloyd eröffnet mit den bezeichnenden Worten: „Die Welt wünscht Beweise für einen praktischen Fortschritt!"

Beunruhigender als der weltpolitische Trend ist die Außenpolitik der Bundesrepublik. Gewiß: der amtierenden Regierung verdanken wir den hohen Lebensstandard und den beträchtlichen moralischen und militärischen Funktionswert Westdeutschlands im Rahmen der NATO. Betrachtet man aber als unser nationales Grundanliegen die Wiedervereinigung, so kann man nicht umhin, festzustellen, daß die Regierung in dieser Frage, die auf dem Verhandlungswege nur in einer ausgesöhnten Welt gelöst werden kann, keinen Schritt vorwärts gekommen ist. Sie hat die Bemühungen um eine weltpolitische Entspan-

nung und eine allgemeine Abrüstung nicht nur zu wenig unterstützt, sondern vielfach sogar erschwert.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik wurde von Außenminister Heinrich von Brentano zuletzt in seiner Ansprache vor dem „National Press Club" in Washington am 6. März noch einmal in klarer, aber auch besorgniserregender Weise umrissen. „Den Platz, den in dieser Zusammenarbeit (sc. mit der freien Welt) heute die Bundesregierung einnimmt", so erklärte er, „wird morgen ein wiedervereinigtes Deutschland ebenso unbeirrbar und ebenso entschlossen einnehmen". Kann aber jemals von der UdSSR eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung erwartet werden, wenn diese mit einer Vorverlegung der Grenze der NATO an die Oder-Neiße-Linie verbunden wäre?

Herr von Brentano lehnte ferner eine Neutralisierung Deutschlands mit der Begründung ab, daß dadurch in Mitteleuropa ein militärisches und machtpolitisches Vakuum entstehen würde, das einen Angriff von östlicher oder westlicher Seite auslösen müßte. Die politische und geographische Lage würde ein neutrales Deutschland daher zwingen, eine Rüstung aufzubauen, die seine Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigen und auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung gehen würde. In den neutralistischen Vorstellungen und Ratschlägen offenbare sich „ein erschreckender Mangel an politischer Vernunft". Ihre Träger seien noch in Vorstellungen befangen, „die dem vergangenen Jahrhundert angehören", und sie dächten „in Kategorien, die auf die Gegenwart nicht mehr anwendbar sind".

Hier drängt sich die Frage auf, warum die Vakuum-Theorie nicht auch für Österreich gilt, das obendrein aus seiner antisowjetischen Einstellung kein Hehl macht. Entsteht aber überhaupt ein Vakuum? Würde nicht vielmehr das wiedervereinigte Deutschland durch die Neutralisierung automatisch in den Gürtel neutraler Staaten, der — mit Unterbrechungen — von Finnland bis Indien reicht, einbezogen? Die Staaten der sog. „Friedenszone" haben aber ein hinreichendes Gewicht, um ihrerseits mit den Ländern der NATO und des Warschauer Paktes Abreden zu treffen, die darauf abzielen, die Militärblöcke zum Schmelzen zu bringen. Für ein neutrales — wenn auch nicht entmilitarisiertes — Gesamtdeutschland würde die moralische Garantie Indiens zweifellos einen stärkeren Schutz bilden gegen einen möglichen sowjetischen Angriff als die Zugehörigkeit zur NATO oder irgendeinem anderen Militärpakt.

Wer das aber bestreitet, sollte sich wenigstens überlegen, daß im Falle eines dritten Weltkrieges keine noch so schlagkräftige Bundeswehr in der Lage wäre, die Vernichtung der deutschen Bevölkerung und die völlige Verwüstung unseres Landes zu verhindern, auch nicht, wenn die NATO einen eindeutigen Sieg erringt. Die Bundeswehr hätte nur die einzige Chance, sich wie Leonidas an den Thermopylen zu opfern, in diesem Falle aber nicht, um dem eigenen Lande, sondern fremden Truppen einen kostbaren Zeitgewinn zu sichern. Unmöglich kann aber darin unsere letzte nationale Mission liegen!

Hinter dem Interesse Großbritanniens, Frankreichs und der Benelux-Staaten an dem westdeutschen NATO-Beitrag steht nicht zuletzt — mehr oder weniger unbewußt — die Spekulation, Deutschland zum entscheidenden Kriegsschauplatz der ersten Tage zu machen. Auf jeden Fall hat die westdeutsche Aufrüstung in den Augen unserer westlichen Nachbarn vor allem auch den Zweck, in der Bundesrepublik möglichst viele wirtschaftliche Kräfte zu binden und sie dadurch der Exportindustrie zu entziehen.

Natürlich lehnte von Brentano auch das Ollenhauersche Sicherheitssystem für Europa ab, weil es angeblich aller realen Voraussetzungen entbehrt. „Wir sind nicht bereit", erklärte er, „Selbstmord zu begehen". Die Bundesregierung weigere sich, „ein Risiko einzugehen, das die Freiheit und die Existenz kosten würde".

Ich glaube nicht, daß die entschiedene Opposition, die aus Sorge um Deutschland ihre warnende Stimme erhebt, in „Kategorien des 19. Jahrhunderts" denkt; vielmehr ist es die Bundesregierung, die grundlegende Veränderungen im weltpolitischen Kraftfeld nicht wahrhaben will.

Unsere Sorge wäre um vieles geringer, wenn wir eine parlamentarische Opposition hätten, die dem an sich konsequenten Programm der Regierung ein ebenso klares außenpolitisches Programm entgegensetzen würde. Während z. B. in den USA die Opposition eine scharf formulierte Alternative vertritt, sucht die deutsche parlamentarische Opposition nach Lösungen, die mehr taktischen Erwägungen als der realen Lage der Welt Rechnung tragen. Gewiß enthält das außenpolitische Programm der SPD brauchbare

Elemente — Fragmente und Aperçus, möchte man sagen. Die SPD hat sich ein Verdienst damit erworben, daß sie sich tatkräftig für einen europäischen Sicherheitspakt einsetzt. Dieses Verdienst wird auch nicht dadurch geschmälert, daß in dieser Konzeption noch viele Fragen offen bleiben. Schließlich ist es der Zweck von Verhandlungen, einem solchen Vertragswerk die endgültige Form zu geben. Andererseits ist es aber für die schwankende Politik der SPD bezeichnend, daß Erich Ollenhauer auf seiner Amerikareise mit vielen Politikern sprach, nur nicht mit jenen, bei denen er für seine Gedanken Verständnis und Unterstützung hätte finden können.

Die fehlende Folgerichtigkeit und die Unvollständigkeit der außenpolitischen Konzeption der SPD beweist die Notwendigkeit einer ergänzenden a u ß e r parlamentarischen Opposition, die von unabhängigen, weder durch Interessen noch durch taktische Erwägungen von der Sache und ihren Erfordernissen abgelenkten Persönlichkeiten getragen wird. Die wachsende Resonanz, die die Tätigkeit der außerparlamentarischen Organisationen und die z. B. die „Blätter für deutsche und internationale Politik" finden, ist eine Bestätigung dafür, daß in kritischen Kreisen der westdeutschen Bevölkerung ein starkes Bedürfnis vorhanden ist nach einer außenpolitischen Konzeption, die vielleicht nicht mit spezifisch deutschen Wunschvorstellungen, wohl aber mit dem erkennbaren Trend der weltpolitischen Entwicklung übereinstimmt.

Es mag vorteilhaft sein, sich in den Dienst politischer Vorurteile und Ressentiments zu stellen. Wahre Genugtuung kann aber nur der empfinden, der für eine menschenwürdigere, lichtere Zukunft arbeitet, die sich in zarter Kontur bereits am weltpolitischen Himmel abzeichnet.

„Der Sieg der Vernunft", sagt Bert Brecht in seinem „Leben des Galilei", „kann nur der Sieg der Vernünftigen sein".

(Prof. Dr. Franz Paul Schneider liest an der staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg.)

Dr. H e l m u t D ö r r

Das Gewissen auf dem CDU-Parteitag

Die CDU hat sich auf ihrem Hamburger Parteitag durch das große Referat Prof. Thielickes, des bekannten Hamburger evangelischen Theologen und vielbeachteten Predigers, in geistige Kosten gestürzt. Dieser Aufwand verdient Beachtung. Daß Thielicke durch eine hervorragende systematische Gedankenführung und durch brillante Einzelheiten den Weg des Gewissens und der Verantwortung im Atomzeitalter nicht von schweren Hindernissen freimachen konnte, ist selbstverständlich. Auch die Durststrecken einer fast unauflösbaren Problematik blieb den Zuhörern nicht erspart. Die Spannungen zwischen dem sittlich unantastbaren Anspruch des individuellen, personalen, besonders auch christlich verstandenen Gewissens und den sogenannten Eigengesetzlichkeiten der Politik gingen manchmal bis zum Bruch. Auch die mit sehr großem geistigen Aufwand und Anspruch herausgearbeiteten verschiedenen Ausgangslagen und Betätigungsfelder des erkennenden, beobachtenden und forschenden Geistes einerseits und des Entscheidung fällenden politischen Täters unter verantwortlichem Mandat andererseits konnten nicht bruchlos zusammengefügt werden. Vom Blickwinkel eines christlichen Weltverständnisses, wie es bei Thielicke nicht nur durchschimmert, sondern als eigentliche Lichtquelle deutlich ist, wird das kaum anders sein können. Er bekannte sich zu einem Realismus in bezug auf die nie perfekten und deswegen nie befriedigenden, sondern immer auch Not und Angst mit sich führenden Zustände dieser unserer Welt. Er warnte deswegen mit Recht vor den beiden gleicherweise unmöglichen und deswegen höchst gefährlichen Versuchen, zwischen Sündenfall und Jüngstem Gericht die Welt durch eine ungesteuerte Atomaufrüstung zur Hölle oder durch pazifistische Träumereien ebenso unmöglich, weil un- und vorzeitig zum Himmel machen zu wollen. Die eine Welt steht nach ihm unter dem Götzen der Angst, die andere unter dem der Illusion. Beide Götzen können weder Not wenden noch retten, beide beherrschen ein Reich des Chaos.

Thielicke hat seine Hörer, die Delegierten des CDU-Parteitages, unter ihnen zahlreiche Abgeordnete, die ohne Zweifel noch unter dem Eindruck der letzten Atomdebatte des deutschen Bundestages standen, auf einem weiten Weg bis zu diesem Ziele geführt. Man könnte das die große theoretische Strecke seiner Darlegungen nennen. Für jeden, der eine echte, d. h. sauber begründete Theorie, lebendig befeuert von echten existenziellen Fragen, nicht als Ignorant oder Zyniker vom praktischen Handeln grundsätzlich trennt, gab es auch auf dieser Strecke vieles zu erkennen und anzuerkennen.

Dann aber wurde er (etwa ab Seite 33 seines an die Presse verteilten Textes) in einem ungewöhnlichen Ausmaß „praktisch" und rief damit Bundeskanzler Adenauer sofort auf den Plan, in diesem Falle auf die Rednertribüne. Dr. Adenauer gab das offen zu, indem er von seiner Absicht sprach, die Ausführungen, die er nach Thielickes Rede machte, habe er in seiner Schlußrede klarlegen wollen, tue es jetzt aber unmittelbar und sofort. Man wird feststellen dürfen, daß sich der Politiker Adenauer und der für die Richtlinie der Politik Verantwortliche unmittelbar angesprochen und aufgefordert fühlte. Warum und inwiefern, wird aus dem letzten Teil von Thielickes Rede deutlich. Er sprach davon, daß es einem christlichen Realismus angemessen sei, sich unter Verzicht auf das schwärmerisch (pazifistisch) und auf das schauerlich (atomar) Absolute, auf die Illusion des Weltfriedens und auf die Illusion des Gleichgewichts der Atomriesen an die nächsten und realisierbaren Teilstücke von Aufgaben zu machen. Dazu brachte er zwei Beispiele: 1. Den Vorschlag Eugen Gerstenmaiers, einen bedingten Verzicht der Westmächte auf A-Bomben-Experimente anzustreben. Er nannte das einen Initiativschritt, der nicht einfach nach dem Gesetz von Aktion und Reaktion gedacht sei, sondern der sich tastend aus der Spirale des (tödlichen) Wettrüstens herausbewegt, und er fügte höchst bedeutungsvoll hinzu, „daß der erste Schritt und der erste Beweis von Glaubwürdigkeit (Kreditnachweis) damit nicht vom Kontrahenten (dem Gegner) erwartet wird, sondern daß man selber anfängt". Er sieht darin eine Initiative und zugleich das einzige Heilmittel, das geeignet wäre, die Last des Mißtrauens zu erleichtern und an den wahren Herd des Weltleidens heranzukommen. Der erste Schritt sei ein Beweis für die Ernsthaftigkeit der Absicht und helfe das Mißtrauen abbauen. Dieser Verzicht könne nur bedingt sein und schiebe damit berechtigterweise dem Kontrahenten und Gegner die Verantwortung dafür zu, ob dieser Verzicht von Dauer sei und ihm ein nächster Schritt folgen könne. Thielicke sieht darin das Äußerste, was im Rahmen des politischen Kräftespiels möglich ist. Er gibt diesem Gedanken Gerstenmaiers das Prädikat: klar und eindeutig.

Obwohl einem zweiten Beispiel dieser Grad von Eindeutigkeit fehlt, nämlich dem Vorschlag der Atomforscher, daß die Bundesrepublik nicht mit Atomwaffen ausgerüstet werden dürfe, erklärt er sehr deutlich, auch daran nicht vorübergehen zu können, und gesteht, daß er auf ihn großen Eindruck gemacht habe. Auch hier findet er das vielleicht notwendige und allein rettende „Ethos des ersten Schrittes" vertreten. Er attestiert den Atomforschern, daß sie durchaus Sinn dafür hätten, daß keine der Großmächte auf Atomwaffen verzichten könne. Er bringt auch Verständnis für deren politische Überzeugung auf, „ein kleines Land ... kann das tun, und unsere Meinung ist, unsere eigene Heimat, Deutschland, solle es tun." Er hat Verständnis dafür, daß man sich mit einer solchen Auffassung nicht an die Atomkollegen in aller Welt wendet, sondern an die eigene Regierung. Er schreibt die ethische Bedeutung des Appells der Atomforscher sehr groß und sieht darin ein Bekenntnis zu Rang und Bedeutung des Gewissens auch in unserer Zeit. Thielicke hält es für notwendig, trotz der teilweisen Mißdeutungen dieses Appells, seinem Anspruch standzuhalten und ihn wirklich zu verstehen, auch wenn man meint, sachlich anders entscheiden zu sollen. Er hat den Hamburger Parteitag der CDU und damit auch die anwesenden Politiker, an ihrer Spitze den Bundeskanzler, ausdrücklich gebeten, ihm bei diesem Versuch des Verstehens zu folgen.

Damit sind wir am Zentralpunkt. Thielicke behauptet, weder er selbst noch Herr von Weizsäcker könnten seines Erachtens verantwortlich beurteilen, ob das Wagnis, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten, strategisch zu verantworten oder gar zu fordern sei. Von Weizsäcker habe ihm in fairer Weise bestätigt, daß die Schlußfolgerungen des Bundeskanzlers, also eine ganz andere Forderung, „im politischen Kalkül konsequent seien". Aber er lehnt die Zuständigkeit des politischen Kalküls als des einzigen Kriteriums eben ab und fordert einen zeichen-

haften (beispielhaften) Akt des Verzichtes, der sich dann schon als erster Schritt zu einer kontrollierten Abrüstung fruchtbar erweisen werde. Durch einen solchen unter dem Druck der unbezweifelbar höchst sachkundigen Einsicht in die mögliche atomare Katastrophe und unter dem Anruf des Gewissens, das sich für das Überleben der Menschheit und des eigenen Volkes verantwortlich weiß, bekennen sich also freie deutsche Bürger, politisch denkende Menschen — wenn auch ohne formales Mandat — zu der ihnen hier und heute einzig möglich erscheinenden Handlung, um den entsetzlichen Teufelskreis zu durchbrechen, den der Götze der Angst und damit des reinen Macht- und Aufrüstungsdenkens beherrscht. Der Gedanke, hier sei nur Emotion, unkontrollierte Erregung, gebanntes Hinstarren auf nur eine Seite des Problems im Spiel, muß gegenüber den 18 Männern als absurd und beleidigend zurückgewiesen werden. Thielicke interpretiert Weizsäcker so: Eine Tat des Gewissens (erleuchtet durch profunde Sachkenntnis, politischen Ernst, schwerwiegende Erfahrungen der letzten Vergangenheit) setze einfach auch neue politische Tatsachen, sie bewirke eine Initialzündung und ändere darum auch die realen Verhältnisse. Wenn an einer Stelle, d. h. in einem Lande im Rahmen politischer Verhältnisse, die sich im Unterschied zu den Großmächten einen Verzicht auf Atomwaffen noch einigermaßen leisten können, wenn also an dieser einen Stelle ein solches beispielhaftes Zeichen des Ernstes aufgerichtet wird, dann werde das nicht nur auf den Osten nicht ohne Eindruck bleiben, sondern dann werde auch im eigenen Lager der Willen zu Abrüstungsverhandlungen verstärkt. Es müsse eben etwas getan werden, und man selber sei es, der damit anfangen müßte. Wofür Männer, die zwar kein politisches Mandat haben — wie etwa Albert Schweitzer oder die zuständigen Atomwissenschaftler — oder auch die Kirche nachdrücklichst sorgen müssen, ist dies: Die Politiker nicht an der damit aufgeworfenen Gewissensfrage vorbeizulassen. Sie dürfen den Politikern nicht die in gleicher Weise sittliche wie politische Frage ersparen, ob die rein politische Berechnung (das politische Kalkül) in jedem Falle die letztentscheidende Instanz sein könne oder nach den sogenannten harten Realitäten sein müsse. Hat nicht auch in der Politik die wagende, zeichenhafte, exemplarische Tat ihren Ort?! Das so wagende Gewissen, auch des Politikers, öffnet auch auf dem Felde der Politik selber neue Möglichkeiten. Es ist auch politisch wirksam, als eine Aktion gegen das lauernde, alles vergiftende Mißtrauen und als Erweis eigener Glaubwürdigkeit und eines Vertrauens, ohne das keine internationale Konferenz, keine noch so dringend notwendige Abrüstungsverhandlung auch nur einen ersten wirkungsvollen Schritt tun kann.

Bezeichnenderweise hat der Bundeskanzler unvorhergesehen, unmittelbar darauf geantwortet. Er hat eine Reihe politischer Argumente dafür angeführt, daß die Majorität des Parlaments und der Regierung mit dem Beschluß, nicht schon heute für die Zukunft auf atomare Waffen zu verzichten, im Recht gewesen sei: Man hätte durch einen solchen Verzicht die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz ernsthaft gestört, die Position der Sowjetunion gestärkt, die Waagschale des militärischen und politischen Potentials verhängnisvoll zugunsten des Ostens gesenkt, und man hätte den schwersten politischen Fehler gemacht, nämlich eine Entscheidung zu einem Zeitpunkt gefällt, der eine solche Entscheidung noch nicht zwingend fordere.

Alle diese Argumente sind bekannt, sie bewegen sich in jenem Kreise, in dem man sich seit langer Zeit ausschließlich als Regierungsparteien und Opposition heftig bekämpft und nicht einigen kann. Das Bemerkenswerteste, zwar nicht Erstaunliche, aber vielleicht wirklich Erschreckende ist, daß der Bundeskanzler mit keinem Wort darauf eingegangen ist, ob es nicht notwendig sei, etwas zu tun, was die Ordnung und die Überlegungen des „rein politischen Kalküls" zwar nicht leichtfertig übersieht oder hinter sich läßt, wohl aber überschreitet und mit größter Behutsamkeit einen ersten schmalen Ausgang findet aus dem Teufelskreis der reinen Macht, der primär strategisch bestimmten Politik und der beide Seiten heute absolut beherrschenden und bannenden Angst. Man mußte den erschütternden Eindruck haben, daß der die Richtlinien der deutschen Politik bestimmende Politiker diesen entscheidenden Punkt nicht treffen konnte und wollte. Thielickes Referat mußte so ins Leere treffen, und zwar mit seinem letzten Anliegen. Der Bundeskanzler hat selbst „mit Dank und Anerkennung" haarscharf an jenem entscheidenden Punkt vorbeigeschossen, vielleicht sogar vorbeigezielt, auf den es hier ankommt.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Albert Schweitzers Ruf an die Welt

„Als vom 1. März 1954 an Versuche mit Wasserstoffbomben von den Amerikanern auf Bikini im Gebiete der Marshall-Inseln (im Stillen Ozean) und von den Russen in Sibirien gemacht wurden, kam man dazu, sich davon Rechenschaft zu geben, daß es mit der Erprobung von Atomwaffen ein anderes Ding sei als mit den früheren nichtatomischen. Wenn ein neukonstruiertes Geschützungeheuer auf dem Versuchsfeld abgefeuert worden war, war damit die Sache zu Ende. Nicht so mit der Explosion einer Wasserstoffbombe. Es blieb etwas davon übrig: daß nämlich eine Unmenge kleinster Teilchen von radioaktiven Elementen in der Luft vorhanden war und radioaktive Strahlen aussandte. Dies war schon bei den Uranbomben, die auf Hiroshima und Nagasaki fielen und nachher noch weiter erprobt wurden, der Fall gewesen. Da sie aber, entsprechend der geringeren Größe und Wirkung dieser früheren Bombe, sich noch nicht so bemerkbar machte wie bei der Wasserstoffbombe, hatte man ihr kaum Beachtung geschenkt.

Weil radioaktive Strahlungen, wenn sie in einer gewissen Menge und Stärke vorhanden sind, schädigend auf den menschlichen Körper einwirken, kam dann die Diskussion in Gang, ob die von bisherigen Explosionen von Wasserstoffbomben herrührende Strahlung schon eine Gefahr bedeute, die durch neu hinzukommende Explosionen eine Zunahme erfahren würde.

Seitdem haben im Laufe von dreieinhalb Jahren Vertreter der physikalischen und der medizinischen Wissenschaft sich mit dem Problem beschäftigt. Beobachtungen über das Vorhandensein, die Herkunft und die Natur der Strahlungen wurden gemacht. Die Vorgänge, auf denen ihre Wirkung auf den menschlichen Körper beruht, sind erforscht worden. Auf Grund des in dieser Sache zusammengetragenen, wenn auch bei weitem nicht vollständigen Materials muß geurteilt werden, daß die radioaktive Strahlung, wie sie sich aus den bisherigen Explosionen von Atombomben ergeben hat, eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Menschheit bedeutet, und daß sie bei weiteren Explosionen von Atombomben in beängstigender Weise zunehmen würde.

Dieses Urteil ist, besonders in den letzten Monaten, des öfteren ausgesprochen worden. Merkwürdigerweise ist es nicht in dem Maße, wie man es hätte erwarten sollen, in die öffentliche Meinung übergegangen. Die einzelnen und die Völker fühlen sich nicht bewogen, der Gefahr, in der wir uns befinden, die Aufmerksamkeit, auf die sie leider Anspruch hat, zuteil werden zu lassen. Sie muß ihr vorgehalten und begreiflich gemacht werden.

Mit anderen, die sich für verpflichtet halten, in diesen Tagen als Mahner in Wort und Schrift aufzutreten, erhebe ich meine Stimme. Mein Alter und die Sympathie, die mir die von mir vertretene Idee der Ehrfurcht vor dem Leben eingetragen hat, lassen mich erhoffen, daß meine Mahnung mit dazu beitragen kann, der Einsicht, die not tut, den Weg zu bereiten.

Der Radiosendestation von Oslo, der Stadt des Nobel-Friedenspreises, danke ich, daß sie mir dazu verhilft, das, was ich glaube aussprechen zu sollen, in die Ferne gelangen zu lassen.

Was ist Radioaktivität?

Sie besteht im Vorkommen von Strahlen, die sich von denen des Lichts dadurch unterscheiden, daß sie unsichtbar sind und nicht nur durch Glas hindurchgehen, sondern auch durch dünne Scheiben von Metall wie auch durch Schichten des Zellgewebes des menschlichen und tierischen Körpers. Strahlen dieser Art wurden erstmalig 1895 durch den Münchner Physiker Wilhelm Röntgen entdeckt und nach ihm benannt. Im Jahre 1896 stellt der französische Physiker Henry Becquerel fest, daß Strahlen dieser Art in der Natur vorkommen. Sie gehen von dem seit 1786 bekannten Element Uran aus. 1898 entdecken Pierre Curie und seine Frau in der Uranpechblende, einem Uranerz, das stark radioaktive Element Radium.

Zuerst herrschte eitel Freude und Stolz darüber, daß solche Strahlen den Menschen zur Verfügung stehen. Es stellte sich nämlich heraus, daß sie eine Einwirkung auf die relativ schnell wachsenden und relativ schnell zerfallenden Zellen bösartiger Tumoren wie Krebs und Sarkom besitzen. Sie vernichten sie, wenn sie ihrer Einwirkung öfters und länger ausgesetzt sind.

Mit der Zeit mußte man leider die Erfahrung machen, daß die Vernichtung von Krebszellen nicht immer eine Heilung des Krebses bedeutet, und daß auch die gewöhnlichen Zellen des menschlichen Körpers, wenn radioaktive Strahlen längere Zeit hindurch auf sie gerichtet sind, eine schwere Schädigung erleiden.

Als Frau Curie nach vierjährigem Hantieren mit Uranerz das erste Gramm Radium in ihren Händen hielt, zeigte deren Haut Risse, die sich durch keine Behandlung heilen ließen. Mit den Jahren verfiel sie einem Siechtum, das seinen Grund darin hatte, daß die radioaktiven Strahlen ihr Knochenmark und damit ihr Blut geschädigt hatten. 1934 setzte der Tod ihrem Leiden ein Ende.

Weil man auf Jahre hindurch die Gefahr nicht in Betracht zog, welche Röntgenstrahlen für die bedeuten können, die ihnen häufig ausgesetzt sind, haben Hunderte von Ärzten und Schwestern von der Bedienung von Röntgenapparaten eine unheilbare, langsam zum Tode führende Erkrankung davongetragen.

Radioaktive Strahlen sind etwas Materielles. In ihnen schleudert das radioaktive Element ständig winzigste Teile von sich mit Wucht in die Ferne. Es gibt drei Arten von radioaktiven Strahlen. Sie sind, nach den drei ersten Buchstaben des griechischen Alphabets, alpha, beta, gamma, benannt. Die Gamma-Strahlen sind die härtesten und haben die stärkste Wirkung.

Daß Elemente radioaktive Strahlen entsenden, hat seinen Grund darin, daß sie im Zerfall begriffen sind. Ihre Radioaktivität ist die Energie, die dabei nach und nach frei wird. Außer dem Uranium und dem Radium gibt es noch einige andere Elemente, die, wenn auch nur ganz schwach, radioaktiv

sind. Zu der damit gegebenen von der Erde ausgehenden radioaktiven Strahlung kommt noch die, die im Weltenraum vorhanden ist, insoweit als sie bis zu uns gelangen kann. Glücklicherweise schützt uns die unsere Erde in einer Höhe von 400 Kilometern umgebende Luftmasse gegen sie. Nur ein ganz kleiner Teil von ihr gelangt bis zu uns. Träfe sie in voller Stärke auf die Erdoberfläche, würde sie alles Leben auf ihr vernichten.

Wir sind also von der Erde und von der Höhe aus einer ständigen radioaktiven Strahlung ausgesetzt. Sie ist aber so schwach, daß sie uns nichts anhaben kann. Wir wissen jedoch durch die Erfahrungen, die man mit stärkerer Bestrahlung gemacht hat, wie sie vom Röntgenapparat, vom Uran und vom Radium ausgeht, daß ihr nur einer gewissen Dauer ausgesetzt zu sein uns zu schädigen vermag.

Die radioaktiven Strahlen sind eben unsichtbar. Wie können wir ihr Vorhandensein und ihre Stärke feststellen?

Das Instrument, das uns dies ermöglicht, verdanken wir dem deutschen Physiker Hans Geiger, der als eines der Opfer der Röntgenstrahlen 1945 starb. Dieser sogenannte Geigerzähler besteht aus einer Metallhülse, die verdünnte Luft enthält. In ihr befinden sich zwei Metallenden, zwischen denen eine starke Spannung besteht. Wirken radioaktive Strahlen von außen auf diese Röhre ein, so finden zwischen den beiden Metallenden Entladungen statt. Je stärker die Strahlung ist, um so rascher folgen sie aufeinander. Ein in den Apparat eingebautes kleines Gerät macht sie hörbar. Handelt es sich um starke Strahlungen, so führt der Geigerzähler wahre Trommelwirbel aus.

Es gibt zwei Arten von Bomben: Uranbomben und Wasserstoffbomben. Die Wirkung der Uranbome beruht auf dem Vorgang der bei dem Zerfall des Urans frei werdenden Energie. Bei der Wasserstoffbombe beruht das Freiwerden von Energie auf der statthabenden Umwandlung des Elements Wasserstoff in das Element Helium. Interessant ist, daß dies derselbe Vorgang ist, der im Innern der Sonne stattfindet und ihr die sich stetig erneuernde Energie liefert, Licht und Wärme zu versenden.

Ihrer Art nach sind die Effekte der beiden Bomben die gleichen. Aber der einer der neuesten Wasserstoffbomben soll, nach manchen Schätzungen, das Zweihundertfache derjenigen sein, die auf Hiroshima fiel.

Zu diesen beiden Atombomben ist neuerdings die Kobaltbombe als Super-Atombombe hinzugekommen. Sie ist eine Wasserstoffbombe, die mit einem aus Kobalt bestehenden Mantel umgeben ist. Ihre Wirkung soll die der stärksten bisherigen Wasserstoffbomben um ein Vielfaches übertreffen.

Bei der Explosion einer Atombombe entstehen in unvorstellbar großer Anzahl kleinste Teilchen radioaktiver Elemente. Als solche haben sie mit dem Uran gemein, daß sie in Zerfall begriffen sind. Bei den einen, den stärksten, verläuft dieser sehr rasch, bei anderen langsam, bei anderen außerordentlich langsam.

Die allerstärksten dieser Elemente haben schon 10 Sekunden nach der Detonation der Atombombe zu existieren aufgehört. In dieser so kurzen Zeit können sie aber in einem Umkreis von mehreren Kilometern Menschen in Menge getötet haben.

Übrig bleiben also nur schwächer wirkende Elemente. Mit diesen haben wir es in unserer Zeit zu tun. Die Gefahr, welche die von ihnen ausgehenden radioaktiven Strahlen trotz ihrer relativen Schwäche für uns mit sich bringen können, gilt es einzusehen.

Von diesen Elementen sind die einen noch nach Stunden, andere nach Tagen, andere nach Wochen, oder Monaten, oder Jahren, oder Millionen von Jahren — in immer zunehmendem Zerfall — im Dasein. In radioaktiven Staubwolken ziehen sie in der Höhe dahin. Schwere Teilchen fallen früher nach unten. Leichtere halten sich länger in der Luft oder kommen im Regen und Schnee hernieder. Wie lange es dauert, bis in der Luft nichts mehr von dem, was durch die bisherigen Explosionen von Atombomben in sie gelangte, vorhanden ist, läßt sich nicht mit Sicherheit ermessen. Nach manchen Schätzungen soll dies frühestens in dreißig oder vierzig Jahren der Fall sein.

Als Knabe habe ich miterlebt, daß von dem im Jahre 1883 bei der Explosion der den Sunda-Inseln zugehörigen Vulkaninsel Krakatau in die Luft geschleuderten Staub in Europa in der Luft noch mehr als zwei Jahre lang so viel vorhanden war, daß die Sonnenuntergänge durch diesen Staub in besonderer Pracht stattfanden.

Mit Sicherheit können wir aber behaupten, daß die in der Luft entstandenen Wolken von radioaktivem Staub mit den Winden fort und fort um die Erde reisen und daß etwas von ihrem Staub fort und fort — sei es in freiem Fall, sei es durch Regen, Schnee, Nebel und Tau mitgenommen — allenthalben auf die feste Erdoberfläche, die Flüsse und die Meere niedergeht.

Welcher Art sind die radioaktiven Elemente, von denen bei Explosionen von Atombomben allerkleinste Teilchen in die Luft flogen und nun wieder herunterkommen werden?

Sie sind merkwürdige Abarten von gewöhnlichen, nicht radioaktiven Elementen. Sie haben dieselben chemischen Eigenschaften wie diese, aber ein anderes Atomgewicht. In der Bezeichnung, die sie führen, wird also nach dem Namen des Elements die Zahl ihres Atomgewichts angeführt. Dasselbe Element kann in mehreren Abarten existieren: Neben Jod 131, das nur 16 Tage am Leben ist, gibt es Jod 129, das es auf 200 Millionen Jahre bringt.

Gefährliche Elemente dieser Art sind: Phosphor 32, Calzium 45, Jod 131, Eisen 55, Wismuth 210, Plutonium 239, Cerium 144, Strontium 89, Cäsium 137. War die Wasserstoffbombe mit einem aus Kobalt bestehenden Mantel umgeben, so kommt noch Kobalt 60 hinzu.

Besonders gefährlich sind die Elemente, die bei einem relativ langen Bestehen eine relativ starke Strahlung aussenden. Unter diesen nimmt Strontium 90 die erste Stelle ein. In der Menge des radioaktiven Staubes ist es besonders reichlich vorhanden. Auch Kobalt 60 ist als besonders gefährlich anzuführen.

Die durch diese Elemente gesteigerte Radioaktivität der Luft kann uns von außen her nichts anhaben. Sie ist nicht stark genug, um unsere Haut zu durchdringen. Anders steht es schon mit ihrem Einatmen, wodurch radioaktive Elemente in unseren Körper gelangen können. Die vor allem in Betracht

zu ziehende Gefahr ist aber die, daß wir infolge der erhöhten Radioaktivität der Luft radioaktives Wasser zu trinken und radioaktive Speisen zu essen bekommen.

Auf Grund der auf Bikini und in Sibirien stattgehabten Explosionen gehen über Japan zeitweise Regen nieder, deren Wasser derart radioaktiv ist, daß es nicht getrunken werden darf. Dies kommt aber nicht dort allein vor. In aller Welt, wo neuerdings Regenfälle Gegenstand der Beobachtung geworden sind, wird zeitweise der Niedergang von radioaktivem Regen gemeldet. Darunter sind auch solche Niederschläge, die so radioaktiv sind, daß ihr Wasser nicht mehr als Trinkwasser in Betracht kommt. Brunnenwasser wird erst durch längeres und reichliches Niedergehen von radioaktivem Regenwasser in erheblichem Maße radioaktiv.

Wird irgendwo radioaktives Regenwasser festgestellt, so will dies heißen, daß die Erde in der betreffenden Gegend es auch ist, und in höherem Maße. Sie wird es ja nicht nur durch auf sie gelangenden Regen, sondern auch durch frei fallenden radioaktiven Staub. Und nicht nur die Erde, sondern auch die auf ihr wachsenden Pflanzen sind dann radioaktiv. Was sich an radioaktiven Elementen auf ihr ansammelt, gibt sie an die Pflanzen ab. Und diese, was wohl zu beachten ist, speichern es in sich auf. Infolge dieses Prozesses kann es vorkommen, daß wir es mit einer beträchtlichen auf uns lauernden Menge von radioaktiven Elementen zu tun haben.

Handelt es sich um Gras, das Tieren, deren Fleisch einmal auf unsern Tisch kommt, zur Nahrung dient, so werden beim Essen desselben radioaktive Elemente, die sie durch jenes Gras in sich aufnahmen und aufspeicherten, in uns aufgenommen und aufgespeichert. Handelt es sich um Kühe, so findet solches schon beim Trinken der Milch statt. Schon kleine Kinder haben dann Gelegenheit, radioaktive Elemente in sich aufzunehmen. Für sie bedeuten sie eine besondere Gefahr. Essen wir Gemüse und Obst, so kommen die in ihnen aufgespeicherten radioaktiven Elemente in uns.

Um welche Zahlen es sich bei der Aufspeicherung radioaktiven Materials handeln kann, läßt sich aus Feststellungen ermessen, die man bei Gelegenheit einer Radioaktivität des Columbia-Flusses in Nordamerika machte. Verursacht war sie durch Abwasser der Atomenergie für die Industrie produzierenden Hanford-Atomwerke. Die Radioaktivität des Wassers war nicht bedeutend. Aber die des in ihm befindlichen Planktons war es 2000mal mehr, die von Enten, die sich von diesem Plankton nährten, 40 000mal mehr, die der Flußfische 150 000mal mehr, die von jungen Schwalben, die von den Eltern mit Wasserinsekten gefüttert wurden, 500 000mal mehr, die des Eigelbs von Wasservögeln über 1 000 000mal mehr.

Wenn uns immer wieder von amtlicher und nichtamtlicher Seite versichert wird, daß eine festgestellte erhöhte Radioaktivität der Luft noch nicht über das hinausgehe, was der menschliche Körper ohne Schaden ertragen könne, so ist dies ein Vorbeireden an dem Problem. Werden wir auch nicht in direkter Weise durch die radioaktiven Elemente der Luft geschädigt, so doch in indirekter: durch das, was davon schon heruntergekommen ist, herunterkommt und noch herunterkommen wird. Dieses nehmen wir im radioaktiven Wasser und in unserer pflanzlichen und tierischen Nahrung auf, in dem Maße, als es in unserer Gegend in den für uns in Betracht kommenden Pflanzen aufgespeichert war. Die Natur, zu unserem Schaden, wuchert mit dem, was ihr von der Luft zukommt.

Keine Radioaktivität der Luft, die durch die bei Explosionen entstandenen radioaktiven Elemente verursacht wurde, ist so geringfügig, daß sie nicht auf die Dauer durch Anreicherung dieser Elemente in unserem Körper sich zu einer Gefahr für uns auswachsen kann.

Was unser Körper an radioaktiven Elementen aufnimmt, wird in seinem Zellgewebe nicht gleichmäßig verteilt, sondern an besonderen Orten abgelagert, vornehmlich im Knochengewebe, wohl auch in der Milz und in der Leber. Von diesen Orten aus findet dann eine von innen kommende Bestrahlung statt, durch welche die für sie empfindlichen Organe in besonderer Weise geschädigt werden. Was ihr an Kraft abgeht, ersetzt diese Strahlung durch Dauer. Durch Jahre hindurch ist sie Tag und Nacht in Gang.

Auf welche Weise werden die Zellen eines Organs durch sie geschädigt? Dadurch, daß sie durch sie ionisiert, das heißt elektrisch geladen werden. Diese Veränderung hat zur Folge, daß in ihnen die chemischen Prozesse, in denen sie den ihnen im Körperhaushalt zufallenden Beruf auszuüben haben, nicht mehr in der rechten Weise ablaufen. Sie vermögen ihre für uns lebenswichtige Funktionen nicht mehr auszuüben. In Betracht kommt auch, daß durch die Strahlung Zellen eines Organs in großer Zahl degenerieren oder zugrunde gehen können.

Welche Erkrankungen kann die von innen her erfolgende Strahlung zur Folge haben? Dieselben, die wir als von der außen kommenden radioaktiven Strahlung verursacht kennengelernt haben.

In der Hauptsache handelt es sich um schwere Erkrankungen des Blutes. Die Zellen des Knochenmarks, in denen die roten und weißen Blutkörperchen gebildet werden, die in Menge in unserem Blute vorhanden sind und es befähigen, eine so große Rolle zu spielen, sind sehr empfindlich für radioaktive Strahlen. Erkranken sie unter ihrer Einwirkung, so hat dies zur Folge, daß von ihnen zu wenig weiße Blutkörperchen oder aber abnorme, in Degeneration begriffene produziert werden. In beiden Fällen kommt es zu Blutkrankheiten, die in den meisten Fällen zum Tode führen. An ihnen sind die Märtyrer der Röntgen- und Radiostrahlen gestorben. An einer dieser Krankheiten litten die japanischen Fischer, die in einer Entfernung von 150 Kilometern von Bikini mit ihrem Schiff in den Aschenregen der Explosion einer Wasserstoffbombe gerieten. Frisch und relativ leicht erkrankt, konnten sie, bis auf einen, durch Infusionen, in denen ihnen fort und fort gesundes Blut zugeführt wurde, gerettet werden.

In den angeführten Fällen handelt es sich um von außen her kommende Strahlung. Daß die von innen her kommende, durch Jahre hindurch auf das Knochenmark wirkende Strahlung dieselbe Wirkung haben wird, ist leider sehr wahrscheinlich, besonders da ja die Strahlung vom Knochengewebe aus auf das Knochenmark geht. Wie schon gesagt, speichern sich die radioaktiven Elemente ja mit Vorliebe im Knochengewebe an.

Zugleich mit unserer Gesundheit ist auch die unserer Nachkommen durch die in uns von innen her stattgehabte radioaktive Strahlung gefährdet. Überaus empfindlich für sie sind nämlich die Zellen

der für die Fortpflanzung in Betracht kommenden Organe. Bei ihnen bewirkt sie sogar eine Schädigung des Zellkerns, die im Mikroskop sichtbar gemacht werden kann. Der so tiefgehenden Schädigung dieser Zellen entspricht eine ebenso tiefgehende der Nachkommenschaft. Sie besteht in Totgeburten und Mißgeburten, sei es mit körperlichen, sei es mit geistigen Defekten.

Auch hier können wir uns auf das berufen, was die radioaktiven Strahlen, in der Einwirkung von außen her, schon angerichtet haben. Tatsache ist, wenn auch die in der Presse im Umlauf befindlichen Statistiken der Nachprüfung bedürfen, daß in Hiroshima, in den Jahren nach dem Abwurf der Atombombe, abnorm viele Totgeburten stattfanden und abnorm viele Kinder mit Mißbildungen zur Welt kamen.

Um über die Frage ins Klare zu kommen, in welcher Weise eine stattgehabte radioaktive Bestrahlung sich auf die Nachkommenschaft auswirkt, hat man Nachforschungen angestellt, ob zwischen der Nachkommenschaft von Ärzten, die Jahre hindurch Röntgenapparate bedienten, und derjenigen von solchen, bei denen dies nicht der Fall war, ein Unterschied bestünde. Die Untersuchung erstreckte sich auf etwa 3000 Ärzte jeder Gruppe. Ein nicht zu übersehender Unterschied gab sich kund. In der Nachkommenschaft der Radiologen gab es 14,03 Totgeburten pro Tausend, bei den anderen Ärzten nur 12,22 pro Tausend. Angeborene Fehler hatten bei den ersten 6,01 Prozent der Kinder, bei den letzteren nur 4,82 Prozent. Die Zahl der gesunden Kinder betrug bei den ersteren 80,42 Prozent, bei den letzteren bedeutend mehr, nämlich 83,23 Prozent.

Zu bemerken ist, daß auch die schwächste von innen her kommende Bestrahlung sich auf die Nachkommen schädigend auswirken kann. Die ganze Verheerung, welche eine bei den Vorfahren stattgehabte radioaktive Strahlung in den Nachkommen anrichtet, wird sich nach den in der Vererbung geltenden Gesetzen nicht gleich in den folgenden Generationen, sondern erst in den späteren, nach 100 oder 200 Jahren offenbaren.

So wie die Dinge liegen, kann man also noch keine stattgehabten Fälle der schweren und schwersten Fälle anführen, welche die von innen kommende radioaktive Strahlung verursacht hätte. Soweit sie besteht, ist sie ja noch nicht in der Stärke vorhanden und noch nicht lange genug wirksam, daß sie die in Frage kommenden Schäden hätte anrichten können. Man kann nichts anderes tun, als von den Schäden, welche durch von außen kommende Strahlen verursacht werden, auf die zu schließen, welche von der von innen wirkenden einmal zu erwarten sein können. Ist diese nicht so stark wie jene, so kann sie es nach und nach dadurch werden, daß sie Jahre hindurch ununterbrochen wirkt und damit eine Leistung erreicht, die ähnliche Folgen haben kann, wie sie die von außen kommenden an sich stärkeren Strahlen hatten. Ihre Wirkungen summieren sich.

In Betracht zu ziehen ist auch, daß diese Bestrahlung nicht — wie die von außen kommende — Schichten von Haut, Bindegewebe und Muskeln durchdringen muß, um die Organe zu treffen. Sie bestrahlt sie aus der Nähe und in keiner Weise abgeschwächt.

Vergegenwärtigt man sich die Bedingungen, unter denen die Bestrahlung von innen her statthat, so hört man auf, gering von ihr zu denken. Wenn es auch wahr ist, daß man in Sachen der Gefährdung durch sie vorerst noch keine Fälle anführen, sondern nur Befürchtungen äußern kann, so sind diese in Tatsachen doch so tief begründet, daß sie für unser Verhalten das Gewicht von Wirklichkeiten annehmen.

Wir sind also genötigt, jede Steigerung der bereits bestehenden Gefahr durch weiterhin stattfindende Erzeugung von radioaktiven Elementen durch Explosionen von Atombomben als ein Unglück für die Menschheit anzusehen, das unter allen Umständen verhindert werden muß.

Ein anderes Verhalten kann für uns schon allein darum nicht in Betracht kommen, weil wir es im Hinblick auf die Folgen, die es für unsere Nachkommenschaft haben könnte, nicht zu verantworten vermögen. Dieser droht ja die erste und furchtbarste Gefahr.

Daß in der Natur von uns geschaffene radioaktive Elemente vorhanden sind, ist ein unfaßliches Ereignis in der Geschichte der Erde und der Menschheit. Es zu unterlassen, sich mit seiner Bedeutung und seinen Folgen abzugeben, ist eine Torheit, welche die Menschheit furchtbar teuer zu stehen kommen kann. In Gedankenlosigkeit wandeln wir in ihr dahin. Es darf nicht sein, daß wir uns nicht noch beizeiten aufraffen und die Einsicht, den Ernst und den Mut aufbringen, dieser Torheit zu entsagen, um uns mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen.

Im Grunde denken die Staatsmänner der atombombenbauenden Völker nicht anders. Durch die ihnen zugehenden Berichte sind sie genügend unterrichtet, um sich ein Urteil zu bilden. Und Verantwortungsbewußtsein müssen wir bei ihnen auch voraussetzen.

Jedenfalls lassen Amerika, Rußland und England einander neuerdings wissen, daß sie nicht mehr verlangen, als mitander ein Abkommen über die Einstellung der Versuche mit Atomwaffen zu schließen. Zugleich erklären sie aber, daß sie, solange ein solches Abkommen nicht besteht, nicht davon ablassen können, weitere Versuche zu machen.

Warum kommen sie nicht dazu, ein Abkommen abzuschließen? Der letzte und eigentliche Grund ist, daß eine öffentliche, dies verlangende Meinung in ihren Ländern nicht vorhanden ist, und auch sonst bei keinen Völkern, die Japaner ausgenommen. Diesen wurde sie dadurch aufgenötigt, daß sie von den üblen Folgen der Gesamtheit der Versuche fort und fort in schwerster Weise betroffen werden und dadurch in eine bemitleidenswerte Lage kommen.

Ein Abkommen wie dieses erfordert Zuverlässigkeit und Vertrauen. Die Garantien müssen vorhanden sein, daß es von keinem der Partner aus dem Grunde abgeschlossen wird, daß ihm dadurch nebenbei ein erheblicher, nur von ihm vorauszusehender taktischer Vorteil erwächst. Es muß von einer den betreffenden Völkern gemeinsamen öffentlichen Meinung eingegeben und ratifiziert werden.

Wenn also in den Ländern, für die das Abkommen in Betracht kommt, und in den Völkern überhaupt eine öffentliche Meinung entsteht, die sich von den großen Gefahren der Fortsetzung der Versuche Rechenschaft gibt und sich durch die damit gebotene Vernünftigkeit leiten läßt, können die

Staatsmänner sich über ein Abkommen, die Versuche zu unterlassen, einigen. Eine öffentliche Meinung dieser Art bedarf zu ihrer Kundgebung keiner Abstimmungen und keiner Kommissionsbildungen. Sie wirkt durch ihr Vorhandensein.

Kommt es zum Aufhören der Versuche mit Atombomben, so ist dies die Morgendämmerung des Sonnenaufgangs der Hoffnung, nach der unsere arme Menschheit ausschaut." (23. 4. 1957.)

Note der Sowjetregierung an die Bundesregierung

„Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hält es für erforderlich, sich an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in der folgenden Frage zu wenden.

In letzter Zeit haben Vertreter der Regierung der Bundesrepublik eine Reihe von Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Absicht hat, an die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit der Atomwaffe zu gehen. Der äußerst gefährliche Charakter eines solchen Schrittes wird noch dadurch verstärkt, daß das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung von Kernwaffen der Westmächte eingeräumt wird.

Die Konzentration verschiedener Arten von Kernwaffen durch die Westmächte auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Vorbereitungen zur Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen führen zur Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in den europäischen Hauptaufmarschraum und die Hauptstoßkraft der NATO für Atomkriegführung in Europa.

Es ist leicht zu verstehen, daß alle diese Maßnahmen die Besorgnis der Völker und vor allem der Völker Europas hervorrufen. Diese Besorgnis teilt auch die Bevölkerung der Bundesrepublik, wovon die Tatsache spricht, daß sich gegen die Atomrüstung der Bundesrepublik Deutschland und die Stationierung ausländischer Kernwaffen auf ihrem Gebiet große politische Parteien, öffentliche Organisationen sowie namhafte Wissenschaftler und Kulturschaffende der Bundesrepublik wenden.

Es ist nicht schwer, sich zu vergewissern, wie begründet die Besorgnis der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist, wenn man sich die Folgen vorstellt, die die Realisierung der Pläne zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die direkte Vorbereitung des Atomkrieges für das deutsche Volk, für die Nachbarn Deutschlands, für Europa als Ganzes haben würde.

Es unterliegt keinerlei Zweifel, daß die Atomausrüstung der Armee der Bundesrepublik Deutschland — des einzigen europäischen Staates, dessen Regierung die Forderung nach Revision der jetzt in Europa bestehenden Grenzen erhebt — die internationale Spannung auf unserem Kontinent rapide verschärfen und zur Verstärkung der Kriegsgefahr führen würde.

Die Sicherheit der Deutschland benachbarten Staaten würde in Gefahr sein. Es ist leicht, sich vorzustellen, wie sich diese Staaten, die in der Vergangenheit Angriffen durch Deutschland wiederholt ausgesetzt waren, zur Atomaufrüstung der Bundesrepublik verhalten würden. Diese europäischen Staaten wären natürlich genötigt, als Antwort entsprechende Maßnahmen zur Stärkung ihrer Verteidigung zu treffen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland würde somit durch ihre Handlungen ein Atomwettrüsten in Europa entfesseln.

Aus dem Gesagten ist zu ersehen, welche unheilschwere Verantwortung diejenigen auf sich nehmen, die heute auf die Atomrüstung der Bundesrepublik hinwirken.

Man kann jenen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland nur zustimmen, die der Auffassung sind, daß in einer Situation, wo zwischen den Mächten Verhandlungen in der Abrüstungsfrage gepflogen werden, der Kurs auf die weitere Militarisierung Westdeutschlands und die Ausrüstung seiner Armee mit der Atomwaffe praktisch einen Versuch zur Vereitelung eines Abrüstungsabkommens bedeutet,

Die Politik der Atomaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland wird mitunter damit motiviert, daß dies zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes erforderlich wäre. Solche Behauptungen haben jedoch nichts mit der wirklichen Lage der Dinge gemein.

Statt Bemühungen zur Minderung der internationalen Spannung zu unternehmen und auf ein Abkommen über Abrüstung und Verbot der Massenvernichtungswaffen hinzuwirken, sucht man die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der „Politik der Stärke" zu gewährleisten. Indessen führen die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen und die Umwandlung des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland zu einem Startplatz für amerikanische Kerngeschosse nicht nur zu keiner Stärkung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, sondern im Gegenteil, sie setzt die Bundesrepublik und ihre Bevölkerung einer furchtbaren Gefahr aus, die mit keinem Unglück verglichen werden kann, das das deutsche Volk jemals in der Vergangenheit durchzumachen hatte.

Bis heute — 12 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges — sind in Deutschland noch nicht die Wunden verheilt, die der Krieg geschlagen hat. Zahlreiche Ruinen in vielen deutschen Städten zeugen eindringlich von der durchgemachten Katastrophe. Im letzten Krieg wurden jedoch nur die konventionellen Waffen eingesetzt. Indessen ist es ganz offenbar, daß die Umwandlung des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland in einen Atomstützpunkt der NATO dahin führt, daß Westdeutschland im Falle eines Kriegsausbruches sofort Objekt eines Gegenschlages unter Einsatz aller Arten der neuen Waffen, einschließlich der Raketenwaffe, werden würde. Es ist nicht erforderlich, detailliert darüber zu sprechen, welche Folgen dies für die Bevölkerung und für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hätte, die eine solche Bevölkerungsdichte und Konzentration der Industriebetriebe hat, daß die lebenswichtigen Zentren des Landes durch die Wirkung einer einzigen heutigen Wasserstoffbombe paralysiert werden können.

Offensichtlich ist auch, daß keinerlei Hilfe von außen her, von der die Befürworter der Atomaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland reden, um sich zu ermutigen, die Bundesrepublik vor diesen schweren Folgen bewahren könnte. In der Tat, welchen Nutzen würde der Bevölkerung der Bundesrepublik eine solche Hilfe, selbst wenn sie erfolgen würde, bringen? Es ist nicht schwer, sich vorzustellen: Käme es zum Einsatz der Kernwaffen, so würde Westdeutschland, dessen Gebiet die heftigsten und konzentriertesten Schläge dieser Waffe unvermeidlich treffen würden, gänzlich zu einem Totenacker werden. Die Atom- und Wasserstoffwaffen sind als Massenvernichtungsmittel schon ihrer Natur nach so, daß jegliche Kalkulationen auf Hilfe von außen her in einem Atomkrieg haltlos sind. Ist es da nicht klar, daß es in Anbetracht dieser Umstände angemessener wäre, an Stelle von Redereien über eine „Hilfe von außen her" Vernunft an den Tag zu legen und nicht mit dem Feuer zu spielen?

Die Sowjetregierung hält es für erforderlich zu betonen, daß es ein schwerer Fehler wäre, diese ihre Erklärung als Versuch einer Drohung an die Adresse der Bundesrepublik zu werten. Nichts kann der Politik der Sowjetregierung ferner liegen, als die Anwendung von Methoden der Drohung und Einschüchterung. Die Sowjetregierung erklärt aufs kategorischste, daß diese ihre Note an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die vorhergegangenen nicht von dem Wunsch, irgend jemand einzuschüchtern, diktiert ist, sondern von dem einzigen Wunsch, das Augenmerk auf die tatsächlich entstandene Lage in Europa in der gegenwärtigen Zeit zu lenken.

Es ist allgemein bekannt, daß das Hauptprinzip der Außenpolitik der Sowjetunion das Prinzip der friedlichen Koexistenz und der freundschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ist. An dieses Prinzip hält sich die Regierung der UdSSR auch in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Da die Bundesregierung jedoch Schritte unternimmt, die den Frieden und die Sicherheit der europäischen Völker gefährden, hält es die Sowjetregierung für notwendig, mit aller Offenheit auf die Gefahr hinzuweisen, der die Bundesrepublik Deutschland entgegentreibt, wenn sie den Weg der Atomaufrüstung beschreitet. Warnen doch diejenigen westdeutschen Persönlichkeiten, die gegen die Atomausrüstung der Bundeswehr, gegen die Stationierung und Verwendung von Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Stellung nehmen, nicht umsonst davor, daß diese Frage für die Bundesrepublik im Grunde genommen eine Frage von Leben und Tod ist.

Wie bekannt, sprechen Vertreter der Regierungskreise in der Bundesrepublik von sogenannten taktischen Atomwaffen, die lediglich vervollkommnete Artillerie seien und deren Einbeziehung in die Rüstung angeblich mit keiner Gefahr für die Bundesrepublik verbunden wäre. Diese Darstellung ist jedoch zweifellos an den Haaren herbeigezogen. Nicht von ungefähr wird daran erinnert, daß die modernen sogenannten taktischen Atomwaffen die gleiche Zerstörungskraft besitzen wie die über den japanischen Städten Nagasaki und Hiroshima abgeworfenen Atombomben. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß der Einsatz sogenannter taktischer Atomwaffen unweigerlich die Anwendung aller anderen Kernwaffen mit ihrer ungeheueren Zerstörungskraft nach sich ziehen würde. Das Gerede von „taktischen" Atomwaffen zielt offenkundig darauf ab, bei der Bevölkerung der Bundesrepublik die Illusion zu wecken, daß Auswirkungen der Atomkriegsvorbereitungen vermieden werden könnten, und bei der Bevölkerung Westdeutschlands den Eindruck zu erwecken, die Atomaufrüstung der Bundesrepublik sei unvermeidlich und stelle beinahe einen natürlichen Prozeß dar.

Man kann auch daran nicht vorübergehen, welche Folgen die Bewaffnung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands hätte. Wenn die von der Bundesregierung betriebene Politik der Remilitarisierung, der Teilnahme an aggressiven Militärblocks und der Unterdrückung der demokratischen Freiheiten, die Politik der Ignorierung der real entstandenen Lage in Deutschland der Vereinigung Deutschlands ernste Hindernisse in den Weg gelegt hat, so würden die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Umwandlung Westdeutschlands in einen Atomkriegsherd in Europa der nationalen Wiedervereinigung des deutschen Volkes einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzen. Wird man etwa ernstlich von Vereinigung Deutschlands sprechen können, wenn längs der Linie, die heute Deutschland in zwei Staaten trennt, auch noch Atomwaffenschranken errichtet werden?

Der Kurs auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ist unvereinbar mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, und diejenigen Staatsmänner der Bundesrepublik, die heute diesen Kurs steuern, übernehmen damit eine besonders schwere Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk.

Die Sowjetregierung ist auch der Auffassung, daß die Politik der Atomaufrüstung der Bundesrepublik, die unweigerlich zu einer Zuspitzung der internationalen Spannungen führt, im Widerspruch zu den Interessen einer Besserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion steht, die, wie beide Seiten das auch bei dem jüngsten Austausch von Botschaften zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, und Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Ausdruck brachten, anstreben.

In Anbetracht der erwähnten Umstände hält es die Sowjetregierung für ihre Pflicht zu erklären, daß die Bundesregierung mit ihrer Politik der Atomaufrüstung und der Entfaltung der Atomkriegsvorbereitungen in Westdeutschland die Sicherheit der europäischen Völker wie auch die Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst gefährdet.

Die Bundesregierung weiß zweifellos, daß die Sowjetunion große Anstrengungen macht, um ein Übereinkommen der Mächte über praktische Abrüstungsmaßnahmen und insbesondere über Maßnahmen zur Abwendung der Atomkriegsgefahr zu erzielen. Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß kein Staat so handeln darf, daß die Lösung dieser Aufgabe erschwert wird.

Es dürfte schwer sein, ein Land zu finden, dessen Interessen dermaßen die schnellste Durchführung der Abrüstung und des Atomwaffenverbots erfordern würden, wie Deutschland. Es ist doch eine Tatsache, daß das Territorium Deutschlands heute zu einer Stätte der für Friedenszeiten ganz unnormalen Konzentration von Streitkräften und Kriegsmaterial von Staaten geworden ist, die zudem noch Teilnehmer verschiedener militärischer Gruppierungen sind. In Anbetracht dessen darf nach

Meinung der Sowjetregierung kein Schritt unternommen werden, der auch nur im geringsten die gegenwärtige Lage in Mitteleuropa zusätzlich erschweren könnte, und umgekehrt muß alles zur Entspannung und zur Gesundung der Lage in diesem Raum getan werden.

Die Sowjetregierung hat sich, wie bekannt, an die Westmächte mit dem Vorschlag gewandt, schon in diesem Jahr die Streitkräfte der USA, der UdSSR, Englands und Frankreichs auf dem Territorium Deutschlands um ein Drittel einzuschränken.

Auch ein anderer Vorschlag der Sowjetregierung ist erwähnenswert: Die Militär-, Marine- und Luftwaffenstützpunkte auf fremden Territorien aufzulösen.

Die Regierung der UdSSR unterstützt auch rückhaltlos den Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik, daß es auf deutschem Boden überhaupt keine Atomwaffen — weder ausländische noch deutsche — geben soll. Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde die ganze politische Situation in Europa verbessern und könnte das deutsche Volk vor der Gefahr eines Atomkrieges bewahren. Die Sowjetregierung ihrerseits ist bereit, mit den Regierungen der Westmächte übereinzukommen, keine Atomwaffen auf dem Boden Deutschlands zu stationieren. Es bedarf keiner Erwähnung, daß eine positive Einstellung der Bundesrepublik hierzu einer solchen Vereinbarung sehr zum Erfolg verhelfen würde.

Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, falls sie sich die Aufgabe stellen würde, gegen die Atomkriegsgefahr aufzutreten und die internationale Entspannung zu fördern, einen großen Beitrag zu dieser edlen Sache leisten könnte. Die Regierung der UdSSR verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die oben dargelegten Erwägungen mit der gebührenden Aufmerksamkeit prüfen wird." (27. 4. 1957.)

In unserem Verlag erscheint soeben

als Diskussionsbeitrag zum Zeitgeschehen SONDERHEFT 1 der „BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Prof. Dr. Leo Weismantel:

DIE STIMME DES PAPSTES

Gedanken zur christlichen Gewissenserforschung anläßlich der Weihnachtsbotschaft des Papstes vom 23. Dezember 1956.

Preis DM 1.50

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise: monatlich einmal zum Preise von DM 1.— zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen.

Nachdruck — auch auszugweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.